## FORSCHUNG · FORUM · FORTBILDUNG

Die Arbeit des IEP war im Jahr 2020 neben der COVID-19 Pandemie insbesondere von der deutschen Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte geprägt, in der die Einigungen auf den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027, den Wiederaufbaufonds Next Generation EU (NGEU) im Umfang von 750 Milliarden Euro zur Bekämpfung der pandemiebedingten wirtschaftlichen Krise und den EU-Rechtstaatsmechanismus gelang.
Zusätzlich zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit der COVID-19 Pandemie hat diese auch dazu geführt, dass das Arbeiten am IEP sowohl in seinen täglichen Abläufen digitalisiert wurde, als auch in allen seinen Veranstaltungsformaten mit zielgruppengerecht konzipierten Formaten auf virtuelle Plattformen zurückgegriffen hat.

# INHALTSVERZEICHNIS


**Forschungsfelder** **4**

**Publikationen** **5**

Jahrbuch der Europäischen Integration 5

Vierteljahreszeitschrift: integration 2020 5

Taschenbuch "Europa von A bis Z" 7

Handbuch zur deutschen Europapolitik 8

Der (europäische) Föderalist 9

#BerlinPerspectives 11

EUCACIS Online Papers 13

EUCACIS in Brief 13

**Events · Konferenzen** **15**

German Pre-Presidency Conference – Shaping the Future of Europe 15

12. Jahrestagung des Deutsch-Nordisch-Baltischen Forums 16

Online-Bürgerdialoge 17

**Digitale Mittagsgespräche** **22**

**Projekte** **27**

EU IDEA Integration and Differentiation for Effectiveness and Accountability 27

EUritage A European Success Story 31

Studie zur Stärkung der demokratischen Legitimation der EU 32

#EngagEUrCouncil Jugendbeteiligung und –begegnung für die Trio-EU-Ratspräsidentschaft 33

Berlin Futures IEP-Strategiegruppe zur Deutschen Europapolitik 36

Eurasia Lab & Fellowship Program 36

GURN German Ukrainian Researchers Network 39

VIADUCT Enhancing Visibility of the Academic Dialogue on EU-Turkey Cooperation 47

Young Central Asia 49

Studie zur Wertedivergenz in Zentral- und Osteuropa Ursachen und Wirkung 50

**Fortbildung · Capacity Development 52**

EU-Assoziationen und Wirklichkeit in Moldau (WE&EU) 52

Civic School for Sound EU Practice (CiSEP) in Ukraine 56

Berlin Policy Hub Europeanization beyond process 60

Promotionskolleg EUCACIS 64

Greens/EFA 65

**IEP in den Medien 66**

**Kommunikationsaktivitäten 67**

Analyse für 2020 67

**Gremien des IEP 70**

Versammlung der Kuratoren 70

Vorstand 72

Das Wissenschaftliche Direktorium 73

**Die Geschäftsführung 77**

**Impressum 79**

# FORSCHUNGSFELDER

## Debatte zur Zukunft der Europäischen Integration

Das Kerngeschäft des IEP gilt traditionell dem Auf- und Ausbau des Regelwerks der Europäischen Union (Grundlagen, Struktur und Institutionen). Aktuelle Reformdebatten und europapolitische Langzeittrends werden kontinuierlich und interdisziplinär analysiert und erforscht. Hierbei lagen 2020 neben dem Mehrjährigen Finanzrahmen und NGEU insbesondere die Koordination der Gesundheitspolitik und der gemeinsamen Impfstrategie, Fragen der Rechtsstaatlichkeit und der Ausgestaltung der Beziehungen der EU zum Vereinigten Königreich nach dem Brexit im Fokus unserer Arbeit. Weitere Themen, die das IEP auch über das Jahr 2020 hinaus beschäftigen werden, sind die Konferenz zur Zukunft Europas sowie Fragen der Wertedivergenz zwischen den Mitgliedstaaten der EU.

## Deutschland und Europa

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit des IEP ist die deutsche Europapolitik und Deutschlands Rolle in der EU. Das IEP gestaltet mit seinen Analysen und Studien die deutsche Europapolitik aktiv mit und stärkt das Verständnis für diese in Europa. Ein wiederkehrendes Thema waren in diesem Zusammenhang die vielfältigen Herausforderungen und wachsenden Erwartungen vor die Deutschland sich gestellt sah. Angesichts der deutschen EU-Ratspräsidentschaft inmitten der COVID-19 Pandemie nahm Deutschland 2020 nicht nur aufgrund seiner politischen und wirtschaftlichen Bedeutung eine zentrale Rolle in der EU. Dies spiegelte sich in zahlreichen Veranstaltungen und Publikationen des IEP in diesem Jahr.

## Erweiterung, Nachbarschaft und Zentralasien

Das IEP prägt die europäische Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik sowie die EU-Zentralasienpolitik seit Jahren entscheidend mit. In seinen Forschung- und Befähigungsprojekten setzt es einen besonderen Fokus auf die Förderung europäischer Werte, wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Darüberhinaus trägt das IEP dazu bei, die Zukunft der EU-Türkei Beziehungen konstruktiv zu gestalten, indem Narrative und institutionelle Gegebenheiten analysiert und Auswege aus den festgefahrenen Beziehungen aufgezeigt werden.

Der Fokus in diesem Themenbereich lag im Jahr 2020 auf den Spannungen und Konflikten im östlichen Mittelmeerraum (Griechenland – Zypern – Türkei), den EU-Belarus Beziehungen nach den Präsidentschaftswahlen sowie die fortdauernden Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine.

## Wie wir arbeiten

Das IEP verbindet in seiner Forschungsarbeit die Analyse aktueller Themen mit der Studie langfristiger Entwicklungen in der Europapolitik. Dabei verfolgt das IEP einen interdisziplinären Ansatz. In seinen Aktivitäten kombiniert das IEP fachspezifischen Wissens- und Kompetenztransfer mit innovativen, interaktiven Methoden, Erfahrungsaustausch und Netzwerkbildung. Hierzu dienten virtuelle Veranstaltungen im kleinen Kreis oder unter Einbeziehung der Öffentlichkeit, bei denen wir Vertreter:innen aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Medien und Zivilgesellschaft zusammengebracht haben. Mit Blick auf seine Zielgruppen setzt sich das IEP darüber hinaus insbesondere für die Einbeziehung der europäischen Jugend durch die Umsetzung von Jugendbefähigungsprojekten ein. Methodisch lag im Jahr 2020 die strategische, vorausschauende Politikplanung (Foresight Studies) besonders im Fokus. Höhepunkt des Jahres war die „German Pre-Presidency Conference – Shaping the Future of Europe", mit 250 Teilnehmenden aus ganz Europa bei der Schlüsselthemen der bevorstehenden deutsche EU-Ratspräsidentschaft diskutiert wurden.

# PUBLIKATIONEN

## JAHRBUCH DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

Das „Jahrbuch der Europäischen Integration 2020“ des Instituts für Europäische Politik ist auch in diesem Jahr traditionsgemäß im Dezember erschienen. Seit 1980 dokumentiert und bilanziert das Jahrbuch zeitnah und detailliert den europäischen Integrationsprozess. Entstanden ist in 40 Jahren eine einzigartige Dokumentation der europäischen Zeitgeschichte. Die Jubiläumsausgabe im Jahr 2020 führt diese Tradition fort. In 111 Beiträgen zeichnen die Autor:innen in ihren jeweiligen Forschungsschwerpunkten die europapolitischen Ereignisse des Berichtszeitraums 2019/20 nach und informieren über die Arbeit der europäischen Institutionen, die Entwicklung der einzelnen Politikbereiche der EU, Europas Rolle in der Welt und die Europapolitik in den Mitgliedstaaten und Kandidatenländern.

**LINK: Jahrbuch der Europäischen Integration 2020**

## VIERTELJAHRESZEITSCHRIFT: INTEGRATION 2020

Die Vierteljahreszeitschrift integration richtet sich an alle, die sich in Wissenschaft, Bildung, Politik, Administration und in den Medien mit europäischen Fragen beschäftigen. Sie ist ein theoriegeleitetes und politikbezogenes interdisziplinäres Forum zu Grundsatzfragen der europäischen Integration. Aktuelle Probleme der Europapolitik werden aus politischer und akademischer Perspektive diskutiert.

**Herausgeber:innengremium:** Prof. Dr. Frank Schimmelfennig (Vorsitz), Zürich; Dr. Katrin Böttger, Berlin; Prof. Dr. Thomas Christiansen, Rom; Prof. Dr. Friedrich Heinemann, Mannheim; Prof. Dr. Mathias Jopp, Berlin; Prof. Dr. Michèle Knodt, Darmstadt; Dr. Barbara Lippert, Berlin; Prof. Dr. Hartmut Marhold, Berlin/Nizza; Prof. Dr. Franz Mayer, Bielefeld; Prof. Dr. Peter-Christian Müller-Graff, Heidelberg; Prof. Dr. Martin Nettesheim, Tübingen; Prof. Dr. Joachim Schild, Trier; Prof. Dr. Wolfgang Wessels, Köln

**Geschäftsführende Redaktion:** Dr. Funda Tekin (Schriftleitung, V.i.S.d.P.); Yvonne Braun, Redaktionsassistentin; David Gottheit, Redaktionsassistent; Sigita Urdze, Redaktionsassistentin für den Arbeitskreis Europäische Integration, Berlin

## *integration* 1/2020

Johannes Pollaks Beitrag widmet sich dem Thema Energiesicherheit und erläutert das Spannungsfeld aus Marktliberalisierung, Sicherheitspolitik und Klimaschutz, in dem sich die europäische Energiepolitik bewegt. Was aus den Europawahlen über die europäischen Parteiensysteme zu lernen ist, welche Transformationsprozesse im Gange sind und was das für die europäische Integration bedeutet, analysieren Johannes Kohls und Funda Tekin. Ingeborg Tömmel untersucht in ihrem Beitrag die Ziele, Governance-Modi und Effekte der Regional- und Kohäsionspolitik der EU, mit dem Schluss, dass die Unterstützung vor allem aufgrund überbordender Komplexität nicht immer bei den gewünschten Adressat:innen ankommt. Vom Jahreskolloquium des AEI 2019 zum selben Thema berichtet Michèle Knodt. In seinem Forumsbeitrag stellt Henrik von Homeyer fest, dass die EU eine neue Russlandstrategie benötigt, und erklärt, warum dafür vor allem ein Verständnis der russischen Interessen sowie realistische Zielsetzungen entscheidend sind. Ebenfalls gen Osten blickt Susann Heinecke, die eine neue, ganzheitliche Kommunikationsstrategie für die EU-Zentralasienbeziehungen empfiehlt und konkrete Empfehlungen für diese formuliert. Antonia Labitzky und Manuel Müller fassen die Inhalte und Erfahrungen des 11. Deutsch-Nordisch-Baltischen Forums in Tallinn zusammen, das auf das europapolitisch ereignisreiche Jahr 2019 zurückblickte.

**LINK: Vierteljahreszeitschrift *integration* 1/2020**

## *integration* 2/2020

Nicolai von Ondarza analysiert den Ansatz der Europäischen Union (EU) in den Brexit-Verhandlungen und begründet den Achtungserfolg vor allem mit der ungewohnten Einigkeit der EU-27 und der geschickten Strukturierung der Gespräche unter Führung Michel Barniers. Warum sich die Euro-Staaten bei der Reform der Währungsunion hin zu einer Fiskalunion so schwertun und warum die COVID-19-Pandemie weiteren Druck auf die Entscheidungsträger ausübt, erklärt Friedrich Heinemann. Der Beitrag von Sonja Priebus und Lisa H. Anders widmet sich den rechtstaatsbezogenen Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn und stellt ihnen ein gemischtes Zeugnis aus. Ungarn steht neben Polen auch im Mittelpunkt des Forumsbeitrags von Manuel Müller, der den Machtaus- und Demokratieabbau durch die dortigen Regierungen beschreibt und erläutert, warum sich die EU mit einer adäquaten Antwort schwertut. Einen europaweiten und doch individuellen Blick auf das Phänomen Europaskeptizismus nehmen Michael Kaeding, Johannes Pollak und Paul Schmidt ein und berichten von vielfältigen Variationen, aber auch gewissen Mustern. Gabriele Abels prüft die neue EU-Gleichstellungsstrategie auf Herz und Nieren und diskutiert, inwiefern die Kommission unter Führung Ursula von der Leyens deren Anspruch einer „Union der Gleichheit“ gerecht wird. Michèle Knodt berichtet für den Arbeitskreis Europäische Integration vom internationalen Workshop des Jean Monnet Network on EU-Canada Relations unter dem Motto „New Opportunities for the EU-Canada Strategic Partnership“.

**LINK: Vierteljahreszeitschrift *integration* 2/2020**

## *integration* 3/2020

Daniel Klein, Christopher Ludwig und Christoph Spengel erläutern die bisher vorgestellten Richtlinienvorschläge der Kommission hinsichtlich der Besteuerung digitaler Unternehmen und beschreiben die schwer zu überwindenden technischen und politischen Hürden auf dem Weg zu einer multilateralen Lösung. Inwiefern ein deutsch-österreichisches Tandem das Potenzial zu einem Brückenbauer zwischen sich zunehmend formierenden intergouvernementalen Blöcken innerhalb der EU hat, analysieren Zekije Bajrami et al. ihrem Beitrag im Lichte zentraler europapolitischer Themenfelder. In einem kommentierten Wiederabdruck ihres Beitrags aus der integration 1/2007 vergleichen Daniel Göler und Mathias Jopp den Kontext und die Herausforderungen der aktuellen deutschen Ratspräsidentschaft mit jenen von 2007 und stellen fest, dass die Themen und die Erwartungen damals zwar vergleichbar waren, sich das politische Umfeld aber stark verändert hat und die allgemeine Integrationsfreudigkeit seither abgenommen hat. Julian Plottka skizziert in seinem Forumsbeitrag drei denkbare Interpretationen für die Ausgestaltung der Konferenz zur Zukunft Europas und benennt die zentralen Faktoren, welche über Erfolg und Misserfolg des Projekts entscheiden werden. Von der virtuellen German Pre-Presidency Conference der Trans European Policy Studies Association und des Instituts für Europäische Politik zu den Herausforderungen für die deutsche Ratspräsidentschaft berichtet Vittoria Meißner.

**LINK: Vierteljahreszeitschrift *integration* 3/2020**

## *integration* 4/2020

Wie es unter außergewöhnlichen Bedingungen bei den Haushaltsverhandlungen zu einem ebenso außergewöhnlichen Kompromiss kam und worin Gemeinsamkeiten und Abweichungen von bekannten Verhandlungsmustern bestehen, erläutert Peter Becker. Niklas Helwig, Juha Jokela und Clara Portela analysieren in ihrem Beitrag die EU-Sanktionspolitik vor dem Hintergrund interner und internationaler Herausforderungen und identifizieren Reformpotenziale. Funda Tekin blickt auf die „Erklärung EU-Türkei“ aus dem Jahr 2015 und die Frage, ob seitdem ein institutioneller Blickwechsel von dem normbasierten Beitrittsprozess zu einem interessengeleiteten transaktionalen Charakter der Beziehungen stattgefun-

den hat. Welche Auswirkungen das Gutachten des Europäischen Gerichtshofs zum Singapur-Abkommen auf die Ausgestaltung der verschiedenen Handels- und Assoziierungsabkommen der EU mit sich bringt, diskutiert Stefan Lorenzmeier aus juristischer und politischer Sicht. In seinem Forumsbeitrag setzt Hartmut Kaelble die Folgen durch und den Umgang mit der aktuellen Corona-Krise ins Verhältnis zu vergangenen Krisensituationen und beschreibt ihre historische Neuartigkeit.

**LINK: Vierteljahreszeitschrift integration 4/2020**

## TASCHENBUCH "EUROPA VON A BIS Z"

Die Neuausgabe des Taschenbuchs "Europa von A bis Z" bietet Europa zum Nachschlagen: In der diesjährigen Ausgabe erklären über 100 renommierte Europaexpert:innen in Sachbeiträgen wissenschaftlich fundiert und zugleich verständlich alle wichtigen Themen und Begriffe aus Politik, Wirtschaft und Geschichte der europäischen Einigung. Es erscheint in aktualisierter und erweiterter Fassung schon in der 15. Auflage und richtet sich an alle Europa-Interessierten, die sich gezielt und zuverlässig über den neusten Stand in europapolitischen Fragen informieren wollen.

Für die 15. Auflage wurde das **Taschenbuch „Europa von A bis Z"** auf gänzlich neue Beine gestellt und konzeptionell sowie inhaltlich überarbeitet.

Um mit den beschleunigten Veränderungen der Europapolitik, wie sie in den Entwicklungen seit der Vorauflage deutlich wurden, Schritt halten zu können, erscheint das Taschenbuch nun beim Verlag „Springer Nature". Der Verlagswechsel ermöglicht zum einen, das „Europa von A bis Z" als „living edition" auf „SpringerLink" online zu veröffentlichen. Auf diese Weise können Autor:innen ihre Beiträge nun kontinuierlich aktualisieren und auch kurzfristig neue Entwicklungen aufgreifen. Zum anderen erscheint das „Europa von A bis Z" weiterhin wie gewohnt als Printversion.

Die ersten Beiträge wurden bereits im Frühjahr 2019 vor den Europawahlen online veröffentlicht und seitdem durch weitere Beiträge ergänzt. Im Frühjahr 2020 wurde der Prozess für die erste Printausgabe beim Verlag „Sprinter Nature" initiiert. Weitere wichtige Entwicklungen werden parallel in den Online-Beiträgen weiterhin verarbeitet. Alle bisher verfügbaren Online-Beiträge sind hier abrufbar.

Neben der konzeptionellen Überarbeitung erforderten die jüngsten Entwicklungen in der europäischen Integration auch eine grundlegende inhaltliche Überarbeitung. Ausgehend von Aktualität und Relevanz der verschiedenen Themen wurde die Liste der Taschenbuch-Artikel erweitert, sodass diese nun 103 Schachbeiträge und damit 27 mehr als die Vorauflage enthält. Alle Beiträge sind einheitlich aufgebaut und beinhalten folgende Bestandteile:

- kondensierte Zusammenfassung des Themas
- Schlüsselwörter
- Faktenkasten (Vertragsgrundlage, Ziele, Instrumente und Budget eines Politikfeldes bzw. Vertragsgrundlage, Zusammensetzung, Sitz, Kompetenzen, Aufgaben und Entscheidungsverfahren von Institutionen; Internetverweise)
- Haupttext
- weiterführende Literatur und Dokumente

**Die Neuauflage bietet:**

- eine historische Einführung, die die Integration nachzeichnet und ihre Folgen bilanziert;
- das Europa zum Nachschlagen mit 103 Sachbeiträgen inkl. Vertragsgrundlagen und weiterführenden Literaturhinweisen;
- eine Chronologie, die detailliert Auskunft über die zentralen Etappen der europäischen Integration – von den Anfängen bis zur Gegenwart – gibt;
- ein Abkürzungsverzeichnis;
- ein Sachregister.

**LINK: Online-Ausgabe**

**ISBN:** 978-3-658-24456-9

**LINK: Print-Ausgabe**

**ISBN:** 978-3-658-24454-5

**Herausgeber:innen**

Prof. Dr. Werner Weidenfeld, Prof. Dr. Wolfgang Wessels, Dr. Funda Tekin

**Verlag**

Springer VS, Wiesbaden

# HANDBUCH ZUR DEUTSCHEN EUROPAPOLITIK

Das „Handbuch zur deutschen Europapolitik“ ist anlässlich der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in einer zweiten völlig überarbeiteten Auflage Ende des Jahres 2020 erschienen. Die Neuauflage des Sammelbandes berücksichtigt die neuesten Entwicklungen in der Europapolitik Deutschlands und deren Einfluss auf europäische Integrations- und Entscheidungsprozesse. Dabei bieten die renommierten Autor:innen einen breiten und analytischen Zugang zu Grundlagen und Konzepten deutscher Europapolitik, innenpolitischen Bestimmungsfaktoren sowie ausgewählten EU-internen und EU-externen Politikbereichen. Eine wichtige Neuerung ergibt sich aus einem Perspektivwechsel, der auch die Sicht ausgewählter Partnerstaaten auf die deutsche Europapolitik abbildet. Ergänzt wird die Neuauflage außerdem durch eine abschließende theoretische Perspektive auf die deutsche Europapolitik.

Insgesamt wird deutlich, dass europäische Politik von besonderem Wert und Nutzen sowohl für die politische als auch ökonomische Wirklichkeit Deutschlands ist. Gleichsam hat Deutschland eine einflussreiche Position bei der Gestaltung europäischer Integration und in EU-Entscheidungsprozessen inne. Das Handbuch ist damit ein verlässlicher Begleiter für all diejenigen, die sich wissenschaftlich, politisch und praktisch mit deutscher Europapolitik befassen.

Die Neuauflage des „Handbuchs zur deutschen Europapolitik“ umfasst:

- Ein Vorwort von Michael Roth, MdB und Staatsminister für Europa,
- Einleitung der Herausgeber:innen zu den Grundlinien deutscher Europapolitik,
- Grundlagen und Konzepte deutscher Europapolitik,
- Innenpolitische Bestimmungsfaktoren und Akteur:innen deutscher Europapolitik,
- Deutschlands Rolle in EU-internen Politikbereichen wie Migration und Asyl, Wirtschafts- und Währungsunion, Haushalt und Finanzen, redistributive Politiken, Sozialpolitik sowie Energie- und Klimapolitik etc.,
- Deutschlands Rolle in EU-externen Politiken wie Handelsbeziehungen, Außen , Sicherheits- und Verteidigungspolitik, EU-Erweiterung und Europäischer Nachbarschaftspolitik etc.,
- Deutsche Europapolitik: Sichtweisen in ausgewählten Partnerstaaten,
- Theoretische Annäherungen an die deutsche Europapolitik,
- Eine umfassende Chronik der deutschen Europapolitik von 1946 bis heute.

**Mit Beiträgen von:**

Gabriele Abels, Peter Becker, Timm Beichelt, Katrin Böttger, Simon Bulmer, Isabelle Buscke, Christian Calliess, Agnieszka Cianciara, Claire Demesmay, Gabriele D‘Ottavio, Christian Dreger, Katharina Gnath, Daniel Göler, Martin Große Hüttmann, Lucas Guttenberg, Ines Hartwig, Sven Hölscheidt, Rudolf Hrbek, Helge Jörgens, Mathias Jopp, Annette Jünemann, Henning Klodt, Wilhelm Knelangen, Barbara Lippert, Heiner von Lüpke, Andreas Maurer, Stormy-Annika Mildner, Gisela Müller-Brandeck-Bocquet, Oskar Niedermayer, Hans-Wolfgang Platzer, Nils Redeker, René Repasi, Michael Roth, Barbara Saerbeck, Frank Schimmelfennig, Roland Sturm, Funda Tekin, Johanna Wietschel und Thomas von Winter.

**LINK: Handbuch zur deutschen Europapolitik**

Herausgegeben von Dr. Katrin Böttger und Prof. Dr. Mathias Jopp

2020, ca. 700 S., Gebunden, 68 EUR

ISBN 978–3-8487–6852-3

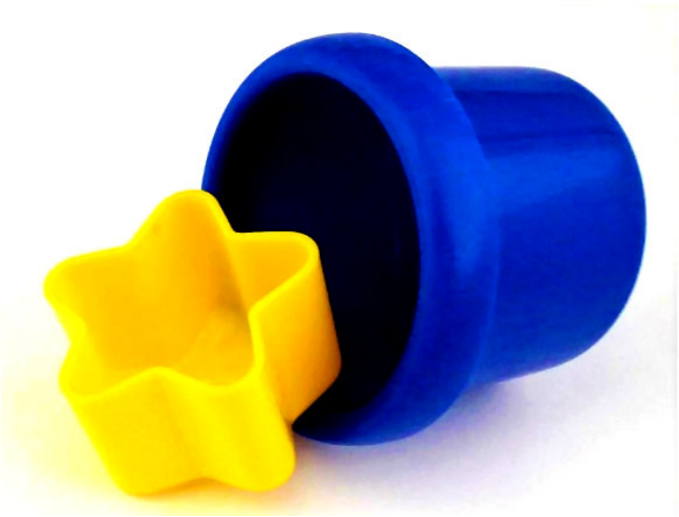
Erscheinungsdatum: Dezember 2020

## DER (EUROPÄISCHE) FÖDERALIST

Die europäische Integration hat den Bürger:innen der EU enorme Freiheitsgewinne gebracht, ihr eigenes Leben länderübergreifend zu gestalten. Doch mit dem Zusammenwachsen der europäischen Gesellschaft entsteht auch neuer politischer Regelungsbedarf: Die EU greift heute tiefer in das Alltagsleben der Menschen ein als irgendeine andere überstaatliche Organisation. Zugleich hat sie mit ihren supranationalen Organen, allen voran dem Europäischen Parlament, die Grundlagen geschaffen, dass die Europäer:innen über ihre gemeinsamen Angelegenheiten auch in gemeinsamen demokratischen Institutionen entscheiden können.

Das Blog **Der (europäische) Föderalist**, das seit Oktober 2011 besteht, fragt nach den Chancen und Voraussetzungen einer überstaatlichen Demokratie. Ausgehend von tagesaktuellen Ereignissen und Debatten analysiert es Aspekte der europäischen und globalen Verfassungspolitik – vom Europawahlrecht und dem europäischen Parteiensystem über die Rolle des Rates und der nationalen Parlamente, die europäische Öffentlichkeit, den Schutz der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten und die institutionellen Ursachen der zunehmenden Europaskepsis bis zu den demokratischen Implikationen differenzierter Integration. Zudem begann Der (europäische) Föderalist 2014 als erstes europäisches Medium, auf Grundlage nationaler Wahlumfragen regelmäßige Sitzprojektionen für das Europäische Parlament zu veröffentlichen.

Betreiber und Hauptautor des Blogs ist Manuel Müller, seit 2019 am Institut für Europäische Politik. Darüber hinaus erscheinen auf dem Blog Gastbeiträge von und Interviews mit europäischen und nationalen Politiker:innen, Wissenschaftler:innen sowie Vertreter:innen der Zivilgesellschaft.



### Thema: Zukunftskonferenz: Was erwarten wir von der Konferenz über die Zukunft Europas? – Serienauftakt

Am Europatag hätte es losgehen sollen: Ab dem 9. Mai 2020 sollte die Konferenz über die Zukunft Europas zwei Jahre lang darüber diskutieren, wie es mit der europäischen Einigung weitergeht. Inzwischen ist klar, dass dieser Zeitplan nicht eingehalten werden kann. Mit dem Ausbruch der Corona-Pandemie sind die vorbereitenden Gespräche zwischen Parlament, Kommission und Rat, die in eine gemeinsame Erklärung zur Struktur und Arbeitsweise der Konferenz hätten münden sollen, zum Erliegen gekommen. Mitte April erklärte die zuständige Kommissions-Vizepräsidentin Dubravka Šuica (HDZ/EVP), die Eröffnung werde frühestens im September stattfinden.

**LINK: Vollständiger Artikel**

### Neuer Schwung für die Demokratie: Die Konferenz zur Zukunft Europas (Gastbeitrag von Dubravka Šuica, Mitglied der Europäischen Kommission)

Die Demokratie und das Vertrauen in unsere Institutionen wurden in den letzten Monaten durch die COVID-19-Pandemie auf eine harte Probe gestellt. Dies war ein beispielloser Moment der gemeinsamen Besorgnis und des gemeinsamen Vertrauens zwischen den Bürger:innen, den nationalen Regierungen und der Europäischen Union.

Die Pandemie hat in unserem täglichen Leben Verwüstungen angerichtet und ihre sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen werden langanhaltende Folgen haben. Wir befinden uns an einem entscheidenden Punkt in der Geschichte der EU. Während wir die restriktiven Maßnahmen, die zum Schutz der Bürger:innen vor COVID-19 eingeführt wurden, schrittweise lockern, müssen wir unsere Bereitschaft für neue Krisen erhöhen und unsere gemeinsame Zukunft auf der Grundlage der in diesen Monaten gewonnenen Erkenntnisse gestalten.

**LINK: Vollständiger Artikel**

## Thema: Rechtsstaatlichkeit
## Verfassungsgericht vs. EuGH: Zur Eskalation der Rechtsstaatskrise in Polen

Im Vergleich mit anderen Ereignissen wie dem Brexit hat die Krise des polnischen Justizsystems in den letzten Wochen nur recht wenig mediale Aufmerksamkeit erfahren – und das, obwohl sie derzeit wahrscheinlich die existenziellste Gefahr für die EU als Werte- und Rechtsgemeinschaft darstellt. Der lange schwelende Konflikt zwischen dem Europäischen Gerichtshof und den nationalen Verfassungsgerichten, wer in Verfassungsfragen im Zweifel das letzte Wort hat, ist zum ersten Mal in aller Wucht ausgebrochen. Kurzfristig ist das dadurch entstehende rechtliche Chaos vor allem ein polnisches Problem, aber die EU-Mitgliedstaaten sind längst viel zu eng verflochten, als dass es nicht schon bald auf den Rest der EU übergreifen könnte. Am Ende droht, wie es vor einigen Wochen im Verfassungsblog hieß, „das Ende der Welt, wie wir sie kennen“.

**LINK: Vollständiger Artikel**

## Thema: Corona
## Nationale Reflexe und europäische Solidarität in der Corona-Krise: Starke Institutionen helfen

Eigentlich hätte es ein schönes Jubiläum sein können: Am gestrigen Donnerstag vor 25 Jahren trat das Schengener Abkommen in Kraft, mit dem die Binnengrenzkontrollen abgeschafft und das Reisen in der EU erleichtert wurde. Aber gerade sind die Grenzen wieder zu, an Reisen ist nicht zu denken, und nach Feiern war den Staats- und Regierungschefs bei ihrer Videokonferenz auch nicht zumute. Stattdessen gab es eine Menge Streit, wie die Kosten der Corona-Krise finanziert werden sollen, und am Ende eine vage Einigung, sich in zwei Wochen noch einmal mit dem Thema zu befassen. Das Coronavirus hat die EU im Griff, und den Mitgliedstaaten fällt es – trotz aller Bekenntnisse zur europäischen Solidarität – sichtlich schwer, ihre nationalen Reflexe abzulegen.

**LINK: Vollständiger Artikel**

## Interview:
## „Mich ärgert diese Veto-Logik“: Ein Interview mit mit Linn Selle

**D(e)F:** *Wenn Du eines an der Funktionsweise der EU ändern könntest, was wäre es?*

**Linn Selle:** Ich gehöre zu den Menschen, die natürlich gerne sofort eine Menge ändern wollen würden. Aber könnte ich wirklich nur ein Element der Funktionsweise der EU ändern, wäre es, glaube ich, die Einführung von Mehrheitsentscheidungen im Rat. Bei Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik kann man heute niemandem mehr erklären, warum die EU nicht mit einer Stimme spricht. Da sind die Bürger:innen in meiner Wahrnehmung weiter als politische Entscheidungsträger:innen.

Besonders ärgert mich diese Veto-Logik aber beim EU-Haushalt. Denn sie führt dazu, dass einfach nicht genug Geld in relevante Zukunftsaufgaben gesteckt wird, sondern der Haushalt immer noch weitestgehend dieselbe Struktur hat wie vor 40 Jahren – obwohl die Bürger:innen ganz klar erwarten, dass die EU Zukunftsaufgaben gestaltet. Diese „Wasch mich, aber mach mich nicht nass“-Mentalität ist nicht nur ärgerlich, sondern führt auch langfristig zu Frust, weil die EU nicht die Aufgaben erfüllen kann, die sie eigentlich erfüllen sollte. Mehrheitsentscheidungen bei den Haushaltsverhandlungen und eine starke Rolle für das Europäische Parlament könnten das durchbrechen, weil sachorientierter diskutiert werden müsste und niemand mehr wie heute seine Pfründe sichern könnte.

**LINK: Vollständiges Interview**

# #BERLINPERSPECTIVES

The IEP Policy Brief series #BerlinPerspectives presents precise analyses on Germany's European policy to an English-speaking audience. The authors analyse German European policy positions on current topics and debates and provide policy recommendations based on their findings.

## Germany's EU Council Presidency 2020 — Achieving more than managing expectations in challenging times

- Germany takes over the EU council presidency in challenging times.
- Expectations for Germany's EU Council Presidency are high.
- In order to bring the integration project forward, Germany should strive to go beyond managing expectations.
- The German presidency should prioritize the most pressing issues including the MFF and Brexit.
- At the same time, it should lead the conversation on crosscutting issues affecting the EU's core values.

**LINK: #BerlinPerspectives No. 1 by Katrin Böttger and Funda Tekin**

## Judges trigger a Political Break-Through for the Future of the EU – How the Constitutional Court pushed Germany towards financial solidarity

- The PSPP-Judgment of the GFCC is not only violating principles of EU law but also created a serious constitutional dilemma in Germany.
- It demonstrates that ECB programmes alone cannot be the solution to the crisis before and after COVID-19.
- The pragmatic reply of the ECB does not exclude that the PSPP and the new PEPP will be accepted by the GFCC.
- The Franco-German Corona Recovery Proposals are a fundamental break-through: common EU liability coupled with common control allows for financial solidarity.
- The Recovery Fund might serve as a laboratory for an EMU reform towards democratically controlled EU economic and fiscal policies.
- The PSPP-ruling of the GFCC contributed to a reform process that might ultimately lead to a more democratic and stable EU.

**LINK: #BerlinPerspectives No. 2 by Ingolf Pernice**

## After the Presidential Election in Belarus – Germany's role in formulating a united EU position defending human rights and the rule of law

- The presidential elections in Belarus showed a surprising degree of political contestation, but also fraud and violence against protesters.
- Germany's initial reaction was restrained
- In order to hold Alexander Lukashenka accountable, Germany should build a coalition of advocates of human rights, the rule of law and free and fair elections.
- Its reaction should be firm, while avoiding to meddle too strongly in internal affairs.
- At the same time, Germany should prepare for a possible deterioration of the situation.

**LINK: #BerlinPerspectives No. 3 by Katrin Böttger**

## Protecting the Rule of Law in the EU – Germany's Council Presidency must secure both the EU's budget and its credibility

- Protecting the rule of law among member states is one of the EU's main challenges today.
- The adoption of the Multiannual Financial Framework offers a unique opportunity for the EU to develop an effective response to rule of law violations in member states.
- Divergent interpretations of the recent European Council summit's compromise jeopardize the introduction of a new rule of law mechanism.

- The German Council Presidency must work towards concretizing and depoliticizing the agreed conditionality regime for EU funds.

**LINK: #BerlinPerspectives No. 4 by Natasha Wunsch**

## The Political Crisis in Borisov's Bulgaria: How Germany can play a positive role

- Thousands of Bulgarians have been continuously protesting since July to demand the resignation of Prime Minister Boyko Borisov and his government following multiple high-profile scandals and rule-of- law violations. These protests have been met with brutal police repression.
- There is no end to the crisis in sight as Borisov is unwilling to give up power and the protesters are unwilling to stop their action.
- The protests and the rule-of-law violations in Bulgaria have been largely ignored at the EU level.
- Borisov benefits domestically from strong ties with European leaders, most notably with key German political figures.Germany as the holder of the EU Council Presidency can play a positive role in resolving the political crisis by putting Bulgaria's rule- of-law crisis on the European agenda.

**LINK: #BerlinPerspectives No. 5 by Dimitar Keranov**

## Five Years After the EU-Turkey Statement: Germany Can Contribute to Navigating a Turbulent Relationship

- Five years after the EU-Turkey statement, the challenges facing the two sides have changed – and not necessarily for the better.
- The three faces of EU-Turkey relations are accession, Customs Union and transactional cooperation and all of them have taken deep blows in recent years and months.
- The EU needs to manage the fragile state of conflictual cooperation in EU-Turkey relations and Germany can play an active role.
- Germany has leadership potential because of its strong economic, societal and political relations and promotes a conciliatory position that can help mitigate the current conflictual situation.
- The EU can capitalise on this if Germany plays the good cop along those member states that have open conflicts with Turkey representing the bad cops.

**LINK: #BerlinPerspectives No. 6 by Funda Tekin**

## Making progress, fighting rollback: Germany's EU Council Presidency must secure gender equality achievements and reach new milestones

- The rollback against gender equality in several EU member states jeopardizes achievements made since the 1980s and the potential for future progress.
- The new EU Gender Equality Strategy 2020– 2025 should be supported by the Council and can give a push to this policy field.
- The Covid-19 pandemic affects women and gender equality in specific ways, and has to be a vital issue on the EU agenda.
- Violence against women is finally an important topic on the EU and the German Council Presidency's agenda in part as a result of the pandemic.

**LINK: #BerlinPerspectives No. 7 by Gabriele Abels**

## EUCACIS ONLINE PAPERS

The EUCACIS Online Paper Series focuses on the EU's relations with Central Asia and the Southern Caucasus as well as on policies and developments of the countries in both regions, with a special focus on international relations and foreign policy.

### Non-Recognized States, Security Threats and Post Conflict 'Stateness': The Quartet of post-Soviet Space

The way of formation of statehood and 'stateness' is rather long and complicated for countries, that have not been recognized yet. Their additional difficulties for 'stateness' are conditioned by challenges and consequences of conflict, stringent limitation of international relations, lack of experience and knowledge of how to build a sovereign state. The paper proposes an integral model of assessment of 'stateness', the so-called 'Peace Index' to comprehensively capture the levels of 'stateness' of such states. The index is discussed based on the examples of four non-recognized states of Post-Soviet space: Nagorno-Karabakh, Abkhazia, South Ossetia and Transnistria.

**LINK: EUCACIS Online Paper No. 11**

### Prosperity and Resilience as the New Panacea? The New Central Asia Strategy in View of the Security — Development Nexus

Since the independence of the five Central Asian republics in the 1990s, the European Union has been enhancing its ties with Kazakhstan, Kyrgyzstan, Tajikistan, Turkmenistan and Uzbekistan. In 2019, the European Commission and the High Representative adopted the Joint Communication on "The EU and Central Asia: New Opportunities for a Stronger Partnership" which intended to update the first Central Asia strategy of 2007. This paper looks at the guiding paradigms of the new Central Asia strategy within the scope of the security-development nexus. The goal of this paper is to show that the EU identifies a strong correlation between security and development issues in the case of Central Asia. It will be seen that the European understanding of security and development becomes a key element of the EU's new strategy to the given region. The detrimental impact of terrorism, illicit drug trafficking and water security affect not only human security but the regional stability as a whole.

**LINK: EUCACIS Online Paper No. 12**

## EUCACIS IN BRIEF

### Uzbekistan's Accession to the Eurasian Economic Union: Another Step in Economic Integration or Russian Political Pressure?

Jasur Salomov analyses the current development of the Eurasian Economic Union (EAEU) and potential advantages and disadvantages of Uzbekistan joining this organization. The paper argues that, although, in a formal sense, the EAEU is an economic organization, the Kremlin's motivation to draw Uzbekistan into this structure is political. The author notes that is it important for Uzbekistan to carefully study all possible risks before joining the organization or alternatively, choose a "middle ground" and join the EAEU with an observer status.

**LINK: EUCACIS in Brief No. 11**

### Eurasian Economic Union and Uzbekistan: Accession Prospects and Economic Implications

In 2019, Uzbekistan announced its intention to join the Eurasian Economic Union (EAEU). At the same time, the country formally re-opened WTO accession after the 1994 opened negotiations had stalled. Jamshid Normatov discusses how these two integration projects relate to each other, and points out economic and political implications if Uzbekistan decides to join either of the organizations. He gives the recommendation that integration into the WTO should remain a

priority. Moreover, the decision on the EAEU should be based on the type of agreed terms concerning the balance between the trade and sovereignty issues.

**LINK: EUCACIS in Brief No. 12**

## Tajikistan‘s Predictable Parliamentary Elections and the Presidential Election Later This Year

March 1 elections further cemented Rahmon’s hold on power and paved the way for him to do whatever he wishes when Tajikistan holds its presidential election in November this year. And Rahmon, who has been in power since 1992, must decide to whether to run for fifth term in office or install a successor.

**LINK: EUCACIS in Brief No. 13**

## Georgia‘s Response to Covid-19 and Its Effects on Academia and Research: Interview with Kornely Kakachia

Georgia, similar to the other countries, has been struggling with the Covid-19 since February 2020. In an interview, Professor Kornely Kakachia discusses how the government and society have been handling the pandemic since then and particularly, how the virus has affected Georgian academia and the research field.

**LINK: EUCACIS in Brief No. 14**

## The Crisis in Kyrgyzstan: The Effects of the Covid-19 Pandemic on Society and Culture — Interview with Florian Coppenrath

On 18 March, Kyrgyzstan confirmed the first three cases of the Covid-19 pandemic. The country has declared a state of emergency and and closed its international borders. As of 30th June, Kyrgyzstan counted 5296 confirmed cases of Covid-19, 2370 recoveries and 57 covid-19 related deaths. A containment of the spread of the virus in the Central Asian country is currently not foreseeable. Florian Coppenrath, who is conducting field research in Bishkek, discusses his experience and observation on how the pandemic unfolded during the past months in Kyrgyzstan.

**LINK: EUCACIS in Brief No. 15**

# EVENTS · KONFERENZEN

## GERMAN PRE-PRESIDENCY CONFERENCE – SHAPING THE FUTURE OF EUROPE

Am 25. und 26. Juni 2020 fanden die diesjährige German Pre-Presidency Conference (PPC) und die damit verbundene Jahrestagung des Wissenschaftlichen Direktoriums des Instituts für Europäische Politik (IEP) zum ersten Mal in einem innovativen virtuelle Format, und nicht in Berlin wie ursprünglich geplant, statt.

Aufgrund der anhaltenden COVID-19 Pandemie wurde vom IEP und der Trans European Policy Studies Association (TEPSA) die Konferenz in den virtuellen Raum verlegt. Unter dem Titel „Shaping the Future of Europe“ diskutierten Wissenschaftler:innen sowie politische und zivilgesellschaftliche Vertreter:innen in insgesamt neun Panel- und Roundtable-Gesprächen Schlüsselthemen im Hinblick auf die bevorstehende deutsche EU-Ratspräsidentschaft. Um die Agenda der Ratspräsidentschaft und ihre Prioritäten auch mit Expert:innen aus anderen europäischen Ländern diskutieren zu können und eine breitere Reichweite zu erzielen, fand die Konferenz in englischer Sprache und über das Videokonferenztool Zoom statt. Wenngleich sich die deutsche Ratspräsidentschaft entlang ihres Mottos „Gemeinsam für den Wiederaufbau Europas“ auf die COVID-19 Krise konzentrieren muss, ist das bei weitem nicht die einzige Herausforderung in diesem Jahr. Schwerpunkte liegen auch auf Klimaschutz, Digitalisierung, Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Rechtsstaatlichkeit, auf der Fortführung der Verhandlungen über den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR), der künftigen Beziehungen der EU zu Großbritannien sowie der Rolle der EU in der Welt. Entsprechend reichten auch die Diskussionsthemen der virtuellen PPC von der differenzierten Zukunft der EU nach dem Brexit bis hin zu möglichen Reformvorschlägen in Zeiten der Krisenbewältigung. Während der Konferenz bildeten die „**TEPSA Recommendations**“ für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft sowie „**youth ideas**“ aus dem #EngagEUrCouncil-Projekt einen wichtigen Rahmen für die zahlreichen Diskussionen.

Obwohl eine virtuelle Konferenz die Networking-Komponente beeinträchtigt, konnte die diesjährige Tagung die Teilnahme von 250 Personen aus Deutschland, der EU und auch nicht-EU Staaten, wie z.B. Georgien, die Türkei und die Ukraine, ermöglichen. Die Verlagerung der Debatten in den virtuellen Raum fand besonders großen Anklang bei den jungen Teilnehmenden. Eine Neuerung der PPC 2020 war die ausdrückliche Einbindung von jungen Studierenden aus dem Projekt #EngagEUrCouncil und das damit verbundene „Youth Ideas Panel“, das den ersten Konferenztag eröffnete.

Die Konferenz wurde durch **zwei Videobotschaften** von Prof. Dr. Jaap de Zwaan, Generalsekretär von TEPSA, und von Prof. Dr. Frank Schimmelfennig, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Direktoriums des IEP, sowie von Dr. Werner Hoyer, Präsident der Europäischen Investitionsbank und Präsident des IEP, eröffnet. Nach einer Keynote von Axel Dittmann, Direktor für Institutionelle Angelegenheiten der EU, Brexit, und EU-Koordinierung und für die EU2020-Präsidentschaft im Auswärtigen Amt, präsentierten vier #EngagEUrCouncil Rapporteur:innen ihre junge Ideen für die Ratspräsidentschaft zur EU Asyl- und Migrationspolitik, der EU Außenpolitik sowie der europäischen Klimapolitik und der Zukunft Europas. Die Ideen wurden direkt mit Axel Dittmann und dem breiteren online Publikum im Rahmen einer durch Dr. Funda Tekin, Direktorin am IEP, moderierten Debatte diskutiert. Am Nachmittag des ersten Tages luden außerdem ein weiteres Panel sowie drei parallele Roundtables Expert:innen aus Wissenschaft und Politik Gelegenheit zu Austausch und Diskussion ein. Im Mittelpunkt standen dabei die differenzierte Zukunft Europas nach dem Brexit, die Migrations- und Asylpolitik, die Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik der EU sowie der European Green Deal.

Nach einem aufschlussreichen und anregenden ersten Tag, begann der zweite Tag mit **einer Videobotschaft von Prof. Dr. Johannes Pollak**, Vorstandsvorsitzender des IEP, die das Panel zu „Must the EU learn to ‘speak the language of power’?“ einläutete. Darauf folgten wie am Vortag drei parallele Roundtables zu institutionellen Reformen in Zeiten des Krisenmanagements, dem sozialen Zusammenhalt und der sozialen Sicherheit in Europa sowie eine geschlossene „Youth Ideas Roundtable“ mit Studierenden der Universität Passau, der Universität Magdeburg – OVGU sowie den Rapporteur:innen aus #EngagEUrCouncil.

Ein ausführlicher Bericht zur German Pre-Presidency Conference ist in der Ausgabe 3/2020 der Vierteljahresschrift *integration* erschienen.

**Ergebnisse der Konferenz**

- **PPC Key Takeaways**

**Medien**

- **PPC Virtual Edition Programm**
- **PPC Speakers 2020**
- **TEPSA Recommendations to the German Presidency**
- **Webseite der Deutschen Präsidentschaft im Rat der Europäischen Union**
- **Videos der Konferenz auf dem IEP-YouTube Channel**

**Partner:**

Federal Foreign Office

Europe for Citizens

STIFTUNG MERCATOR

Integrating Diversity in the European Union

TRACK Teaching and Researching the European Council

This project has received funding from the European Union's Horizon 2020 research and innovation programme under grant agreement No. 822304.

## 12. JAHRESTAGUNG DES DEUTSCH-NORDISCH-BALTISCHEN FORUMS

COVID-19 hat die Europäische Union stark erschüttert. Wie kann die EU mehr Autonomie in einer sich immer stärker wandelnden Weltordnung erlangen, insbesondere wenn es um internationale Lieferketten und Gesundheitssicherheit geht? Inwiefern können die EU Mitgliedsstaaten nationale Souveränität und das Bestreben nach multilateralen Lösungen vereinbaren? Wie kann die liberale Marktwirtschaft mit mehr europäischer wirtschaftlicher Selbstständigkeit in Einklang gebracht werden? Was bedeutet europäische Widerstandsfähigkeit und welche konkreten Maßnahmen muss die EU ergreifen, um diese zu stärken? Wie können die grünen Ziele der EU in Zeiten der Pandemie trotzdem erlangt werden? Im Lichte dieser Fragen fand das zwölfte Deutsch-Nordisch-Baltische Forum (DNBF) in Kooperation mit dem Finnish Institute of International Affairs (FIIA) im Herbst 2020 statt. Dabei war die COVID-19 Pandemie nicht nur leitgebend für die Themenwahl, sondern auch für das Format des Forums. Unter der Überschrift "2020 as a Stress Test for the European Union: Challenges in Times of the COVID-19 Pandemic" diskutierten über 40 Expert:innen aus Politik, Ministerien und Verwaltung (sog. „Planners") als auch Expert:innen einschlägiger Forschungseinrichtungen, Think Tanks und Universitäten (sog. „Thinkers") der Teilnehmerländer aktuelle Themen der europäischen Agenda im Schatten der Pandemie. Dabei ging es um regionale Themen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch und vor allem um europäische Themen mit Blick auf Perspektiven der Zusammenarbeit in Europa und auf die Gemeinsamkeiten und Unterschiede aus der jeweiligen nationalen Perspektive. Der Dialog zwischen Planners und Thinkers ermöglichte es, das Verständnis der jeweiligen Positionen und Auffassungen zu schärfen, die deutsche Europapolitik zu vermitteln und mögliche gemeinsame Strategien zu entwickeln.

Das 12. DNBF hat in diesem Sinne die erfolgreiche Tradition eines multilateralen Austauschs fortgeführt auch wenn es gänzlich in den virtuellen Raum verschoben werden musste. Zu diesem Zweck wurde es in drei unterschiedliche Veranstaltungen am 27. und 28. Oktober 2020 sowie am 2. Dezember 2020 strukturiert.

Eröffnet wurde das Forum am 27. Oktober 2020 durch zwei öffentliche Reden der finnischen Ministerin für europäische Angelegenheiten Tytti Tuppurainen und des deutschen Staatsministers für Europa im Auswärtigen Amt Michael Roth, gefolgt von einer Debatte mit mehr als 100 jungen Wissenschaftler:innen, Studierenden sowie Thinkers und Planners.

Am 28. Oktober 2020 kamen insgesamt 30 Thinker im Rahmen eines „Thinkers brainstorm" für besonders

intensive Diskussionen in drei verschiedenen parallelen virtuellen Arbeitsgruppen zusammen. Nach der Eröffnung von Herrn Sebastian Groth, Leiter des Planungsstabs im Auswärtigen Amt, und seinem Counterpart in Finnland, Frau Sini Paukkunen, diskutierten die Teilnehmenden vier aktuelle und hochrelevante Themen, die auch während der Eröffnungsdiskussion am Vortag erörtert worden waren: Der Europäische Grüne Deal; die EU und der Multilateralismus; die Widerstandsfähigkeit der EU sowie dessen wirtschaftlichen Wiederaufbau durch das Programm „Next Generation EU“. Dabei einigten sie sich auf eine Liste von relevanten und konkreten Herausforderungen für die Zukunft der EU im Stresstest-Corona-Jahr 2020.

Am 2. Dezember 2020 trafen sich dann 24 Thinkers und 24 Planners digital, um die vier Themen erneut in vier parallelen virtuellen Sitzungen lösungsorientiert zu diskutieren. Dabei waren kurze Input-Statements von Vertreter:innen der Planungsstäbe und Ministerien aus den beteiligten Ländern Quelle der Inspiration.

Die Debatten zu den vier Querschnittsthemen boten die Grundlage für die Ausarbeitung spezifischer politischer Empfehlungen, die ausführlich in einem von IEP und FIIA während des Forums immer neu überarbeiteten Diskussionspapiers festgehalten wurden.

**LINK: Diskussionspapier des 12. Deutsch-Nordisch-Baltischen Forums**

**Partner:**

FIIA
FINNISH INSTITUTE
OF INTERNATIONAL AFFAIRS

Auswärtiges Amt

# ONLINE-BÜRGERDIALOGE

Die Bürgerdialoge werden seit 2014 als interaktive Formate gemeinsam mit dem größten überparteilichen Mitgliederverein Europa-Union Deuschland e.V. für Europa in Deutschland organisiert, damit Bürger:innen nicht nur am Wahltag eine Stimme haben. Die Veranstaltungsreihe hat zum Ziel, offene Diskussionen zu aktuellen Fragen der Europäischen Union zu ermöglichen und den Austausch zwischen Bürger:innen und Entscheidungsträger:innen zu fördern. Gesellschaftliche Themen sollen möglichst breit diskutiert werden. Deshalb arbeitet die Europa-Union mit einer Vielzahl von Partnerorganisationen, darunter das Institut für Europäische Politik e.V., aus allen Bereichen der Gesellschaft zusammen. Auch im Pandemiejahr 2020 konnten die Dialoge in einem Online-Format zu aktuellen Themen stattfinden.

Die Bürgerdialoge sollen den öffentlichen Diskurs zu aktuellen europäischen Themen befördern und kritisch konstruktiv begleiten – unabhängig und überparteilich. Bürger:innen werden mit Expert:innen und Politiker:innen ins Gespräch gebracht, um die Teilhabe der Menschen an der Zukunft des Europäischen Projekts zu unterstützen. Wichtig dabei ist immer auch der regionale Bezug europäischer Politik. Damit wird eine Plattform zur Information und zum offenen Meinungsaustausch aus den unterschiedlichsten Perspektiven geboten. Unser Anspruch: Expert:innen und Entscheidungsträger:innen stellen sich dem Dialog mit den Bürger:innen, damit sich Interessierte selbst ein möglichst umfassendes Bild machen können. Die Diskussionen sind unabhängig, sachlich und ergebnisoffen.

## Was ist uns Europa wert? Solidarität und Finanzen in der Corona-Krise

Am 4. Mai 2020 stellten sich unter dem Motto „Was ist uns Europa wert? Solidarität und Finanzen in der Corona-Krise“ die Europaabgeordnete Terry Reintke und Prof. Dr. Joachim Wuermeling, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, den Fragen der rund 80 Teilnehmenden. Diese interessierte vor allem welche Kosten durch die Corona-Krise auf die EU und die Mitgliedstaaten zukämen und wie die nationalen Regierungen und die EU damit umgingen. Diskutiert wurde dabei unter anderem das Für und Wider von sogenannten Coronabonds, die Möglichkeiten und Notwendigkeit von EU-Wiederaufbauprogrammen sowie die Finanzierung des EU-Haushaltes durch die Mitgliedstaaten und eine mögliche Aufstockung durch Beitragserhöhungen oder EU-eigene Steuern. Eine zentrale Rolle in den Gesprächen nahm auch die Frage der Solidarität der EU-Staaten untereinander ein und die Sorge, wie man in Zukunft weiter gut zusammenarbeiten könne. Deutlich wurde, dass durch gezielte

Maßnahmen und solidarisches Handeln verlorenes Vertrauen in die EU rasch wiederhergestellt werden müsse. Über die Ausgestaltung dessen und die Wahl der konkreten Mittel wurde streckenweise kontrovers diskutiert. Einig war man sich, dass nur gemeinsam tragfähige Lösungen gefunden werden können, um geeint aus der Krise hervorzugehen.

## In Zukunft besser zusammen? Wege der EU aus der Corona-Krise

„In Zukunft besser zusammen? Wege der EU aus der Corona-Krise“ hieß es dann auch beim nächsten Online-Bürgerdialog am 9. Mai 2020, dem Europatag und 70. Jahrestag der Schuman-Erklärung. Die Europaabgeordnete und Vize-Präsidentin der Europa-Union Gabriele Bischoff und Jörg Wojahn, der Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland, standen den zahlreichen Teilnehmenden Rede und Antwort, die ihre Fragen via Chat oder live per Mikrofon und Webcam in das Gespräch einbringen konnten. Die Maßnahmen der EU in der Corona-Krise waren ein intensiv nachgefragtes Thema unter den Teilnehmenden. So wurde unter anderem über die Dauer und Sinnhaftigkeit von Grenzschließungen durch die Mitgliedstaaten diskutiert sowie über die Notwendigkeit von Investitionen und Solidarität, um die Krise gemeinsam zu bezwingen. Darüber hinaus ging es auch um generelle Zukunftsfragen – zum Beispiel wie das Vertrauen in die Institutionen wieder gestärkt und wie der angekündigte Green Deal sowie die vorerst wegen Corona verschobene Konferenz zur Zukunft der EU noch realisiert werden können. Aber auch andere Politikfelder wie eine gemeinsame Entwicklungs- und Verteidigungspolitik und die weiteren Auswirkungen des Brexits interessierten die Teilnehmenden. Der Bürgerdialog am 9. Mai wurde gleichzeitig live auf der Webseite der Kommissionsvertretung und verschiedenen Social-Media-Kanälen gestreamt, so dass noch mehr Leute über die Teilnehmenden des Webinars hinaus erreicht werden konnten. Der Bürgerdialog am Europatag wurde in Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland, dem Verbindungsbüro des Europäischen Parlaments in Deutschland und der überparteilichen Europa-Union Deutschland veranstaltet.

## EU-Ratspräsidentschaft: Erwartungen, Prioritäten und Herausforderungen

Am 1. Juli hat Deutschland für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft übernommen. Beim interaktiven Online-Bürgerdialog der überparteilichen Europa-Union Deutschland am 23. Juni stellten sich bereits jetzt die stellvertretende Sprecherin der Bundesregierung Ulrike Demmer und Jörg Wojahn, Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland, den Fragen der Bürger:innen zu den Inhalten und Prioritäten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Schwerpunkte waren dabei u.a. die gemeinsame Bewältigung der Corona-Krise und der nachhaltige Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft.

Neben diesen Punkten waren noch viele andere Themen Teil der Agenda der deutschen EU-Ratspräsidentschaft: Wichtig war es beispielsweise, zügig eine Einigung bei den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen herbeizuführen, denn ohne einen solchen stünde die EU ab Januar 2021 ohne gültigen Haushaltsplan da. Wojahn und Demmer zeigten sich aber optimistisch, dass es hier noch im Juli Fortschritte geben werde, zumal auch noch das Europäische Parlament über mögliche Einigungen abstimmen müsse.

Finanzen spielten auch in vielen anderen Fragen der Teilnehmenden eine Rolle: Ob sich wirtschaftlicher Wiederaufbau nach der Corona-Krise durch den momentan diskutierten Recovery Plan und ökologische Ziele wie von der Leyens angekündigter Green Deal denn nicht eigentlich ausschließen? Demmer betonte, dass es hier keinen Widerspruch zwischen den Zielen gebe. Vielmehr müsse wirtschaftlicher Wiederaufbau und Nachhaltigkeit zusammengedacht werden. Dies habe die Kanzlerin betont und in der Kommissionspräsidentin dabei eine starke Partnerin. Wojahn ergänzte dazu, dass auch andere EU-Staaten die Notwendigkeit erkannt haben, Wiederaufbaumaßnahmen mit einer klimafreundlichen Politik zu verbinden, denn der Klimawandel warte nicht auf uns. Daher werden entsprechende Maßnahmen immer beides enthalten: fördernde und regulatorische Elemente. Nur so sei eine nachhaltige Entwicklung möglich.

Auch der aktuelle Stand zur geplanten Konferenz zur Zukunft der EU interessierte die Teilnehmenden. Wichtig sei, dass sich die Mitgliedstaaten im Rat auf eine gemeinsame Position verständigten, erst dann könne der Prozess starten, erläuterte Wojahn dazu. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft werde auch hier versuchen, Fortschritte zu erzielen, da nicht zuletzt die Corona-Krise eine solche Konferenz umso wichtiger gemacht habe, so Demmer.

Weitere Themen waren der Umgang mit Fragen der Rechtsstaatlichkeit in der EU, Migration, der Umgang mit Partnern wie Russland und China sowie der Brexit. Deutlich wurde bei allen Punkten, dass tragfähige Lösungen nur gemeinsam gefunden werden können. Es gehe darum, Europa stark zu machen, indem es mit einer Stimme spricht, so Demmer. Dies sei auch erklärtes Ziel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft.

Der Online-Bürgerdialog wurde moderiert von Vera Wolfskämpf, Korrespondentin im ARD-Hauptstadtstudio.

## Landwirtschaft, Nachhaltigkeit und der europäische Green Deal: Erwartungen an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft

Anfang September trafen sich die europäischen Landwirtschaftsminister:innen in Koblenz. Deutschland hat zu diesem Zeitpunkt die europäische Ratspräsidentschaft inne und gibt damit auch die Verhandlungsagenda vor. Anlässlich des Treffens hat die überparteiliche Europa-Union Deutschland (EUD) einen Online-Bürgerdialog zu den Zukunftsthemen der Gemeinsamen Agrarpolitik organisiert. Jutta Paulus, Grünen-Abgeordnete im Umweltausschuss des Europaparlaments, und Uwe Feiler, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, sprachen dort über die europäische Landwirtschaftspolitik und die Fortschritte, die Deutschland während seiner Ratspräsidentschaft bis Ende des Jahres vor allem in den Bereichen Nachhaltigkeit, Lebensmittelkennzeichnung und Tierwohl machen möchte. Hierbei stehen harte Verhandlungen an: Wo es um viel Geld und um emotional aufgeladene Themen wie Ernährungsweisen und Tierschutz geht, sind Konflikte vorprogrammiert.

### Der Stand der europäischen Agrarpolitik

Die Gemeinsame Agrarpolitik ist einer der wichtigsten Politikbereiche der Union und verfügte zeitweise über mehr als die Hälfte des Budgets der EU. Sie soll Ernährungssicherheit garantieren, die Entwicklung des ländlichen Raums fördern und zum Umwelt- und Klimaschutz beitragen. Diese Ziele werden derzeit vor allem durch Direktzahlungen an Bäuer:innen verfolgt, die von der Größe der bewirtschafteten Fläche abhängen. Zudem wird ein Teil der Zahlungen an sogenannte „Greening"-Maßnahmen gebunden. Das kann zum Beispiel die Erhaltung von Grünstreifen am Rand von Feldern sein, die zur Biodiversität beitragen sollen. Der Großteil der Subventionen fließt jedoch noch immer ohne ambitionierte Umweltauflagen, was zunehmend kritisiert wird. Im EUD-Bürgerdialog wies Europaparlamentarierin Jutta Paulus darauf hin, dass besonders Großbetriebe von der derzeitigen Förderung profitierten. 80 Prozent der Gelder landeten bei 20 Prozent der Betriebe. Auch von Tierschützer:innen kommt Kritik: Statt einer durchökonomisierten Landwirtschaft mit minimaler Rücksicht auf das Tierwohl fordert beispielsweise die Europäische Bürgerinitiative „End the Cage Age" besseren Schutz für Nutztiere. Sie wurde von über 1,5 Mio. Europäer:innen unterstützt.

### Öffentliche Gelder für öffentliche Leistungen – ein Paradigmenwechsel

Vor dem Hintergrund der Klimakrise und eines gestiegenen Bewusstseins für Umweltschäden und Tierschutzfragen setzt sich zunehmend die Überzeugung durch, dass die massive öffentliche Förderung nur denjenigen Betrieben zugutekommen soll, die einen gesellschaftlichen Mehrwert bieten. Von diesem gibt es unterschiedliche Vorstellungen: Beispielsweise fallen darunter Klimaschutzbemühungen, Tierwohlförderung, nachhaltige Bewirtschaftung von Feldern und die Landschaftspflege. Fördergelder würden dann vermehrt an die Erfüllung von Auflagen gebunden. Damit ginge ein Paradigmenwechsel einher, der den Fokus stärker auf ökologische und gesellschaftliche „Dienstleistungen" der Bäuer:innen legt, statt letztere bedingungslos zu unterstützen. Hohe Standards für Umwelt- und Klimaschutz waren auch im EUD-Bürgerdialog eine beliebte Forderung: 75 Prozent der Teilnehmenden sprachen sich dafür aus, Agrarförderung nur noch bei ihrer Erfüllung auszubezahlen.

### Die klimapolitische Dimension von Landwirtschaft

Als Vertreterin der Grünen im Europaparlament war für Jutta Paulus vor allem die Frage nach der umwelt- und klimapolitischen Bilanz der Gemeinsamen Agrarpolitik zentral. Dabei beklagte sie einen Widerspruch zwischen dem Europäischen Green Deal als klimapolitisches Leuchtturmprojekt der EU-Kommission und den jahrzehntelang gewachsenen Strukturen der Gemeinsamen Agrarpolitik. Eine Förderung ohne Rücksicht auf die Klimabilanz der landwirtschaftlichen Tätigkeit widerspreche den Zielen des Green Deals.

Diese Kritik ist nicht von der Hand zu weisen, da der Landwirtschaftssektor mit circa 12 Prozent tatsächlich substanziell zu den europäischen Treibhausgas-Emissionen beiträgt und derzeit noch kaum Klimaschutzauflagen erfüllen muss. Das hängt auch mit der Art der Emissionen zusammen: Es handelt sich größtentdeutschen eils um Methan und Lachgas, die bei der Tierhaltung und Düngung entstehen. Diese lassen sich oft nicht genau oder nur aufwändig messen und die Möglichkeiten zur Reduktion, wie die Verwendung anderer Dünger, sind auch schwierig kontrollierbar. Durchaus beispielsweise mit einer stärkeren Besteuerung bekämpft werden könnte aber die aktuell immense Fleischproduktion, die große Mengen Methan verursacht. Im Bürgerdialog waren Maßnahmen zur Reduktion des Fleischkonsums ein oft genannter Punkt, wobei auch die Förderung von Fleischalternativen als Idee genannt wurde.

### Vom Hof auf den Tisch als neues Leitbild

Die EU-Kommission unter Präsidentin von der Leyen hat erkannt, dass es veränderte Ansprüche an die europäische Landwirtschaftspolitik gibt und dazu die Strategie „Vom Hof auf den Tisch" erarbeitet. Diese soll Maßstäbe für die zukünftige, nachhaltige landwirtschaftliche Versorgung setzen und regionale Wirtschaftskreisläufe stärken. Zudem sollen Antibiotika- und Pestizideinsatz stark zurückgefahren und im Gegenzug die ökologische Landwirtschaft in Europa aus-

gebaut werden. Ein weiteres Ziel ist ein effizienterer Düngereinsatz, wobei Uwe Feiler von durch die Digitalisierung deutlich verbesserten Möglichkeiten einer gezielteren Düngereinbringung berichten konnte. Auch die Forschung im Landwirtschaftsbereich wird durch „Vom Hof auf den Tisch“ von 10 Milliarden Euro Förderung profitieren.

**Kommt ein europäisches Tierwohllabel?**

Vielen Europäer:innen sind gute Haltungsbedingungen für Tiere sehr wichtig und in einer Eurobarometer Umfrage von 2015 unterstützten 82% die Forderung nach besserem Schutz von Nutztieren. Allerdings befinden sich in Supermarktregalen noch immer hauptsächlich Produkte aus nicht-artgerechter Massentierhaltung. Diese Unstimmigkeit hängt wohl auch damit zusammen, dass Haltungsbedingungen sehr einfach zu verdrängen sind, wenn man auf Milchpackungen glückliche Kühe sieht und keine Informationen zu den reellen Haltungsbedingungen bekommt. Konsument:innen haben, abgesehen von der „Bio“-Kennzeichnung, kaum Möglichkeiten, die Haltungsbedingungen nachzuvollziehen. Ein Tierwohllabel, das verpflichtend oder auch zunächst freiwillig eingeführt werden könnte, dürfte Konsument:innen mehr Wahlfreiheit bieten. Dazu gibt es derzeit Abstimmungen zwischen den Mitgliedsstaaten und der Staatssekretär Uwe Feiler konnte im EUD-Bürgerdialog von positiven Signalen mehrerer EU-Staaten berichten. Allerdings ist es noch nicht absehbar, bis wann es zur Umsetzung kommen könnte.

**Auf dem Weg zur nachhaltigen Landwirtschaft**

Es zeichnet sich zunehmend ein grundsätzlicher Wandel in der europäischen Agrarpolitik ab. Auch die Umfragen unter den Teilnehmenden des EUD-Bürgerdialogs verdeutlichen, dass die Akzeptanz für bedingungslose Förderung sinkt und Landwirt:innen neuen Ansprüchen gerecht werden müssen. Die Verhandlungen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik im kommenden Mehrjährigen Finanzrahmen (2021-2027) werden zeigen, inwiefern sich dieser Mentalitätswandel auch politisch niederschlägt.

## Fit für die Zukunft? Jugend, Bildung und Digitalisierung in der EU

Um sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, hat das Institut für Europäische Politik gemeinsam mit der überparteilichen Europa-Union Deutschland (EUD) den Online-Bürgerdialog „Fit für die Zukunft? Jugend, Bildung und Digitalisierung in der EU" am 23. September 2020 organisiert. Aus dem Europaparlament war der Abgeordnete Tiemo Wölken (SPD) eingeladen, rechtspolitischer Sprecher seiner Fraktion und Mitglied des Rechtsausschusses sowie des Ausschusses für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Mit ihm diskutierte Malte Steuber, Bundesvorsitzender der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) Deutschland.

**Zwischen Krise und Vision – die deutsche Ratspräsidentschaft**

Solange Deutschland die Ratspräsidentschaft inne hat, trägt die Bundesregierung eine besondere Verantwortung für den Kurs der EU. Die Teilnehmer:innen des interaktiven Online-Bürgerdialogs haben hohe Ansprüche: deutliche Fortschritte beim Klimaschutz, ein sozialeres Europa sowie eine humanitäre Flüchtlingspolitik. Tiemo Wölken zeigt Verständnis für die hohen Erwartungen, fordert aber Realismus ein. In einer 6-monatigen Präsidentschaft seien die Möglichkeiten für große Reformen begrenzt. Nichtsdestotrotz gebe es Grund für Optimismus. Selbst bei langwierigen Trilog-Verhandlungen seien Fortschritte sichtbar.

Ein wichtiges Ziel der Ratspräsidentschaft ist der Abschluss der Haushaltsverhandlungen. Wölken und Steuber halten einen Mechanismus, der die Auszahlung von Geldern an die Rechtstaatlichkeit knüpft, für unabdingbar. Der Vorsitzende der JEF, Malte Steuber, stellt dem Haushaltsentwurf insgesamt kein gutes Zeugnis aus. Der Umfang sei nicht ausreichend und daher wenig zukunftsfähig. Viele sinnvolle Projekte könnten nicht gefördert werden. Insbesondere hätte er sich eine stärkere finanzielle Unterstützung für das Erasmus+ Programm sowie die Jugendgarantie, die jungen Europäer:innen eine hochwertige Beschäftigung zusichert, gewünscht.

**Digitalisierung: grün und europäisch**

Die Zukunft ist digital. Immer mehr Lebensbereiche werden miteinander vernetzt. Wie kann die EU diese umfassende Transformation gestalten? Neben konkreten Forderungen, wie z.B. der Digitalisierung von Bildung, wünscht sich Tiemo Wölken eine neue Art des Denkens. Europa brauche Mut zum Experiment. Wir müssen beginnen, Fehlschläge zu akzeptieren. Nur so könne digitaler Fortschritt entstehen.

Beide Redner betonen, dass es nicht darum gehen sollte, das Silicon Valley nachzuahmen oder die Effizienz der chinesischen Regierung zu beneiden. Europa müsse seinen eigenen, dritten Weg finden und die Digitalisierung auf Basis europäischer Werte gestalten. Für Tiemo Wölken muss Datensicherheit dabei im Zentrum stehen.

Malte Steuber betont, dass digitaler Fortschritt und Datensicherheit nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Beide Ziele seien miteinander vereinbar. Durch die Corona-Pandemie sei sein eigener Verband dazu gezwungen worden, auf Präsenzveranstaltungen zu verzichten. Erfolgreiche Experimente mit

digitalen Formaten haben ihm das Potenzial dieser Möglichkeiten für die europäische Zusammenarbeit verdeutlicht.

Auf eine Zuschauerfrage, wie die Digitalisierung nachhaltig gestaltet werden könne, haben beide Diskutanten konkrete Antworten. Da der Energieverbrauch steige, sieht Malte Steuber einen raschen Umstieg auf erneuerbare Energien als entscheidend für eine grüne digitale Transformation an. Wölken stimmt zu und ergänzt, dass insbesondere die energieintensiven Datencenter so schnell wie möglich auf eine nachhaltige Energieversorgung umgestellt werden müssen.

Die Moderatorin Mareen Hirschnitz hakt nach, warum es der EU bisher nicht gelinge, große Digitalkonzerne angemessen zu besteuern. Tiemo Wölken sieht den Grund im Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten. Einige Länder profitierten davon, dass sie Unternehmen durch niedrige Besteuerung in ihre Länder locken. Außerdem zeige die EU bisher wenig Initiative gegen Digitalkonzerne vorzugehen, da sie die Gegenreaktion anderer Staaten befürchte, wie die Einführung von Strafzöllen auf europäische Exporte.

**Die Jugend des Kontinents**

Entscheidend für die Zukunft des Projekts Europa ist die junge Generation. Beide Redner wünschen sich die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Nur wer eine Stimme habe, interessiere sich für Europa. Die Teilnehmer:innen des Bürgerdialogs stimmen in einer Umfrage mehrheitlich zu. Über 70% wünschen sich die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Europawahlen. Tiemo Wölken gibt sich optimistisch, dass diese Reform in der nächsten Legislaturperiode umgesetzt werde. Mit der FDP, den Grünen und der SPD treten bereits drei Parteien des Bundestags für die Absenkung des Wahlalters ein.

Für beide Diskutanten ist der Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit entscheidend für die zukünftige Akzeptanz der EU. Malte Steuber warnt, dass in den südlichen Mitgliedstaaten eine junge Generation heranwachse, für die Europa ökonomischer Abstieg und soziale Unsicherheit bedeute. Mit dem Recovery Fund sei jedoch ein Instrument gefunden worden, welches solidarisch den Wiederaufbau nach der Corona-Pandemie unterstützt und soziale Härten abfedert, betont Tiemo Wölken.

Die Einführung eines verpflichtenden europäischen Freiwilligendienst wird kritisch gesehen. Malte Steuber verweist auf die langwierige Diskussion innerhalb der JEF zu diesem Thema. Persönlich lehne er die Verpflichtung ab, wünsche sich aber eine generelle Stärkung des europäischen Freiwilligendiensts. Jede:r Europäer:in, die einen Freiwilligendienst antreten möchte, sollte die Möglichkeit dazu bekommen. Auch das Publikum ist in dieser Frage gespalten. 55% der Teilnehmer:innen lehnen die Idee ab, während 32% einen europäischen Pflichtdienst grundsätzlich begrüßen würden.

**Nur eine humane EU hat Zukunft**

Malte Steuber und Tiemo Wölken sind sich einig, dass die Frage nach einer humanen Migrationspolitik entscheidend sei für die Zukunft Europas. Insbesondere im Hinblick auf die Ereignisse in Moria betont Steuber die Notwendigkeit, eine menschenrechtsbasierte Migrationspolitik zu beschließen. Es komme darauf an, ein gemeinsames Verständnis von Humanität zu finden. Deutschland könne in dieser Diskussion als Mittler zwischen West und Ost auftreten.

Die Einschätzung zu den Reformplänen des europäischen Asylsystems der Kommission ist eindeutig. Tiemo Wölken befürchtet, dass die Festung Europa weiter aufgebaut wird. Er hält es für einen Fehler, auf einen Verteilungsmechanismus für Geflüchtete zu verzichten. Die Idee, dass Mitgliedstaaten über die Mithilfe bei Rückführungen ihren Beitrag leisten können, ist für Wölken empörend.

**Das Europa nach der Pandemie**

Mit der Entwicklung eines Impfstoffs endet voraussichtlich die Corona-Pandemie. Die umfassende digitale Transformation wird jedoch weitergehen, der Klimawandel wird weiter voranschreiten und Geflüchtete werden sich weiterhin auf den Weg in Richtung Europa machen. Diese Zukunftsfragen dürfen nicht vergessen werden. Auch in Zeiten der Krise, müssen die beim Bürgerdialog aufgeworfenen Ideen und Visionen weiterdiskutiert werde.

# DIGITALE MITTAGSGESPRÄCHE

## Die ‚Schicksalswahl' und ihre Folgen – ein Jahr nach der Europawahl

*mit Dr. Katarina Barley und Prof. Dr. Michael Kaeding*

Am 26. Mai 2020 fand das IEP-Mittagsgespräch zum Thema „Die ‚Schicksalswahl' und ihre Folgen – ein Jahr nach der Europawahl" statt – aufgrund der Covid-19-Pandemie erstmalig in digitaler Form. Es diskutierten Dr. Katarina Barley, nationale Spitzenkandidatin der SPD bei der Europawahl 2019 und heute Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments sowie Prof. Dr. Michael Kaeding, Jean-Monnet-Professor „ad personam" an der Universität Duisburg-Essen und Mitherausgeber des Sammelbands Die Europawahl 2019. Ringen um die Zukunft Europas. Georg Pfeifer, Leiter des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in Deutschland, begrüßte die Teilnehmenden. Moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Katrin Böttger, Direktorin am Instituts für Europäische Politik (IEP).

Zum Auftakt des Gesprächs zeichnete Georg Pfeifer ein grundsätzlich positives Stimmungsbild nach der Europawahl: Neben einer gestiegenen Wahlbeteiligung in vielen europäischen Ländern sei auch der befürchtete Rechtsruck ausgeblieben. Allerdings habe das folgende Jahr auch Dämpfer gebracht: Das gescheiterte Spitzenkandidat:innenverfahren, schwierige Koalitionsbildungen und das zurzeit grassierende Coronavirus bildeten die größten Herausforderungen für das Europäische Parlament seit Mai 2019.

Katarina Barley betrachtete die Zeit seit der Wahl aus einer persönlichen Perspektive: Die Entscheidung, aus der nationalen Politik ins Europäische Parlament zu wechseln, habe sie als eine Chance wahrgenommen, Innovation und Entwicklung europäisch anzugehen. Das Scheitern des Spitzenkandidatenverfahrens sei nicht als Versagen des Parlaments anzusehen, da es stets auf die Einhaltung dieses Instruments beharrt habe. Vielmehr sei eine allgemeine Machtverschiebung zugunsten der Mitgliedsstaaten zu beobachten, die eine Einflussnahme auf die Entwicklung der Europäischen Union zunehmend als notwendig ansähen, um ihre eigenen nationalstaatlichen Interessen umzusetzen. Symptomatisch für das Verhalten der Mitgliedstaaten sei auch der Reflex, in Zeiten der Krise in nationalstaatliches Handeln zurückzufallen. So sei es paradox, dass nach Ausbruch der Covid-19-Pandemie das Fehlen europäischer Lösungen beklagt worden sei, obwohl die einschlägigen Kompetenzen für wichtige Politikbereiche wie das Gesundheitswesen, Grenzkontrollen oder die innere Sicherheit bei den Nationalstaaten liegen.

Michael Kaeding analysierte eine Reihe von Veränderungen, die sich durch die Europawahl in der Arbeitsweise des Europäischen Parlaments ergeben hätten. So habe der Mehrheitsverlust der großen Koalition aus Europäischer Volkspartei (EVP) und Sozialdemokraten (S&D) kleinere Fraktionen gestärkt. Neu sei nicht nur, dass ein Mitte-links-Bündnis aus Sozialdemokraten, Liberalen, Grünen und Linken nun wieder eine Mehrheit im Parlament erreiche, sondern auch, dass die rechtsextreme Fraktion deutlich geschlossener auftrete als in der Vergangenheit. Allgemein sei das Abstimmungsverhalten der Fraktionen allerdings weniger kohärent geworden, wobei auch nationalstaatliche Interessenunterschiede innerhalb von Fraktionen sichtbarer würden. Des Weiteren wies Kaeding auf den ungewöhnlich hohen Anteil neuer Abgeordneter im Parlament hin, die allerdings durch erfahrene Assistent:innen und Mitarbeiter:innen unterstützt würden. Dies ergebe eine interessante Symbiose hinsichtlich der Arbeitsfähigkeit des Parlaments: neuer Wind, aber Kontinuität in der parlamentarischen Arbeit.

In der anschließenden Diskussion wurde über Tendenzen bezüglich des wachsenden Einflusses der Mitgliedsstaaten debattiert: Die Entwicklung des Spitzenkandidat:innenverfahrens, Abstimmungen in den Fraktionen nach nationalen Leitlinien, aber auch die Fragilität des Schengener Abkommens ließen sich als Renationalisierungsprozess der EU-27 verstehen. Dem nationalstaatlichen Diskurs müssten starke, europäische Institutionen entgegengesetzt werden, wobei die Konferenz zur Zukunft Europas Hoffnung mache und als europäische Chance gesehen werden könne. Auch an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ab Juli 2020 würden in der ganzen EU hohe Erwartungen geknüpft. Neben dem Mehrjährigen Finanzrahmen müssten Rechtsstaatlichkeit, Nachhaltigkeit und Digitalisierung entscheidend vorangebracht werden und stünden somit ganz oben auf der Agenda.

Ob die Europawahl 2019 eine „Schicksalswahl" war, blieb am Ende des Gesprächs offen. Auch in einer kur-

zen Umfrage unter den anwesenden Gästen hielten sich „Ja“ und „Nein“ unter den Antworten nahezu die Waage.

## Die Zukunft der EU Handelspolitik in einer post-COVID-19-Welt

*mit Dr. Sabine Weyand und Dr. Funda Tekin*

Am 15. Juli 2020 veranstaltete das Institut für Europäische Politik vor dem Hintergrund der enormen gesundheitlichen, politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen der globalen Covid-19 Pandemie das „Mittagsgespräch digital“ zum Thema „Die Zukunft der EU Handelspolitik in einer post-COVID-19-Welt“.

Gemeinsam mit unseren Partnern der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und des Verbindungsbüros des Europäischen Parlaments in Deutschland hatte das IEP Dr. Sabine Weyand, Generaldirektorin für Handel bei der Europäischen Kommission, als Expertin eingeladen, um gemeinsam mit den Teilnehmer:innen des Mittagsgesprächs die Zukunft der EU-Handelspolitik zu diskutieren.

Moderiert wurde die Veranstaltung von Dr. Funda Tekin, eine der zwei Direktor:innen am IEP. Dr. Jörg Wojahn, Leiter der Kommissionsvertretung in Berlin, hielt zunächst eine kurze Begrüßungsansprache, gefolgt von einer Keynote-Rede von Sabine Weyand, an die sich eine lebhafte Diskussion mit den über 70 Teilnehmer:innen anschloss.

Die Diskussion befasste sich mit den Bewältigungsstrategien der EU in der Corona-Krise sowie ihrer Rolle und strategischen Position in der globalen Wirtschaft und im Kontext der durch die Pandemie ausgelösten weltweiten Rezession.

Dabei wurde herausgestellt, dass die Coronakrise eine Reihe politischer Entwicklungen sichtbar gemacht habe. Zum einen habe die Krise die bereits bestehende Tendenz von Staaten, sich angesichts wachsender Herausforderungen primär auf die eigenen Interessen zu fokussieren und darüber hinaus Elemente des internationalen Handels als Waffe zu instrumentalisieren, verstärkt. Die EU müsse daher an ihrem Engagement für Multilateralismus, freien Handel, und gegen protektionistische und unilaterale Tendenzen festhalten. Das strategische Ziel der EU müsse, wie auch von der neuen „geopolitischen Kommission“ angestrebt, zudem sein, mit Drittländern zu kooperieren und gleichzeitig die eigenen an den Prinzipien der Offenheit, Autonomie und Rechtsstaatlichkeit ausgerichteten Interessen zu vertreten. Freihandelsabkommen, wie mit Mercosur oder dem Vereinigten Königreich, seien in dem Zusammenhang ein wichtiges Element für den EU-Außenhandel und für die EU als einen der größten Nutznießer des globalen Freihandels, müssten jedoch in aller Gründlichkeit und auf Basis starker gemeinsamer Interessen und Werte verhandelt werden.

Gleichzeitig griffen immer mehr Staaten stark in die Wirtschaft ein und betrieben so eine neue Art von Planwirtschaft. Das sei zwar zur akuten Bewältigung einer Krise legitim, langfristig jedoch weder wirtschaftlich noch politisch sinnvoll. Insbesondere in der aktuellen Debatte um die Wiederbelebung von europäischen Lieferketten müsse der Blick deshalb darauf gelenkt werden, dass nicht etwa wirtschaftliche Selbstversorgung, sondern vielmehr Diversifizierung von Lieferketten Resilienz schaffe.

Schließlich würden multilaterale und globale Governance-Strukturen zunehmend geschwächt werden, obwohl gerade Krisen wie die aktuelle zeigten, dass Zusammenarbeit auf internationaler Ebene unverzichtbar sei. Die Reform der WTO müsse deshalb weiterhin eine wichtige Priorität für die EU sein, da der offene und regelbasierte Handel wesentlich für die Erholung der Weltwirtschaft und die Überwindung der Coronakrise sei.

Klare Bilanz zur Zukunft der EU-Handelspolitik zogen die Teilnehmer:innen der Veranstaltung schließlich in einer Online-Umfrage, in der 97 Prozent antworteten: Ja, die EU kann ein Champion des Freihandels in der post-Covid-19-Welt bleiben!

## Die Zukunft der EU und Europaskeptizismus: deutsche Perspektiven in Zeiten der COVID-19-Pandemie

*mit Daniel Freund, Dr. Katrin Böttger und Prof. Dr. Michael Kaeding*

Am 8. Oktober 2020 veranstaltete das Institut für Europäische Politik (IEP) vor dem Hintergrund der Veröffentlichung des Buches „Euroscepticism and the Future of Europe – Views from the Capitals“ das dritte „Mittagsgespräch digital“ zum Thema „Die Zukunft der EU und Europaskeptizismus: deutsche Perspektiven in Zeiten der COVID-19-Pandemie“. Im Mittelpunkt der Diskussion stand der Einfluss der Pandemie auf Europaskeptizismus in Deutschland und Europa und die Frage, ob und wie die Europäische Union (EU) dieser Entwicklung entschlossen entgegentreten kann. Der Gast unseres dritten digitalen Mittagsgesprächs, Daniel Freund, Mitglied des Europäischen Parlaments für die Fraktion der Grünen / Freie Europäische Allianz diskutierte gemeinsam mit Dr. Katrin Böttger, Direktorin am IEP, und den über 70 Teilnehmer:innen insbesondere den Umgang mit Europaskeptizismus. Das Mittagsgespräch wurde von Prof. Dr. Michael Kaeding, Jean-Monnet-Professor „ad personam“ an der Universität Duisburg-Essen und Mitherausgeber des Buches „Euroscepticism and the Future of Europe – Views from the Capitals“ moderiert. Georg Pfeifer, Leiter des Verbindungsbüros des Europäi-

schen Parlaments in Deutschland, begrüßte die Teilnehmenden.

Bereits in ihren Eingangsstatements verwiesen die Redner:innen darauf, dass nicht jede Kritik an Europa beziehungsweise der Europäischen Union auch Europaskeptizismus oder gar populistischer Europaskeptizismus sei. Diese Kritik müsse man jedoch, gerade wenn man die Zukunftsperspektiven der EU diskutiere, berücksichtigen und ernst nehmen. Zudem wurde bereits zu Anfang der Debatte herausgestellt, dass der Status quo der EU nicht länger haltbar sei und es Reformbedarf gäbe. Globale Probleme und Krisen wie der Klimawandel, ein sich veränderndes Machtgefüge innerhalb der internationalen Ordnung und die COVID-19-Pandemie könnten nicht von einzelnen Staaten und Regierungen Europas bewältigt werden. Hier eröffneten sich nun zwei Wege, die die EU einschlagen könne: Entweder wird der Prozess der europäischen Integration auch in weiteren Politikbereichen fortgeführt oder es wird der zweite Weg gewählt und man kehrt zurück zu nationalen Lösungen. Während Daniel Freund und Katrin Böttger eindeutig für einen gemeinsamen Weg über die Europäische Union plädieren, fordern Europaskeptiker:innen häufig ihren Rückbau.

Im Zentrum der anschließenden Diskussion mit den Teilnehmenden stand vor allem der Umgang mit Europaskeptizismus. So wird konstatiert, dass gerade in Deutschland der große Konsens in der Debatte um die Zukunft der EU verloren gegangen und die Kritik an ihr lauter geworden sei. Allerdings könne eine Schwarzmalerei der EU und eine Fundamentalopposition von Parteien wie der AfD nicht die Lösung sein: Vielmehr sollte man ein Signal setzen und einen ergebnisoffenen Diskurs über die Zukunft der EU führen. Nur so könne man den Bürger:innen Europas vermitteln, dass ihre Kritik ernst genommen werde. Man dürfe Europaskeptizismus nicht generell verteufeln und kritische Einwände nicht ignorieren. Vielmehr könne nur ein regelmäßiger Austausch und intensive Debatten zu einem gegenseitigen Verständnis führen. Die Teilnehmenden appelierten an die Politiker:innen Europas, sich der Debatte mit Europaskeptiker:innen zu stellen und Argumente zu liefern, warum eine Renationalisierung keine Lösung für die globalen Herausforderungen sei. Wichtig sei hier insbesondere, den Bürger:innen in einem gesellschaftlichen Strukturwandel Halt und Sicherheit zu geben, ihnen gegenüber jedoch auch ehrlich zu bleiben und mögliche Schwierigkeiten und Probleme nicht zu verschweigen.

Abschließend wurde die Frage diskutiert, wie man die Debatte um COVID-19 in Europa führen solle. Solidarität sei ein „alt-neues“ Narrativ, dass ebenso wie Ideen von „Wohlstand“ und „Frieden“ wieder auf die Agenda der EU gehöre. In der Diskussion wurde vor allem auf die unterschiedlichen Wahrnehmungen der europäischen Staaten Bezug genommen: Während in Deutschland beispielsweise die Wahrnehmung herrsche, dass gerade Frankreich und Italien während der ersten Welle der Pandemie viel Unterstützung erhalten hätten, verloren die Italiener:innen in dieser Zeit enorm an Vertrauen in die EU. Geschlossene europäische Grenzen blieben in den Köpfen der Bürger:innen präsenter als finanzielle Solidarität. Europaskeptizismus entstehe insbesondere dann, wenn die Solidarität innerhalb Europas nicht mehr wahrgenommen werde. Die EU müsse sich daher, gerade in schwierigen Zeiten wie während der Pandemie zu gemeinsamen, solidarischen Lösungen bekennen, um diesen Grundgedanken Europas wieder aufleben zu lassen.

Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit der Trans European Policy Studies Assocation (TEPSA) und der freundlichen Unterstützung des Auswärtigen Amtes, der Europäischen Kommission, der Otto Wolff Stiftung durchgeführt.

## Verschiedene Herausforderungen und veränderte Realitäten: Die EU-Türkei Beziehungen fünf Jahre nach dem EU-Türkei Abkommen zur Migration

*mit Dr. Nikolaus Meyer-Landrut und Dr. Funda Tekin*

Am 20. November 2020 organisierte das Institut für Europäische Politik (IEP) ein digitales Mittagsgespräch zum Thema „Verschiedene Herausforderungen und veränderte Realitäten: Die EU-Türkei Beziehungen fünf Jahre nach dem EU-Türkei Abkommen zur Migration”. Botschafter Dr. Nikolaus Meyer-Landrut, Leiter der EU-Delegation in der Türkei diskutierte nach einer Einführungsrede mit den Teilnehmenden. Begrüßungsworte sprach Dr. Jörg Wojahn, Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland. Dr. Funda Tekin, Direktorin des Instituts für Europäische Politik, moderierte die Veranstaltung.

Fünf Jahre nach dem EU-Türkei Abkommen zur Migration ist und bleibt die Türkei ein unverzichtbarer Partner für die EU. Dieser Gedanke wurde von allen Redner:innen geteilt und bildete den Rahmen für die anschließende Debatte. Es wurde jedoch auch darauf hingewiesen, dass die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei ebenso komplex wie schwierig sind (die Türkei als Kandidat für die EU-Mitgliedschaft und wichtiger strategischer sowie wirtschaftlicher Partner der EU und in letzter Zeit sogar als Kontrahent). Die geopolitische Dimension zwischen der EU und der Türkei spielte dabei in letzter Zeit eine noch wichtigere Rolle. In den letzten Jahren erlebten die Beziehungen Höhen und Tiefen und erreichten aus verschiedenen Gründen wohl einen historischen Tiefstand. Daher besteht die Notwendigkeit, zu diskutieren, wie man aus dieser zunehmend konfliktträchtigen Situation herauskommen kann. Diesbezüglich ist zu bedenken, dass insbesondere Deutschland eine wichtige

Rolle für die Entwicklung der Beziehungen beider Akteure spielt.

Es wurde betont, dass die gegenseitigen Wahrnehmungen, sowohl der EU als auch der Türkei, ein sehr wichtiges Thema sind, da sie die Art und Weise der gegenseitigen Kommunikation stark beeinflussen. In dieser Hinsicht kann die Erklärung des Europäischen Rates vom 1. Oktober 2020 als ein "neues Angebot" für die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei von europäischer Seite angesehen werden. Vor dem Hintergrund des jüngsten Streits um die maritime Abgrenzung der ausschließlichen Wirtschaftszonen im östlichen Mittelmeer wurde die Einberufung einer multilateralen Konferenz für notwendig erachtet. In diesem Kontext könnte das Angebot einer positiven politischen Agenda als ein "window of opportunity" für die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei betrachtet werden, wodurch das Vertrauen zwischen beiden Seiten wieder hergestellt werden könnte. Gleichzeitig wurde betont, dass Meinungsfreiheit, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in der Türkei wieder Beachtung finden müssen.

In der anschließenden Diskussion wurde die Frage des Engagements der EU im Hinblick auf die Türkei weiter ausgeführt und der Ansatz der EU, die Streitigkeiten im Dialog mit der türkischen Regierung zu lösen, fand breite Unterstützung. Die Intensität des Einsatzes hochrangiger Politiker:innen im Hinblick auf die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei in den letzten Monaten wurde als positiver Faktor hervorgehoben, insbesondere im Hinblick auf den Streit über die maritime Abgrenzung der ausschließlichen Wirtschaftszonen im östlichen Mittelmeer. Des Weiteren wurde erörtert, dass die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei in Zukunft wahrscheinlich nicht denen zwischen der EU und Russland ähneln werden, da sich das Umfeld der Beziehungen insbesondere durch den Einfluss der Mitgliedschaft der Türkei im westlichen Verteidigungsbündnis der NATO unterscheiden würde.

Die Veranstaltung fand im Rahmen von VIADUCT (Enhancing Visibility of the Academic Dialogue on EU-Turkey Cooperation), in Zusammenarbeit mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und mit freundlicher Unterstützung des Auswärtigen Amts und der Otto Wolff Stiftung statt.

## Eine vorläufige Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

*mit Gunther Krichbaum, Dr. Katrin Böttger und Prof. Dr. Mathias Jopp*

Am 15. Dezember 2020 veranstaltete das Institut für Europäische Politik sein letztes digitales Mittagsgespräch des Jahres zum Thema „Eine vorläufige Bilanz der deutschen EU-Ratspräsidentschaft", die Deutschland in der zweiten Jahreshälfte 2020 inne hatte. Weiterhin diente auch das Erscheinen und die Vorstellung der zweiten, vollständig überarbeiteten und aktualisierten Ausgabe des Standardwerkes des IEP „Handbuch zur deutschen Europapolitik" als Anlass zur Diskussion.

Gunther Krichbaum, Mitglied des Bundestages und Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union und Dr. Katrin Böttger, eine der beiden Direktor:innen am IEP und (Mit-)Herausgeberin des „Handbuch zur deutschen Europapolitik", reflektierten das Wirken der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und diskutierten gemeinsam mit den Teilnehmer:innen die Herausforderungen des vergangenen Jahres.

Moderiert wurde die Veranstaltung von Prof. Dr. Mathias Jopp, Senior Advisor Internationaler Programme am Institut für Europäische Politik und (Mit-)Herausgeber des „Handbuch zur deutschen Europapolitik". Zunächst begrüßte Dr. Funda Tekin, eine der beiden Direktor:innen am IEP die Teilnehmenden, gefolgt von einem Grußwort durch Dr. Jörg Wojahn, Leiter der Kommissionsvertretung in Berlin. Den Redebeiträgen von Gunther Krichbaum und Katrin Böttger folgte eine offene und lebhafte Diskussion, die sich vor allem auf die Zukunft der EU fokussierte.

Die Redner:innen stimmten überein, dass die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im Angesicht der globalen Covid-19 Pandemie und der daraus resultierenden plötzlichen Herausforderungen als erfolgreich zu bewerten sei. Gleichzeitig sei sie aufgrund der Pandemie sowie wegen der Streitigkeiten bezüglich der Rechtsstaatlichkeitsklausel und des EU-Haushalts aber auch eine der schwierigsten deutschen Ratspräsidentschaften gewesen.

Den Kompromiss über die Verankerung der Rechtsstaatsmechanismus, der EU-Finanzmittel an die Einhaltung rechtsstaatlicher Prinzipien knüpft, befürworteten die Gäste grundsätzlich. Gleichzeitig habe man auf schärfere Formulierungen gehofft. Deutschland habe eine substanzielle Diskussion darüber angestoßen, wie Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit durch einzelne Mitgliedsstaaten sanktioniert werden könnten. Der Beschluss sei auch für EU-Beitrittskandidaten von Bedeutung: Von diesen zu verlangen, rechtsstaatliche Grundsätze zu befolgen, die von EU-Mitgliedstaaten missachtet werden, sei argumentativ schwierig.

Mit dem Rechtsstaatsmechanismus verknüpft ist der Konflikt um den EU-Finanzhaushalt, den die EU-Mitglieder Polen und Ungarn aus Protest gegen ersteren zu blockieren drohten. Das Urteil über den letztlich beschlossenen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und den „Next-Generation EU" Wiederaufbaufonds fiel positiv aus: „Außergewöhnliche Zeiten verlangen außergewöhnliche Maßnahmen", so waren sich die geladenen Gäste einig. Ob mit der massiven Schuldenaufnahme der EU im Rahmen des Wiederaufbaufonds nicht der Rubikon überschritten sei, verneinten

die Redner:innen. Die Maßnahmen seien rechtlich abgedeckt und eine einfache Vergabe von Krediten wäre für viele Mitgliedstaaten nicht genug gewesen. Gleichzeitig müsse man darauf achten, dass aus dieser Ausnahme kein Normalfall würde. Die modernere Gestaltung des MRF inklusive stärkerer Einbindung ökologischer Standards sei außerdem ein positives Zeichen an jüngere Generationen.

Die Fragerunde und Diskussion konzentrierten sich darauf, welche Themen während der deutschen Ratspräsidentschaft nicht genug berücksichtigt wurden, wie beispielsweise die EU-Migrationspolitik oder das Investitionsabkommen mit China, bei dem es kurz vor Jahreswechsel dann doch noch zu einer Einigung gekommen ist. Immer wieder aufgegriffen wurde auch die Konferenz zur Zukunft Europas. Die Teilnehmer:innen bekräftigten, dass eine solch wichtige Diskussion unbedingt in physischer Präsenz geführt werden müsse, die auch nationale Parlamente miteinbezieht. Obwohl der Lissaboner Vertrag Handlungsspielraum lasse, könnten manche Entwicklungen wie Naturkatastrophen oder Pandemien nicht vorhergesehen werden. Insofern könnte die Konferenz zur Zukunft Europas durchaus zu langfristigen Veränderungen wie Vertragsänderungen führen.

Insgesamt wurden der Rechtsstaatsmechanismus und der Wiederaufbaufonds, genauso wie die gemeinsame europäische Impfstrategie und die weiterhin geöffneten Grenzen als Zeichen einer europäischen Solidarität gesehen, die in der ersten Covid-19-Welle im Frühjahr 2020 noch gefehlt habe.

Die Veranstaltung wurde in Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland und mit der freundlichen Unterstützung des Auswärtigen Amtes, des Europe for Citizens Programme der Europäischen Union und der Otto Wolff Stiftung durchgeführt.

## EU IDEA
### Integration and Differentiation for Effectiveness and Accountability

Differentiation has become the new normal in the European Union (EU) and one of the most crucial matters in defining its future. A certain degree of differentiation has always been part of the European integration project since its early days. The Eurozone and the Schengen area have further consolidated this trend into long-term projects of differentiated integration among EU Member States.

A number of unprecedented internal and external challenges to the EU, however, including the financial and economic crisis, the migration phenomenon, renewed geopolitical tensions and Brexit, have reinforced today the belief that more flexibility is needed within the complex EU machinery. A Permanent Structured Cooperation, for example, has been launched in the field of defence, enabling groups of willing and able Member States to join forces through new, flexible arrangements. Differentiation could offer a way forward also in many other key policy fields within the Union, where uniformity is undesirable or unattainable, as well as in the design of EU external action within an increasingly unstable global environment, offering manifold models of cooperation between the EU and candidate countries, potential accession countries and associated third countries.

EU IDEA's key goal is to address whether, how much and what form of differentiation is not only compatible with, but is also conducive to a more effective, cohesive and democratic EU. The basic claim of the project is that differentiation is not only necessary to address current challenges more effectively, by making the Union more resilient and responsive to citizens. Differentiation is also desirable as long as such flexibility is compatible with the core principles of the EU's constitutionalism and identity, sustainable in terms of governance, and acceptable to EU citizens, Member States and affected third partners.

The project puts together 15 EU and extra-EU partners in a joint research and dissemination effort coordinated by the International Affairs Institute, starting from January 2019 and lasting for three years. It examines the historical and philosophical foundations of differentiation, within and outside the EU; it addresses differentiation in relation to governance and accountability, constitutionalisation and European identity issues; it analyses the EU's practice of differentiation in key policy areas such as the Economic and Monetary Union and the single market, the foreign, security and defense policy, and the area of freedom, security and justice, including migration policy, keeping a special focus on the implications of Brexit; and it investigates the different national visions as regards differentiation, both at the level of political elites and citizens.

The results of the research will be used to define the criteria – institutional, political and social – to analyse future scenarios of differentiated integration (or disintegration) and to draw up recommendations to European and national institutions.

**LINK: EU IDEA Website**

**Research Activities**

The EU IDEA Project

- analyses the causes and effects of differentiation and the conditions under which it facilitates policy-making, problem-solving and policy implementation by combining theoretical and empirical analyses;
- situates differentiation in its historical context and draws on previous experiences with differentiated governance within the EU and in its relationship with external partners, including in-depth explorations of the philosophical foundations of integration and differentiation;
- conducts a reappraisal of existing models of differentiation and contributes to the development of novel theories of differentiation with regard to governance and accountability;

- unpacks the narratives on European constitutionalism and identity, including an analysis of the effects that these may have for relations with candidate countries, potential accession countries and associated third countries;
- evaluates opportunities, benefits and risks of more or less differentiation in key policy areas, in normative, institutional, political and societal terms, with a special focus on the Economic and Monetary Union and the single market, the foreign, security and defence policy, and the area of freedom, security and justice, including migration;
- devotes specific attention to Brexit, by looking at its impact on differentiation within the EU and on innovation in arrangements for cooperation between the EU and third States through a dedicated Observatory on Brexit.

**Structure**

- Historical and philosophical foundations (WP1) Coordinator: University of Groningen, the Netherlands
- Vision and theoretical conceptualization (WP2) Coordinator: University of Geneva, Switzerland
- Narratives on European constitutionalism and identity (WP3) Coordinator: Institut für Europäische Politik, Germany
- Economic and Monetary Union and the single market (WP4) Coordinator: Jacques Delors Institute, France
- Foreign security and defence policy (WP5) Coordinator: Finnish Institute of International Affairs, Finland
- The Area of Freedom, Security and Justice, including migration (WP6) Coordinator: Centre for International Information and Documentation in Barcelona, Spain
- Observatory on Brexit (WP7) Coordinator: European Policy Centre, Belgium
- National preferences on EU (WP8) Coordinator: Institut für Europäische Politik, Germany
- Implications for EU governance (WP9) Coordinator: Istituto Affari Internazionali, Italy
- Dissemination and Exploitation (WP10) Coordinator: Eunews/Istituto Affari Internazionali, Italy

IEP is looking forward to leading the work packages on “Narratives on European constitutionalism and identity” and “National preferences on EU”.

**Duration**

January 2019 until December 2021

**Team**

- Funda Tekin
- Vittoria Meißner
- Nils Fabian Müller

**Partner**

This project has received funding from the European Union’s Horizon 2020 research and innovation programme under grant agreement No 822622.

## Framing Brexit: EU IDEA Visual and Video Award

EU IDEA launched the „Framing Brexit: EU IDEA visual and video award“, aimed at giving the opportunity to young people to express through visual artworks how they are experiencing and interpreting the exit of the United Kingdom (UK) from the European Union (EU).

After decades of increasing integration among European countries, this is the first time that a country has opted to leave the EU. The UK’s departure, on 31 January 2020, marks an unprecedented twist in the history of European integration, with far reaching implications for the lives of millions of people and those of young generations in particular.

People between 18 and 30 years old were invited to illustrate through artistic creations what Brexit means for them. They sent us their videos, photos or any type of visual artworks representing how they are experiencing and interpreting the departure of the UK from the EU.

The artistic creations could be accompanied by a short written text. Submissions for the award will be

assessed by a jury composed of members of the EU IDEA research project and two professionals in the field of visual arts. The jury will nominate two winners, whose work will be widely diffused through all EU IDEA's dissemination channels. Furthermore, the winners will take part in the final EU IDEA conference in Brussels in December 2021, where their work will be awarded.

## Workshop: Narratives on European constitutionalism and identity

2020, IEP continued to lead Work Package 3 (WP3) entitled „Narratives on European constitutionalism and identity" as part of the Horizon 2020 project EU IDEA - Integration and Differentiation for Effectiveness and Accountability. As one of its EU IDEA project activities, IEP organized a workshop in Berlin on January 23, 2020 with all WP3 partners to discuss the mentioned narratives on European constitutionalism and identity. This workshop was attended by Funda Tekin and Vittoria Meißner (IEP), Ivan Damjanovski and Denis Preshova (IDSCS), Christophe Hillion (NUPI), and Petr Kratochvíl in person, while Senem Aydın-Düzgit (SU) was digitally connected. Participants deciphered the impact of differentiated integration on specific narratives within the EU, including how the latter can influence relations with candidate countries, potential candidate countries, and associated third countries.

## Research Paper: Narratives of Political Unity in Times of Differentiation

*by Funda Tekin, Vittoria Meißner and Nils Fabian Müller*

Heterogeneity among countries in the European Union has continuously grown through enlargement processes or the outbreak of specific crises. After reaching important outcomes such as the European Monetary Union or the Schengen Agreement, in the face of the "big bang" enlargement of 2004 both national and European Union representatives subsequently committed to the motto "united in diversity", confident that the European project would progress and deepen. Nevertheless, the crises in the euro area posed a number of new internal and external challenges to the overall European integration process as well as the EU's political unity in terms of member states sharing the same rights and obligations, making permanent forms of differentiated integration more likely. Against this background, the paper presents a new collected dataset to outline how the EU narrative of political unity changes during times of increasing political differentiation and consequent differentiated integration. As such, it conducts a narrative analysis in two selected cases, the period between 2000 and 2004 preceding the big bang enlargement as well as the years of the crises in the euro area between 2010 and 2014. Although the existing narrative of political unity in the EU has changed in response to the crises under the more sceptical phrase "divided in unity", our analysis shows that differentiation is not a threat to political unity.

**LINK: EU IDEA Research Paper No 3**

## Research Paper: Schengen under Pressure: Differentiation or Disintegration?

*by Marie De Somer, Funda Tekin and Vittoria Meißner*

The Schengen area represents a textbook example of differentiation in the European Union. Not all EU member states are part of Schengen whilst others have opt-outs. At the same time, the common free movement area also embeds several non-EU states. Aside from the varied membership of the Schengen system, differentiation can also be observed in the internal rules that govern it. These rules, and particularly the option to reintroduce internal border controls, provide states with a failsafe option to return to national borders in high-pressure situations. As the paper argues, Schengen's differentiated integration mechanisms, and the flexibility they provide, are part of its strength. They enable joint solutions to shared cross-border challenges in this highly sovereigntysensitive area. However, there are risks attached to this flexibility as well. As recent crises highlight, an over-use of the system's flexibility risks instilling fragmentation among states or can lead to situations where temporary controls become semi-permanent. Against this background, the paper proposes a set of three recommendations: (i) strengthening coordination mechanisms, (ii) strengthening common rules around the reintroduction of internal controls and (iii) promoting a stronger use of the Commission's control and coordination competences.

**LINK: EU IDEA Research Paper No 7**

**LINK: Video for Research Paper**

EUIDEA
EU Integration and Differentiation for Effectiveness and Accountability

# Schengen under pressure

This project has received funding from the European Union's Horizon 2020 research and innovation programme under grant agreement N° 822622

**Marie De Somer** (EPC), **Funda Tekin and Vittoria Meissner** (Institut für Europäische Politik - IEP)

## SCHENGEN AREA

- Provides free movement (without subjection to border checks) to more than 400 million of European citizens across countries.
- A textbook example of differentiation and flexibility.
- Internal border controls by member states are allowed in the event of a serious threat to public policy or internal security.

Flexibility is part of Schengen's strength and has facilitated close cooperation among states. Yet in reaction to pressure such as the migration governance crisis of 2015-2016 and the COVID-19 pandemic states have increasingly returned to an uncoordinated reintroduction of border controls.

### RISKS OF AN OVER-USE OF THE SYSTEM'S FLEXIBILITY

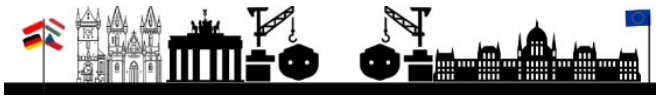
- Temporary controls become semi-permanent.
- Fragmentation across Europe and among member states.

### HOW TO AVOID THEM

- Strengthening existing coordination structures.
- Providing clearer rules on the time range for internal border controls.
- Higher degree of control and coordination by the European Commission, also using its powers to start infringement actions.

# EURITAGE
## A European Success Story

Das EUritage Projekt möchte an das 30-jährige Jubiläum der demokratischen Revolutionen in Mitteleuropa sowie an das 15-jährige Jubiläum des EU-Beitritts dieser Region erinnern und das Bewusstsein für diese Ereignisse unter jungen (Mittel-)Europäer:innen stärken. Diese historischen Ereignisse gehören nun zu unserem gemeinsamen europäischen Erbe. Sie verbinden europäische Bürger als Teil einer gemeinsamen Wertegemeinschaft. Ein gemeinsames Verständnis des Erbes der demokratischen Revolutionen und des EU-Beitrittsprozesses ist unabdinglich, um eine europäische Zukunft aufzubauen.



Das Konsortium besteht aus mehreren Organisationen und Instituten aus Mitteleuropa, darunter Wise-Europa, Institut für Europäische Politik, Metropolitan University Prague, die Stadt Gdańsk, und die Hungarian Europe Society. Das Projekt wird von der Europäischen Kommission im Rahmen des Programms "Europa für Bürgerinnen und Bürger" kofinanziert.

**Laufzeit**

September 2019 bis Februar 2021 (verlängert bis 2022)

**Team**

- Katrin Böttger
- Henrik von Homeyer

**Partner**

GDAŃSK miasto wolności

HUNGARIAN EUROPE SOCIETY

METROPOLITAN UNIVERSITY PRAGUE

Europäische Kommission

WiseEuropa

## EUritage Student Essay Challenge

Die Europäische Union feierte letztes Jahr den 30. Jahrestag der demokratischen Revolutionen in Mitteleuropa sowie den 15. Jahrestag ihres Beitritts zur Europäischen Union. Diese historischen Ereignisse gehören heute zu unserem gemeinsamen europäischen Erbe. Sie vereinen alle europäischen Bürger:innen als Teil einer Wertegemeinschaft. Die demokratischen Transformationen in den Gesellschaften Mitteleuropas, sowie der europäische Integrationsprozess sind entscheidende Lehren für eine gemeinsame europäische Zukunft.

Ausgehend von diesen Jubiläen hat das Projekt Studierende aus Mitteleuropa eingeladen, an dem EUritage Essay Wettbewerb „Central Europe, the EU and myself" teilzunehmen. Einerseits hat die Generation der Millennials Demokratie, europäische Solidarität und Wohlstand in der EU erlebt. Andererseits beobachten wir in den letzten Jahren jedoch wachsende autoritäre Tendenzen und erstarkenden Europaskeptizismus in der Region. Wir sind überzeugt, dass das Erbe der demokratischen Revolutionen und der EU-Beitritte heutzutage wieder an politischer Relevanz gewinnt. Das Ziel des Essay-Wettbewerbs war es, ein verstärktes Bewusstsein unter jungen Europäer:innen, insbesondere aus Mitteleuropa, für diese Ereignisse zu schaffen, denn nur so kann ein Verständnis für die gemeinsame europäische Geschichte und europäische Werte entstehen, welches zur Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen wichtig ist.

In einem zweiseitigen Essay sollte das Verständnis der 1989er Revolutionen erklärt werden und inwiefern Sie einen Wert für das jeweilige Land oder die Region der Studierenden oder sogar die EU darstellen. Die individuelle Wahrnehmung von EU-Integrationsprozessen stand dabei im Mittelpunkt: Welche Lehren können wir aus den Jahren 1989 und 2004 ziehen, die wir für unsere Gegenwart und Zukunft nicht vergessen sollten?

Die Bewertung und Auswahl des besten Essays erfolgt durch die Mitglieder des EUritage Konsortiums. Der Hauptgewinn ist die Teilnahme an einer Veranstaltung in Brüssel über die historischen Jahre 1989/2004 und die Veröffentlichung des Essays in einer Spezialausgabe der New Eastern Europe. Darüber hinaus werden vom EUritage Konsortium nationale Gewinner:innen für jedes mitteleuropäische Land ermittelt, welche mit Veranstaltungsreisen nach Gdańsk, Prag oder Budapest belohnt werden.

# STUDIE ZUR STÄRKUNG DER DEMOKRATISCHEN LEGITIMATION DER EU

Mit der Konferenz zur Zukunft Europas besteht gegenwärtig die Chance, Reformen zur Stärkung der Demokratie auf EU-Ebene zu erreichen. Um diese Chance zu nutzen, bedarf es konkreter Vorschläge, die den bewährten Pfad zur Demokratisierung der EU durch Stärkung des Europäischen Parlaments und der europäischen Parteien vorantreiben und zugleich neue partizipative Instrumente komplementär in die repräsentative Demokratie auf EU-Ebene einpassen.

Solche Reformvorschläge für vier Bereiche zu erarbeiten, war das Ziel der Studie, die das IEP im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt hat:

- Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments im politischen System der EU,
- Reform des europäischen Wahlrechts,
- Reform der demokratischen Legitimation der Eurozone-Governance,
- Reform der Instrumente partizipativer Demokratie auf EU-Ebene.

Die Studie identifiziert in allen vier Bereichen Reformbedarfe und untersucht die Reformoptionen, die dazu in der politischen und wissenschaftlichen Debatte zu finden sind. Auf Basis dieser Analyse werden konkrete Reformvorschläge empfohlen. Die Ergebnisse werden mit Entscheidungsträger:innen und Expert:innen diskutiert, um sie so in die Debatte zur Zukunft Europas einzuspeisen.

**Laufzeit**

März 2020 bis Mai 2021

**Team**

- Katrin Böttger
- Manuel Müller
- Julian Plottka
- Antonia Labitzky
- Julina Mintel

**Partner**

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

## Policy Papers zur Studie

Mit Blick auf die bevorstehende EU-Reformdebatte während der Konferenz zur Zukunft Europas analysieren Manuel Müller und Julian Plottka vom Institut für Europäische Politik in drei Policy Papers wichtige institutionelle Defizite der EU und entwickeln konkrete Vorschläge zur Steigerung ihrer demokratischen Legitimität. In ihren Politikempfehlungen geht es darum, wie die Bedeutung der Europawahlen erhöht, die Rolle von Zivilgesellschaft und Bürger:innen in der Entscheidungsfindung verbessert und die politische Verantwortung in der europäischen Wirtschaftspolitik gestärkt werden kann. Die Policy Papers wurden vom EU-Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Brüssel in Auftrag gegeben und finanziert.

### LINK: Policy Paper No 1: Die Bedeutung der Europawahl stärken

Ein hohes Maß an institutioneller Verflechtung und eine sehr konsensorientierte politische Kultur schwächen die politische Verantwortung auf EU-Ebene und vermindern die Bedeutung der Wahlen zum Europäischen Parlament. Um die europäische parlamentarische Demokratie zu stärken, müssen Europawahlen folgenreicher werden und der Spielraum für Mehrheitsentscheidungen in der EU steigen. Dies erfordert kurz- und langfristige Reformen in Bezug auf das europäische Wahlsystem, die Parlamentarisierung der Europäischen Kommission sowie ein transparenteres und effizienteres Gesetzgebungsverfahren.

### LINK: Policy Paper No 2: Mehr Bürgerbeteiligung in der EU

Die Bürger:innen müssen ein echtes Recht zur Agenda-Setzung erhalten: Sie sollten Einfluss auf die Strategische Agenda des Europäischen Rates haben und die Europäische Bürger:inneninitiative sollte eine direkte Rechtsfolge auslösen. Partizipative Demokratie auf EU-Ebene muss vereinfacht werden: Konsultationsinstrumente sollten gezielter eingesetzt werden, Ergebnisse sollten für die Bürger:innen besser nachvollziehbar werden und eine zentrale EU-Website soll-

te Zugang zu allen Instrumenten der partizipativen Demokratie bieten.

**LINK: Policy Paper No 3: Mehr Demokratie in der Eurozone**

Aufgrund der jüngsten Reformen während der Krise in der Eurozone hat sich deren Governance-Struktur zu einem übermäßig komplexen System entwickelt, welches nicht ausreichend demokratisch legitimiert ist. Damit die Bürger:innen mehr Einfluss auf die europäische Wirtschaftspolitik haben, müssen Verantwortlichkeiten klarer getrennt werden, die

Governance in der Eurozone muss transparenter und die institutionellen Strukturen vereinfacht werden.

## Studie zur Stärkung der demokratischen Legitimation der EU

In einer neuen Studie des IEP haben Manuel Müller und Julian Plottka im Auftrag des EU-Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung die Lage der Demokratie auf EU-Ebene analysiert und machen konkrete Reformvorschläge zur Stärkung der demokratischen Legitimität der EU. Sie konzentrieren sich dabei auf eine Stärkung der parlamentarischen Demokratie auf europäischer Ebene, eine Reform der partizipativen Demokratie, um mehr Bürger:innenbeteiligung zu erreichen, sowie die Schaffung klarer Verantwortlichkeiten für Wirtschaftspolitik in der Eurozone.

**LINK: Studie „Enhancing the EU's Democratic Legitimacy"**

# #ENGAGEURCOUNCIL
## Jugendbeteiligung und –begegnung für die Trio-EU-Ratspräsidentschaft

**Junge Agenda-Setter für Europa**

Ob Klimaproteste, Demonstrationen für Meinungsfreiheit im Zeitalter der Digitalisierung oder das Einstehen für die Europäische Union angesichts von Populismus und Nationalismus – junge EU-Bürger:innen setzen verstärkt und lautstark Themen mit gesamtgesellschaftlicher Relevanz auf die politische Agenda. Mit dem Projekt #EngagEUrCouncil, gefördert durch die Stiftung Mercator, bietet das Institut für Europäische Politik e.V. (IEP) jungen Bürger:innen aus Deutschland, Slowenien und Portugal anlässlich der Trio-EU-Ratspräsidentschaft dieser Länder in den Jahren 2020 und 2021 die wirkungsvolle Möglichkeit, gemeinsam informationsbasiert (europa)politische Forderungen zu entwickeln und in relevanten politischen Formaten gegenüber Entscheidungsträger:innen und der Öffentlichkeit zu präsentieren.

**#EngagEUrCouncil: Jugendbeteiligung in virtueller Denkfabrik**

Europaweite Diskussionen in Zeiten von Kontaktsperren, Grenzkontrollen und Reisewarnungen? Die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie haben auch vor dem europaweiten Austausch im Rahmen von #EngagEUrCouncil keinen Halt gemacht. Doch die Pandemie ist nur ein weiterer Anlass, wissensbasiert über innovative europäische Lösungen nachzudenken. Daher verlagerte #EngagEUrCouncil die konstruktive Ideenentwicklung über die Zukunft der Europäischen Union im Jahr 2020 in eine virtuelle Denkfabrik, in der die jungen Teilnehmenden in interaktiven Debatten und inhaltlich fundierten Webinaren gemeinsam Forderungen für die deutsche Ratspräsidentschaft und die portugiesische Ratspräsidentschaft entwickelten. Für 2021 wird eine Projektdurchführung mit Präsenzveranstaltungen angestrebt.

### Ein innovatives Länderdreieck

Die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch das Trio Deutschland, Portugal und Slowenien ist facettenreich: Die geographische, historische wie sozio-ökonomische Diversität dieser Länder bedeutet vielschichtige und konstruktiv-kritische Auseinandersetzungen mit europapolitischen Themen, die im Rahmen des Projekts #EngagEUrCouncil faktenbasiert zu neuen (jungen) Ideen für die Zukunft Europas weitergedacht wurden und auch im Jahr 2021 entwickelt werden sollen.

Unterstützt und durchgeführt wird das Projekt vom Institut für Europäische Politik e.V. in Berlin in Kooperation mit dem Instituto Português de Relações Internacionais, Lissabon, dem Centre of International Relations, Ljubljana. Um eine europaweite Reichweite des Projekts zu garantieren, kooperiert das Projekt darüber hinaus mit der Trans European Policy Studies Association (TEPSA) in Brüssel.

### Informiert junge Themen setzen

#EngagEUrCouncil basiert auf einem ganzheitlichen und erprobten Befähigungskonzept zur Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen.

### Methodische Bausteine im mehrstufigen Befähigungskonzept im Jahr 2020:

*#YoungCitizens'FutureLabs* in virtueller Denkfabrik mit dem Ziel der Wissensvermittlung und Identifizierung erster Forderungen.

*#YoungExpertsLabs* in virtueller Denkfabrik mit dem Ziel, die Forderungen inhaltlich zu vertiefen.

*#YoungIdeasPanel* bei Pre-Presidency Conferences des TEPSA-Netzwerkes mit dem Ziel, die entwickelten Jugendforderungen gegenüber politischen Entscheidungsträger:innen zu vertreten.

Die methodischen Bausteine bilden einen 6-monatigen Befähigungs- und Agenda-Setting-Zyklus, der jeweils für die deutsche, die portugiesische und die slowenische Ratspräsidentschaft durchgeführt wird.

### Stichwort Nachhaltigkeit

#EngagEUrCouncil führt das europaweite Jugendbeteiligungsprojekt #EngagEU – kofinanziert durch das EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger" – , fort. Im Rahmen des Projekts wurden seit September 2018 europaweit mehr als 850 Bürger:innen (mehrheitlich jünger als 30 Jahre) aus über 51 Ländern in verschiedenen „YoungCitizens'FutureLabs" befähigt, aktiv an politischen Entscheidungsprozessen auf EU-Ebene und vor allem an den Wahlen zum Europäischen Parlament teilzuhaben. Die Forderungen und Ideen der jungen Teilnehmer:innen wurden in Form eines mehrsprachigen Jugendmanifests kanalisiert und von gewählten Projektrapporteur:innen mit politischen Entscheidungsträger:innen diskutiert.

### Laufzeit

Januar 2020 bis Dezember 2021

### Team

- Funda Tekin
- Jana Schubert
- Sara Kibler
- York Albrecht
- Johannes Kohls
- Ann-Marie Rittler

### Partner

STIFTUNG MERCATOR

Auswärtiges Amt

University of Ljubljana
Faculty of Social Sciences
Centre of International Relations

## Online-Workshops statt Seminare: Jugendbeteiligung in Zeiten von Kontakt- und Reisebeschränkungen

Ob Klimaproteste, Demonstrationen gegen Rassismus, für Meinungsfreiheit oder das Einstehen für die Europäische Union (EU) angesichts von Populismus und Nationalismus – junge EU-Bürger:innen setzen sich verstärkt und lautstark für Themen mit gesamtgesellschaftlicher Relevanz ein. Mit dem Jugendbeteiligungsprojekt „#EngagEUrCouncil - Jugendbeteiligung und -begegnung" bietet das Institut für Europäische Politik e.V. (IEP) jungen Bürger:innen aus Deutschland, Slowenien und Portugal in den Jahren 2020 und 2021 die wirkungsvolle Möglichkeit, gemeinsam und fundiert (europa-)politische Ideen und Forderungen zu entwickeln. Der erste Projektzyklus sah vor, junge Bürger:innen aus diesen drei EU-Mitgliedstaaten zur gemeinsamen Ideenentwicklung für die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ab Juli 2020 zusammenzubringen. Doch dann machte die weltweite Corona-Pandemie diesen Plänen einen Strich durch die Rechnung. Wie tausende andere Konferenzen,

Messen oder Dienstreisen musste sich auch #EngagEUrCouncil dem „new normal“ anpassen. Das bedeutete: Online-Workshops statt Seminare und Treffen vor Ort.

**LINK: Abschlussbericht über den ersten Projektzyklus (03-06/2020)**

## Paneuropäische Jugendbeteiligung in Zeiten von Corona

Der zweite Projektzyklus fokussierte sich – im Hinblick auf die Interessen der portugiesischen EU-Ratspräsidentschaft – auf die Arbeitsgruppen „Foreign Policy“, „Social Policy“, „Trade Policy“, und „Resilience“. Insgesamt kamen 27 junge und begeisterte Menschen aus Deutschland, Portugal und Slowenien zusammen, um ab dem 30. September 2020 Virtual Labs Ideen für die portugiesische Ratspräsidentschaft zu entwickeln, die abschließend auf der Pre-Presidency Conference (PPC) am 26. November 2020 vorgestellt wurden. Um den Teilnehmenden zwischen den einzelnen Virtual Labs eine Plattform für Diskussionen und Abstimmungen sowie eine Informationsquelle mit vorbereiteten Hintergrunddossiers zu bieten, wurde erneut in Kooperation mit planpolitik, einem virtuellen Think Tank, aufgesetzt.

**LINK: Abschlussbericht über den zweiten Projektzyklus (09-11/2020)**

## Youth Ideas for Europe: Setting the Scene for the German EU Council Presidency

On 1 July 2020, Germany took over the rotating six-month Presidency of the Council of the European Union and, at the same time, is teaming up with Portugal and Slovenia to start a new 18-month Trio Presidency.

Germany, as first in line, took over in times of uncertainty when it comes to the Future of Europe: In 2020, not only the next Multiannual Financial Framework (MFF) 2021-2027, including funding for youth exchange, was adopted. To prevent a “hard Brexit”, future relations between the United Kingdom and the European Union demanded successful negotiations, too. Other key challenges were looming, such as climate change, the deadlock in the reform of the Common European Asylum System, shaping digitization and digital economies in a “European way”, and safeguarding the Union’s core values such as rule of law in the member states and solidarity in the Schengen area. In times of declining multilateralism on a global level, the Union also needed “to learn the language of power“.

**LINK: Youth Ideas for the German EU Council Presidency**

## Moral impulse, inspiring perspectives and concrete policy recommendations

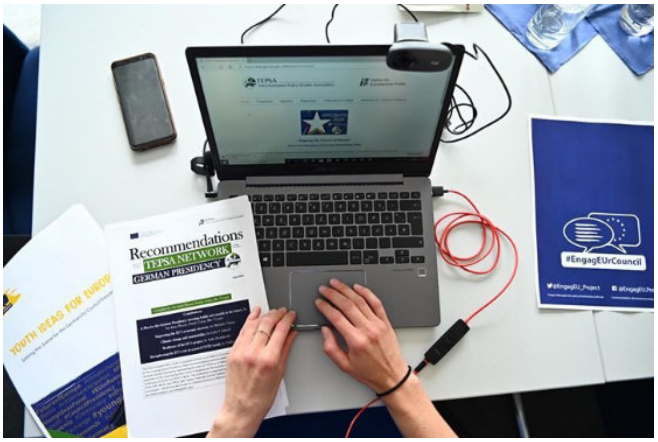
As second in line of the Trio Presidency with Germany and Slovenia, Portugal took over the rotating six-month Presidency of the Council of the European Union on 1 January 2021. After several months of hard negotiations on the Multiannual Financial Framework, the recovery instrument “Next Generation EU”, and the future relations between the United Kingdom and the European Union, Portugal is in charge of following up on the outcome of such negotiations, while setting the agenda with its own priorities. These are likely to impact the European Union and its citizens for years and potentially even generations – including the perspective of the younger generation on current challenges hence is of utmost importance. This is the aim of the youth participation and youth exchange project #EngagEUrCouncil which provided 26 young Europeans from Portugal, Germany, and Slovenia with knowledge and skills to formulate Youth Ideas for the Portuguese Council Presidency.

**LINK: Youth Ideas for the Portuguese EU Council Presidency**

## TEPSA Pre-Presidency Conference: Video-Präsentationen der #EngagEUrCouncil-Rapporteure

**#YouthIdeasPanel**

- **Future of Europe Rapporteur João Gomes, Portugal**
- **Foreign Policy Rapporteur Maša Ocvirk, Slovenia**
- **Asylum and Migration Policy Rapporteur Simon Happersberger, Germany**
- **Climate Policy Rapporteur Stephan Naumann, Germany**



# BERLIN FUTURES
## IEP-Strategiegruppe zur Deutschen Europapolitik

Die Strategiegruppe „Berlin Futures“ bringt einen kleinen Kreis von Vertreter:innen aus Politik, Wissenschaft, Medien und Zivilgesellschaft zusammen, um mithilfe innovativer, interaktiver Methoden der vorausschauenden Politikplanung (‚Foresight Studies‘) neue zukunftsgewandte Ideen und Impulse für die deutsche Europapolitik und die Zukunft des europäischen Projekts zu entwickeln. Das Ziel der Strategiegruppe ist es, vor dem Hintergrund möglicher Entwicklungslinien des globalen Regierens und der veränderten Rolle der EU im sich wandelnden Global Governance System, gemeinsam Szenarien für die deutsche Europapolitik der Zukunft zu entwickeln. Dabei wird die Strategiegruppe von Botschafter Andreas Peschke, Leiter der Europaabteilung im Auswärtigen Amt, und Prof. Dr. Gaby Umbach, Europäisches Hochschulinstitut Florenz und IEP-Vorstandsmitglied geleitet. Ausgangspunkt der gemeinsamen Überlegungen sind vier vom Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) für das Horizont 2020 Projekt „TRIGGER-Trends in Global Governance and Europe’s Role“ entwickelte Zukunftsszenarien für das Globale Regieren und die Rolle der EU darin für die Zeitspanne bis 2050.

Neben der Unterstützung durch das Auswärtige Amt für dieses Projekt findet eine Kooperation mit den internationalen TRIGGER-Projektpartnern Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI) und Europäisches Hochschulinstitut Florenz statt.

**Laufzeit**

Januar 2020 bis Dezember 2021

**Team**

- Gaby Umbach
- Katrin Böttger
- Henrik von Homeyer
- Lukas Kolloge

**Partner**

Fraunhofer ISI

trigger – Trends in Global Governance and Europe's Role

European University Institute – Robert Schuman Centre for Advanced Studies

Auswärtiges Amt

Das Trigger-Projekt wurde von der Europäischen Union im Rahmen des Forschungs- und Innovationsprogramms "Horizon 2020" finanziert, unter Zuschussvereinbarung Nr. 822735.

# EURASIA LAB & FELLOWSHIP PROGRAM

Mit dem „Eurasia Lab & Fellowship Program“ nutzt das Institut für Europäische Politik (IEP) seine umfangreiche Expertise in und über die Region Eurasien. Es verbindet seine verschiedenen Netzwerke und integriert sie in andere bereits bestehende. Auf diese Weise schafft das Programm ein größeres Netzwerk aus Forscher:innen, Praktiker:innen und Aktivist:innen, die zur eurasischen Region arbeiten, welches seine Reichweite erhöht und somit als wichtige Anlaufstelle für alle Akteur:innen im eurasischen Raum dient.

**Das „Eurasia Lab“**

Zu diesem Zweck organisierte das Programm verschiedene Netzwerkaktivitäten in Form von Online-Veranstaltungen, um Menschen aus den verschiedenen Netzwerken zusammenzubringen. Diese waren:

- ein Workshop, um die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Arbeit von Forschenden in und zu Eurasien zu diskutieren;
- ein Workshop mit Expert:innen, Aktivist:innen und Vertreter:innen von Förderinstitutionen, um Projektideen zu diskutieren und auszuarbeiten, welche folglich den Anstoß zu neuen Forschungsprojekten geben können;
- eine öffentliche Veranstaltung mit Expert:innen, Forscher:innen, politischen Entscheidungsträger:innen und Stake-holdern, um die Sichtbarkeit der Forschungsarbeiten der Netzwerkmitglieder zu fördern.

**Das „Fellowship Program“**

Darüber hinaus bietet das Programm herausragenden Nachwuchswissenschaftler:innen aus dem eurasischen Raum (Osteuropa: Belarus, Moldau, Ukraine; Südkaukasus: Armenien, Aserbaidschan, Georgien; Zentralasien: Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan) die Möglichkeit, ein Stipendium zu erhalten, um damit ihre Forschungsprojekte voranzubringen, und sich in das Netzwerk zu integrieren. Zu diesem Zweck nehmen die Fellows aktiv an den Programmveranstaltungen teil. Des Weiteren stellen sie sich und ihr Forschungsprojekt in einem Podcast dem Netzwerk vor.

**Hintergrund**

Das IEP arbeitet seit vielen Jahren mit und zur Region Eurasien. Durch Programme wie EUCAIS („The EU and Central Asia in the International System“) und EUCACIS („The EU, Central Asia and the Caucasus in the International System“) hat das IEP Masterstudierende wie auch Doktorand:innen aus der Region unterrichtet und unterstützt. Mit dem Projekt SEnECA („Strengthening and Energizing EU-Central Asia relations“) wurde ein Forscher:innen- und Stakeholder-Netzwerk zu den EU-Zentralasien-Beziehungen etabliert. Seit über 20 Jahren unterstützt das IEP auch zivilgesellschaftliche Akteur:innen in den Ländern der Östlichen Partnerschaft (ÖP) Armenien, Georgien, Moldau und der Ukraine und verfügt über gut etablierte Netzwerke. Das IEP arbeitet regelmäßig mit dem Auswärtigen Amt, dem Europäischen Auswärtigen Dienst, regionalen Botschaften, Think Tanks und internationalen Organisationen in unterschiedlichen Formaten in Zentralasien und den ÖP-Ländern zusammen.

**Laufzeit**

bis Mai 2021

**Team**

- Katrin Böttger
- Dominic Maugeais
- Yvonne Braun
- Marlies Murray
- David Gottheit

**Partner**

OPEN SOCIETY FOUNDATIONS

## 1. Workshop: How the COVID-19 Pandemic Affects my Work as a Researcher in/on Eurasia – and What to do About it

Die COVID-19-Pandemie hat nicht nur unser alltägliches Leben, sondern auch unsere Arbeit als Forscher:innen stark verändert. Interviews und Konferenzen lassen sich nur noch digital durchführen, Bibliotheken haben geschlossen und der häusliche Arbeitsplatz bietet nicht unbedingt einen idealen Ort, um der Forschungsarbeit aufmerksam nachgehen zu können. Wie kann man sich am besten als Forscher:in den neuen Gegebenheiten anpassen und wie lassen sich die neu entstandenen Hürden überwinden? Diesen Fragen haben sich am 15. Oktober 2020 die Teilnehmer:innen des ersten Workshops im Rahmen des „Eurasia Lab & Fellowship Program“ zum Thema „How the COVID-19 Pandemic Affects my Work as a Researcher in/on Eurasia – and What to do About it“ gewidmet.

Die Veranstaltung war einer von insgesamt drei Workshops, im Rahmen derer sich das „Eurasia Lab & Fellowship Program“ der Vernetzung von Forscher:innen, die im und zum eurasischen Raum arbeiten, widmet. Vor allem in einer Zeit, in der zunehmend Krisen und politische Konflikte in Osteuropa, im Südkaukasus und in Zentralasien entfachen, ist der Austausch von Ideen, Wissen und Informationen wichtiger als je zuvor.

In zwei kurzen Eingangsstatements gingen Kateryna Zarembo (New Europe Center, Kyiv) und Dr. Serik Beimenbetov (Deutsch-Kasachische Universität, Almaty) auf die Herausforderung, Forschung mit Homeoffice und Elternschaft zu verbinden, und die Schwierigkeiten neuer administrativer Hürden und Beschränkungen ein. Die Beiträge der anderen Forscher:innen bestätigten diese Herausforderungen. Nicht nur der fehlende ruhige Arbeitsplatz sei eine Hürde für produktive Forschungsarbeit, sondern auch die Feldforschung leide unter den Reisebeschränkungen und der Notwendigkeit, Interviews virtuell oder telefonisch zu führen. Der zwischenmenschliche Kontakt zwischen Interviewer:in und Interviewtem/r sei virtuell nur schwer möglich. In diesem Zusammenhang wurden ebenfalls technologische Schwierigkeiten verdeutlicht: In vielen Ländern Zentralasiens sei die Digitalisierung zwar weit genug fortgeschritten, um sich neuen Formaten zu öffnen. Die Internetbandbreite sei jedoch sehr schwach und ermögliche keine längere stabile Netzwerkverbindung.

Des Weiteren verdeutlichte der Austausch der Forscher:innen, dass es prinzipiell sinnvoll sei, für die nahe Zukunft auf weniger aufwendige und zeitintensive Forschungsprojekte umzusteigen. Aufgrund eines fehlenden Impfstoffes gegen das Virus sei eine Normalisierung der Lage noch für einige Zeit nicht absehbar. Flexibilität und eine individuelle Strategie für das

persönliche Forschungsprojekt seien unter diesen Umständen essenziell.

Gleichzeitig eröffneten sich während des Workshops jedoch auch neue Perspektiven und Möglichkeiten für Forscher:innen, die während der COVID-19-Pandemie in und zum eurasischen Raum arbeiten. Die Tatsache, dass man sich bestimmten Forschungsthemen unter diesen unvorhergesehenen Umständen mit einem anderen Blickwinkel nähern kann, sei eine einzigartige Möglichkeit. Aktuelleren Themen Aufmerksamkeit zu schenken, könne sich somit zu einer sinnvollen Strategie entfalten. Darüber hinaus biete die virtuelle Verbundenheit eine schnelle und effektive Möglichkeit, in einer zeit- und geldsparenden Weise, die auch noch das Klima schone, gemeinsam mit Kolleg:innen aus allen Teilen der Welt an virtuellen Konferenzen teilzunehmen. Auch der teils erschwerte Zugang zu Datenbanken sei eine Chance, sich mehr mit den bereits im Internet existierenden Quellen zu beschäftigen und zu lernen, diese effektiver für sich zu nutzen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass auch die Forschung durch die Pandemie eingeschränkter, komplizierter und weniger zugänglich geworden ist. Dennoch bieten die aktuellen Umstände auch die Möglichkeit, Forschungsthemen und -methoden neu zu entdecken und in einer noch nie dagewesenen Weise in Kontakt mit Forscher:innen weltweit zu treten. Obwohl die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie in unserer täglichen Arbeit spürbar sind, wurde das Thema bisher zwar angeschnitten, aber war nie der zentrale Aspekt einer virtuellen Veranstaltung. Deshalb hatten die Teilnehmer:innen ein starkes Bedürfnis, ihre Erfahrungen auszutauschen, und empfanden den Workshop als sehr bereichernd. Die vielen wertvollen Tipps und Tricks zum Umgang mit den Schwierigkeiten für Forschungsarbeit während der Pandemie, die auf der Veranstaltung vorgebracht wurden, sind unter diesem Bericht als Guidelines verlinkt.

**LINK: „Guidelines to Conducting Research During the COVID-19 Pandemic“**

## 2. Workshop: Developing Project Ideas and Writing Funding Applications

Das Jahr 2020 und die anhaltende COVID-19-Pandemie haben eines ganz deutlich gemacht: Kooperation, Netzwerken und Ideenaustausch sind Kernelemente von Forschung und wissenschaftlicher Entwicklung. Das „Eurasia Lab & Fellowship Program“ kam daher genau zur richtigen Zeit und hat zum Ziel, kreative und effektive Wege zu finden, um die Zusammenarbeit und Vernetzung vor allem für junge Forscher:innen aus Zentralasien, dem Südkaukasus und Osteuropa zu fördern.

Der zweite Workshop des „Eurasia Lab & Fellowship Program“ am 26. November 2020 verfolgte daher einen ähnlichen praxisorientierten Ansatz wie der erste Workshop einen Monat zuvor und befasste sich mit dem Thema „Developing Project Ideas and Writing Funding Applications“. Die virtuelle Veranstaltung gab den über 90 Expert:innen und Forscher:innen, die in oder zu Zentralasien, dem Südkaukasus und Osteuropa arbeiten, die Möglichkeit, ihr Wissen und ihre Kompetenzen bezüglich der Entwicklung von Forschungsideen, des Aufbaus von Netzwerken von Partnerinstitutionen sowie der Beantragung von Forschungsgeldern zu erweitern.

Zunächst stellte Prof. Dr. Tanja Börzel vom Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin die „Dos und Don’ts“ des Schreibens von Förderanträgen vor. Sie betonte dabei, dass die Pandemie die Möglichkeiten biete, sich für neue Formate zu öffnen, wie beispielsweise der einzigartigen Chance, dass dank Online-Formaten Teilnehmer:innen aus so vielen verschiedenen Ländern gleichzeitig versammelt sein können. In ihrem lebhaften Vortrag teilte sie mit den Teilnehmer:innen ihre langjährigen Erfahrungen, die sie sowohl in der Rolle der Antragstellerin als auch in der Rolle als Mitglied eines Auswahlkomitees für Forschungsstipendien gesammelt hatte.

Eine der größten Herausforderung, die die sehr vielfältige Förderlandschaft mit sich bringt, bestehe ihr zufolge darin, das geeignete Förderprogramm zu finden, das auch zum eigenen Forschungsschwerpunkt sowie dem Forschungsdesign passe. Sie erläuterte, dass sich die Unterschiede in der Förderungslandschaft insbesondere anhand vier Hauptkriterien erklären ließen: individuelle vs. Kooperationsforschungsprojekte, Grundlagenforschung vs. angewandte Forschung, Auftragsforschung vs. programmatische vs. „freie“ Forschung sowie nationale vs. internationale Förderprogramme. Außerdem sprach Prof. Dr. Börzel über die wichtigen Lerneffekte, wie gegenseitige Inspiration, Erfahrungsaustausch und die Herausforderung, immer wieder die eigene Komfortzone zu verlassen, wie sie insbesondere Kooperationsforschung mit sich bringen und wie sie bspw. durch das EU-Forschungsrahmenprogramm „Horizont 2020“ stark gefördert werden. Und dennoch, so betonte sie, sei es auch enorm wichtig, einem Prinzip zu folgen, nämlich: „Hier kocht der Chef!“ Sie warnte die Teilnehmer:innen eindringlich, das Schreiben eines Förderantrags niemals ganz aus der Hand zu geben und stattdessen immer selbst auch Teil des Antragsprozesses zu sein. Im selben Atemzug sei es wichtig, niemals den administrativen Aufwand und die Herausforderungen, die mit der Beantragung und Verwaltung von Fördergeldern einhergehen, zu unterschätzen.

Im zweiten Teil des Workshops stellten Dunja Hofmann von der Kooperationsstelle EU der Wissenschaftsorganisationen (KoWi), Dr. Kirsten Kienzler vom DLR Projektträger und Dr. Matthias Nöllenburg von der VolkswagenStiftung die spezifischen Förder-

programme für Forschungsvorhaben in Zentralasien, dem Südkaukasus und Osteuropa ihrer Institutionen vor. Eine der wichtigsten Informationen für die Teilnehmer:innen war dabei, dass gerade eine Förderung auf EU-Ebene zwar ein transnationales Forschungsteam und -netzwerk fordere, gleichzeitig aber auch an die Bedingung geknüpft sei, dass das Gastinstitut innerhalb der EU oder auch eines bestimmten EU-Mitgliedstaates liegen muss – ein weiterer Grund also, warum transnationale Vernetzung so wichtig ist.

In der anschließenden Q&A-Runde diskutierten die Expert:innen mit den Teilnehmer:innen die Entwicklung einer eigenen Forschungskarriere, Vor- und Nachteile von interdisziplinären und monodisziplinären Forschungsprojekten sowie die Frage, wie das eigene Forschungsprojekt am besten innerhalb eines Spektrums von aufbauender Forschung auf der einen Seite und bahnbrechenden Forschungsansätzen auf der anderen Seite positioniert werden kann und wie dafür jeweils die geeignetsten Förderprogramme gefunden werden können.

Am Ende des Workshops wechselten die Teilnehmer:innen zu der Online-Plattform „Wonder“. Diese ermöglichte es, sich frei in einem virtuellen Raum zu bewegen und sich entweder an Gruppendiskussionen zu beteiligen oder in den individuellen Austausch mit anderen zu treten. Die Chance zum informellen, wenn auch virtuellen, Austausch wurde von den Teilnehmer:innen als sehr positiv aufgenommen, die in der Plattform ein interessantes neues und interaktives Format sahen, nachdem ja gerade im Zuge der COVID-19-Pandemie in diesem Jahr der persönliche und informelle Austausch nach Fachveranstaltungen leider eher schwierig geworden ist. Die Teilnehmer:innen nutzten die Gelegenheit, um spezifischere individuelle und karrierebezogene Fragen zu stellen und sich mit den Expert:innen über konkrete Forschungsideen und Finanzierungsmöglichkeiten auszutauschen. Gleichzeitig half es den Teilnehmer:innen, sich untereinander zu vernetzen, zu bereits bekannten Gesichtern wieder Kontakt aufzunehmen oder auch neue Kontakte für eventuelle zukünftige Zusammenarbeit zu knüpfen. Schließlich trug der Abschlussteil des Workshops zu einem der wichtigsten Punkte bei, den Prof. Dr. Börzel unermüdlich wiederholt hatte: Kommunikation, Kooperation und das Einbeziehen unterschiedlicher Perspektiven sind der Schlüssel für erfolgreiche Forschung!

## GURN
### German Ukrainian Researchers Network

Think Tanks in der Ukraine gelten als wichtige zivilgesellschaftliche Akteure, die durch ihre analytische Arbeit einen wertvollen Beitrag zur Förderung demokratischer Prozesse leisten. Durch ihre unmittelbare Arbeit an Gesetzesentwürfen, Mitkonzipierung der staatlichen Politik, Monitoring und Kontrolle gelingt es ihnen, den politischen Prozess zu begleiten und ihn transparenter zu gestalten. Als Teil der Zivilgesellschaft bilden sie die Brücke zwischen der Gesellschaft und den politischen Entscheidungsträger:innen, kommunizieren Ideen, informieren, klären auf, tragen so entscheidend zum Meinungspluralismus bei und stärken somit die Demokratie allgemein.

Gleichzeitig agieren sie nicht nur national, sondern auch transnational und im europäischen Kontext. Durch ihre praxisorientierte Forschung und aktuelle Analysen zu politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in ihren Ländern haben sie die Möglichkeit, zum besseren Verständnis über Grenzen hinweg beizutragen.

Mit Blick darauf hat sich das **Projekt „German Ukrainian Researchers Network“ (GURN)** zum Ziel gesetzt, den fachlichen Austausch zwischen Expert:innen deutscher und ukrainischer Think Tanks zu fördern und Junior Researcher zu befähigen, ihre praxisorientierten wissenschaftlichen Ergebnisse in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs beider Länder einspeisen zu lassen.

GERMAN UKRAINIAN RESEARCHERS NETWORK (GURN)

**Ziele des Projekts**

- Schaffung eines deutsch-ukrainischen Think Tank Netzwerks
- Stärkung von Fachkompetenzen ukrainischer Junior Researcher in den Bereichen der Policy Analyse, Politikberatung sowie der erfolgreichen Kommunikation der Forschungsergebnisse
- Ausbau der Osteuropakompetenz deutscher Junior Researcher
- Transfer von Wissen über soziopolitische Prozesse sowohl aus Deutschland in die Ukraine als auch aus der Ukraine nach Deutschland
- Gezielte Förderung von (bilateralen) Forschungsprojekten zu aktuellen Entwicklungen in der Ukraine

### Zielgruppe

Das Projekt richtet sich an Junior und Senior Researcher an deutschen und ukrainischen Think Tanks sowie Universitäten, die ihre fachliche Expertise im Bereich praxisorientierter Forschung stärken und (gemeinsame) Forschungsprojekte mit thematischem Ukraine-Schwerpunkt verwirklichen wollen.

### Veranstaltungen und Aktivitäten

- „Ukraine-Frühstücksgespräche“: Fachgespräche mit ukrainischen Expert:innen als Speaker in Berlin
- „Deutschland-Frühstücksgespräche“: Fachgespräche mit deutschen Expert:innen als Speaker in Kyjiw
- Netzwerk- und Fachkonferenzen in Kiew und Berlin
- Workshops zur Policy Analyse für Vertreter:innen ukrainischer Think Tanks
- Studienreisen für ukrainische und deutsche Nachwuchswissenschaftler:innen
- Förderung und fachliche Begleitung von Forschungsvorhaben deutscher und ukrainischer Nachwuchswissenschaftler:innen
- Onlineplattform zur Erleichterung der Sichtbarkeit und Erreichbarkeit der Netzwerkmitglieder
- Podcast zu Think Tanks und wissenschaftlicher Politikberatung
- GURN Methodenschule für ukrainische Nachwuchswissenschaftler:innen

Das „German Ukrainian Researchers Network“ (GURN) ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik e.V. in Berlin und baut thematisch auf dem Vorgängerprojekt „Platform for Analytics and Intercultural Communication“ (PAIC, 2017–2019) auf. Das Projekt wird in Zusammenarbeit mit den ukrainischen Partnern Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation (DIF), Neu Europe Center (NEC) und think twice UA durchgeführt und vom Auswärtigen Amt gefördert.

### Laufzeit

August 2019 bis Dezember 2020

### Team

- Katrin Böttger
- Ljudmyla Melnyk
- Marie-Thérèse Schreiber
- Arthur Molt
- Laura Christoph

### Partner

New Europe Center
Kyiv, Ukraine

Ilko Kucheriv
Democratic Initiatives
Charitable Foundation

think twice UA

Auswärtiges Amt

## 18. Ukraine-Frühstücksgespräch: Deutsch-ukrainische Beziehungen: Neue Tendenzen in der bilateralen Zusammenarbeit?

Wie ist der Stand der deutsch-ukrainischen Beziehungen und was hat sich im ersten Jahr der Präsidentschaft von Wolodymyr Selenskyj verändert? Und: Wie müssen diese Beziehungen in Zukunft gestaltet werden, um den unterschiedlichen Erwartungen beider Seiten gerecht zu werden? Im Rahmen des 18. Ukraine-Frühstücksgesprächs zum Thema „Deutsch-ukrainische Beziehungen: Neue Tendenzen in der bilateralen Zusammenarbeit?“, das am Mittwoch, den 10. Juni 2020, stattgefunden hat, haben Expert:innen und Teilnehmer:innen gemeinsam Antworten auf diese Fragen gefunden. Zum ersten Mal im Format einer Online-Veranstaltung, hat dieses Frühstücksgespräch die Relevanz des regelmäßigen Austauschs über aktuelle Themen im deutsch-ukrainischen Kontext erneut bestätigt.

Anlass des Gesprächs war die Publikation eines Policy Papers, das aus der Zusammenarbeit des Instituts für

Europäische Politik (IEP, Berlin) mit dem New Europe Center (NEC, Kyjiw) im Rahmen des Projekts „Europeanization beyond Process“ entstanden ist, das von den Open Society Foundations unterstützt wurde. Die Basis der Publikation bilden Interviews, welche die Autor:innen Dr. Susan Stewart von der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP, Berlin) und Ljudmyla Melnyk, Institut für Europäische Politik (IEP, Berlin) und Projektmanagerin von GURN für die deutsche Seite, und Alyona Getmanchuk und Sergiy Solodkyy vom New Europe Center (NEC, Kyjiw) für die ukrainische Seite im Zeitraum von Februar bis März 2020 durchgeführt hatten. Die Autor:innen stellten nun nicht nur ihre wichtigsten Erkenntnisse vor, sondern gingen darüber hinaus auch auf Fragen der Gesprächsteilnehmer:innen zum Status quo und den Erwartungen beider Seiten an die deutsch-ukrainischen Beziehungen ein. Die Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit dem Berlin Policy Hub organisiert, das auch die Publikation des Policy Papers unterstützt hat.

Nach einer kurzen Begrüßung durch Dr. Katrin Böttger, Direktorin am IEP, und nachdem sich die Gäste mit einer Tasse Kaffee an den heimischen Schreibtischen eingerichtet hatten, erläuterte Alyona Getmanchuk (NEC) die Prioritäten sowie die Erwartungen der ukrainischen Seite an die bilaterale Zusammenarbeit. Die Expert:inneninterviews für das Policy Paper ergaben hier, dass sich der außenpolitische Schwerpunkt unter Präsident Selenskyj von der Suche nach Verbündeten hin zu der Suche nach Investor:innen verschoben hat. Daneben bleibe die Lösung des Konflikts im Donbass einer der wichtigsten politischen Schwerpunkte ein Umstand der auch mit den Prioritäten der deutschen Seite übereinstimmt, wie Dr. Susan Stewart (SWP) hervorhob. Weiterhin sei in den Interviews deutlich geworden, dass insbesondere der ukrainische Reformprozess hierzulande als wichtiges Element wahrgenommen wird, so Dr. Stewart weiter. Ein schleppender Reformfortschritt würde von deutscher Seite aus sogar als größeres Hindernis für den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wahrgenommen als der Krieg im Donbass, ergänzte Ljudmyla Melnyk (IEP).

Sergiy Solodkyy (NEC) konstatierte, dass die ukrainische Politiker:innen unter Präsident Selenskyj einige Erwartungen an Deutschland hätten, darunter nicht nur die Unterstützung beim Austausch von Gefangenen, sondern auch für den Beitritt zum Abkommen über die Konformitätsbewertung und die Anerkennung gewerblicher Produkte (ACAA). Dass die deutsche Seite dabei viel Wert auf Fortschritte im Reformprozess lege, stelle kein Hindernis für die deutsch-ukrainischen Beziehungen dar, äußerte Dr. Susan Stewart (SWP). Vielmehr sei es die Verbindung von Investitionen und Reformen, die für die bilateralen Beziehungen zwischen Deutschland und der Ukraine in Zukunft richtungsweisend sein könnte.

Des weiteren zeigte sich, dass sich die deutsche Seite eine noch stärker formalisierte und institutionalisierte Kommunikation zwischen den beiden Ländern wünscht, während die ukrainische Seite mehr Wert auf Kommunikation mit einer persönlichen Note legt. Weiterhin werde eine mangelnde Koordinierung zwischen den ukrainischen Ministerien als Hindernis in der Zusammenarbeit wahrgenommen.

Ljudmyla Melnyk (IEP) fügte hinzu, dass die Wiedereinführung eines jährlich stattfindenden, hochkarätigen Kommunikationsformats, wie es unter Leonid Kutschma und Gerhard Schröder bestand, zu einer verbesserten Kommunikation und Koordinierung auf beidem Seiten beitragen könne.

Insgesamt blieben die deutsch-ukrainischen Beziehungen trotz der genannten Unterschiede in Prioritätensetzung und Wahrnehmung eine wichtige strategische Komponente in der Außenpolitik beider Länder, was sich an dem ständigen Austausch auf verschiedenen Ebenen erkennen ließe, so die Expert:innen. Dies würde sich nicht zuletzt auch in dem guten Verhältnis widerspiegeln, welches die beiden Außenminister, Dmytro Kuleba und Heiko Maas, pflegten.

**LINK: Policy Paper „Priorities and Expectations from Ukraine and Germany: How to make bilateral relations more sustainable?“**

## 19. Ukraine-Frühstücksgespräch: Die Lokalwahlen in der Ukraine 2020 – Eine Machtverschiebung von Kyjiw hin zu den lokalen Regierungsebenen?

Das Ukraine-Frühstücksgespräch vom 14. Oktober 2020 befasste sich mit der Bedeutung der Lokalwahlen in der Ukraine, die eine Woche später, am 25. Oktober abgehalten wurden. Diese stellten einen Meilenstein im Reformprozess des Landes dar, da sie die ersten Wahlen nach der Implementierung wichtiger Elemente der 2014 eingeleiteten Dezentralisierungsreform waren. Die neu gewählten Mitglieder der drei ukrainischen lokalen Regierungsebenen – Oblast, Rayon und Hromada – verfügen seither über neue Kompetenzen und mehr Ressourcen als je zuvor. Darüber hinaus waren die Ukrainer:innen zum ersten Mal in der Lage, ihre Stimme für Vertreter:innen der neu geschaffenen Gebietskörperschaften, der zusammengeschlossenen Hromadas, abzugeben, die im Rahmen der Verwaltungsreform entstanden sind.

Nach der Begrüßung durch die Direktorin Dr. Katrin Böttger am IEP, sprachen die Gäste der Veranstaltung, De. Oleksiy Haran, Forschungsdirektor bei der Democratic Initiatives Foundation und Professor der Politikwissenschaft an der Kyiv-Mohyla Academy, und Nazar Boyko, Leiter der zivilgesellschaftlichen Organisation CIFRA (Lwiw), die auch Wahlbeobachtungen durch-

führt, über Trends und Besonderheiten des Wahlprozesses, die Strategien der einzelnen Parteien und den Einfluss von COVID-19. Moderiert wurde das Gespräch von GURN-Projektleiterin Ljudmyla Melnyk. Zu den wichtigsten Erkenntnissen des Gesprächs zählten folgende Faktoren:

Die Partei des amtierenden Präsidenten Wolodymyr Selenskyj, „Diener des Volkes“, bekam im Vorfeld der Wahl starke Konkurrenz von neuentstandenen lokalen Parteien, die im nationalen Parlament noch nicht vertreten waren. Entsprechend des in der Ukraine gängigen Wahlkampf-Phänomens der Personalisierung, setzten viele dieser Parteien auf eine lokal bekannte Führungspersönlichkeit anstatt auf ein ausgereiftes Wahlprogramm. Ihre Spitzenkandidat:innen waren oft bekannte Gesichter aus der Lokaladministration, die mit ihrer Exekutiv-Erfahrung für Stabilität stehen. Stabilität, die insbesondere während der Covid-19-Pandemie von vielen ukrainischen Bürger:innen herbeigesehnt wird.

Einige der nationalen parlamentarischen Parteien, die auf lokaler Ebene um Stimmen warben, machten Gebrauch von propagandistischen und spalterischen Slogans – nicht ohne Erfolg. So führte beispielweise die pro-russische „Oppositionsplattform — Für das Leben“ nach den damaligen Umfragen zahlreiche Wahlbezirke im Süden und Osten des Landes an. In denselben Bezirken lag laut einer Umfrage auch die Anzahl derjenigen, die glaubten, dass die Lokalwahl Manipulationen unterliegen könnte, am höchsten.

Präsident Selenskyj selbst hatte nur wenige Wochen vor der Wahl eine zusätzliche, aus fünf Fragen bestehende nationale Umfrage für den Tag der Lokalwahlen angekündigt – eine Initiative, die als Versuch der Beeinflussung der Wahlergebnisse zugunsten seiner Partei „Diener des Volkes“ gewertet werden kann. Weiterhin verwendete Selenskyj bei offiziellen Auftritten als Staatspräsident Farben und Symbole seiner Partei anstatt der Symbole des ukrainischen Staates.

Während der anschließenden Diskussion stellten die Teilnehmer:innen der Veranstaltung Fragen zur Möglichkeit der Briefwahl, zum Konfliktpotential zwischen der nationalen parlamentarischen Ebene und den regionalen Ebenen und interessierten sich dafür, welche lokalen Parteien nach Ansicht der beiden Experten das Potential hätten, es in Zukunft auch auf die nationalen Listen zu schaffen.

## 20. Ukraine-Frühstücksgespräch: COVID-19 in der Ukraine: Wirtschaftliche Konsequenzen für ausländische Investor:innen und lokale Unternehmen

Wie hat die ukrainische Regierung auf die COVID-19-Pandemie reagiert, insbesondere im Hinblick auf die Unterstützung kleiner und mittelständischer Unternehmen? Wie effektiv waren diese Maßnahmen? Und wie kann die EU die Ukraine kurz- und langfristig unterstützen? Im Rahmen des 20. Ukraine-Frühstücksgesprächs zum Thema “COVID-19 in der Ukraine: Wirtschaftliche Konsequenzen für ausländische Investoren und lokale Unternehmen”, das am Donnerstag, dem 5. November 2020, stattfand, versuchten Expert:innen und Teilnehmer:innen gemeinsam diese Fragen zu beantworten. Einmal mehr als virtuelle Veranstaltung durchgeführt, bestätigte die Debatte die Relevanz eines regelmäßigen Austauschs zu aktuellen Fragen im deutsch-ukrainischen Kontext.

Das Gespräch wurde von der IEP-Direktorin Dr. Katrin Böttger mit einer Begrüßungsrede über die Bedeutung des deutsch-ukrainischen bilateralen Austausches, insbesondere in Zeiten von Covid-19, eröffnet. Es folgten Inputs zur mikro- und makroökonomischen Situation in der Ukraine, die von unseren Gastredner:innen Oksana Kuziakiv, Jean-Erik de Zagon und Robert Kirchner vorgetragen wurden. Oksana Kuziakiv ist Geschäftsführerin am Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung (IER) und Jean-Erik de Zagon ist Leiter der Vertretung bei der Europäischen Investitionsbank (IEB) in Kyjiw. Dritter und letzter Redner war Robert Kirchner, stellvertretender Teamleiter bei Berlin Economics. Im Anschluss an diese drei Input-Präsentationen führten die Teilnehmer:innen eine lebhafte Diskussion über die Covid-19-Gegenmaßnahmen und deren Auswirkungen auf das Geschäftsklima in der Ukraine.

Die ukrainische Wirtschaft, die seit 2015 bedeutende Fortschritte gemacht hat, wurde von der COVID-19-Pandemie, mit einem prognostizierten BIP-Rückgang von 7% für 2020, schwer getroffen. Das Land wird internationale Hilfe benötigen, um die gegenwärtige Krise zu überwinden. Die Expert:innen wiesen aber darauf hin, dass die Ukraine zuvor auf einem guten Weg gewesen sei: Die Ukraine konnte die Renditen von 11% im Jahr 2018 auf weniger als 6% im Jahr 2019 senken, während die ausländischen Direktinvestitionen (FDIs) seit 2015 langsam, aber stetig gestiegen sind. Als jedoch im Frühjahr 2020 die Quarantänemaßnahmen angekündigt wurden, begannen die in den letzten Jahren erzielten Fortschritte zu schwinden.

Dennoch waren die Aussichten im Oktober 2020 nicht so schlecht wie erwartet: Einige Sektoren, z.B. der Einzelhandel, kehrten zu neuer Stärke zurück und verzeichneten zweistellige Wachstumsraten. Andere Wirtschaftsbereiche schnitten weniger gut ab, da die Produktion der Industrie aufgrund fehlender Auslandsnachfrage und ungünstiger Bedingungen für die landwirtschaftliche Produktion unter dem Niveau von 2019 blieb. Auf die Frage nach der Zukunft ihrer Unternehmen bleiben die meisten Unternehmer jedoch positiv gestimmt und erwarten ein Ende der Krise innerhalb der nächsten zwei Jahre.

Die Gründe für die generell optimistische Aussicht beziehen sich direkt auf nationale und internationale Finanzhilfemaßnahmen und -politik: Erstens stellte die ukrainische Regierung eine Reihe von Programmen zur Unterstützung von Unternehmen bereit, wie z.B. eine zeitweilige Aussetzung von Kreditrückzahlungen (März bis Mai 2020), Steuervergünstigungen und direkte finanzielle Unterstützung. Zweitens investierte die Europäische Investitionsbank (EIB) in die Infrastruktur der Ukraine mit Programmen, die auf die Modernisierung des Landes und die Neuzuweisung bestehender Kredite abzielen. Darüber hinaus wurden die vertiefte und umfassende Freihandelszone (DCFTA) und die anschließende Ausweitung des Handels mit der EU und Deutschland als Erfolgsgeschichte dargestellt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die COVID-19-Pandemie zwar kurzfristig erhebliche negative Auswirkungen auf das Land hatte, die langfristige Perspektive jedoch Raum für Optimismus lässt. Die Ukraine ist auf einem guten Weg, und die wirtschaftliche Zusammenarbeit auf mehreren Ebenen lässt auf eine bessere Zukunft nach dem Ende der Pandemie hoffen.

In Kooperation mit

European Investment Bank

## 3. Deutschland-Frühstücksgespräch: Deutsche Investitionen in der Ukraine: Wie können Neue gewonnen und Bestehende gehalten werden?

Ausländische Direktinvestitionen sind ein wesentlicher Faktor für die wirtschaftliche Integration der Ukraine mit der Europaischen Union. Trotz des günstigen Standorts und der Reformen im Justiz- und Bankenbereich fließen sie allerdings nur zäh ins Land. Das dritte Deutschland-Frühstücksgespräch, das am 22. September 2020 als hybrides Format in Kyjiw und gleichzeitig online mit Gästen aus Deutschland stattfand, war der Frage gewidmet, wie das Investitionsklima in der Ukraine nachhaltig verbessert werden kann. Die Gäste der Veranstaltung waren Alexander Markus, Vorstandsvorsitzender der Deutsch-Ukrainischen Industrie- und Handelskammer, und Robert Kirchner, stellvertretender Leiter der deutschen Beratergruppe bei Berlin Economics. Eröffnet wurde die Veranstaltung von Alyona Getmanchuk, Direktorin des New Europe Center (NEC, Kyjiw) und Ljudmyla Melnyk (IEP, Berlin). Das Gespräch wurde von Sergiy Solodkyy, dem stellvertretendem Direktor des NEC moderiert.

Während der ungelöste Konflikt um die Ostukraine auch beim Thema Investitionen oft im Vordergrund steht, konzentrierte man sich in der Debatte vor allem darauf, wie trotz der politischen Situation langfristig stabile Anlagebedingungen geschaffen werden können. In diesem Zusammenhang wurde die Bedeutung eines funktionsfähigen Rechtsrahmens betont. Nur so könne fairer Wettbewerb und eine gewisse Planbarkeit gewährleistet werden. Damit deutsche Unternehmer:innen Risiken realistisch einschätzen, aber vor allem auch die Chancen einer Investition in der Ukraine erkennen können, sei es außerdem wichtig, Investor:innen, die bereits seit Jahren erfolgreich im Land agieren, zu Wort kommen zu lassen, damit sie ihre „Success Stories “ nach weitergeben.

Zusätzlich gingen die Redner:innen auf die aktuelle Situation unter COVID-19 ein. Trotz einer relativ guten Ausgangslage durch die Stärkung der Unabhängigkeit der Nationalbank und das ambitionierte Wachstumskonzept der Regierung, das entsprechend von ausländischen Investor:innen honoriert wurde, gebe es nach wie vor eine große Unsicherheit. Diese materialisierte sich 2020 durch massive personelle Veränderungen in der Regierung, die eine Unterbrechung des Reformprozesses und eine Verzögerung der Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zur Folge hatten. Hatte die COVID-19-Pandemie zunächst die Annäherung beschleunigt, so ist die Lage aktuell wieder deutlich schwieriger. Dies liegt vor allem an dem Druck, der auf Anti-Korruptions-Institutionen ausgeübt wird, den Gehaltsbegrenzungen im öffentlichen Dienst und dem mangelhaften Haushaltsbudget für 2021. Ohne Zweifel hatte COVID-19 einen spürbar negativen Effekt auf die ukrainische Wirtschaft, dieser stehe jedoch vergleichbar mit internationalen Entwicklungen.

Aber es gibt auch positive Trends, vor allem durch die Dezentralisierungsreform und im Handelsbereich. So hat die Vertiefte und umfassende Freihandelszone (DCFTA) eine deutlich positive Wirkung auf ukrainische Exporte in die EU, die 2019 auf über 40% angestiegen sind. Insgesamt geht er von einer leichten Erholung der Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte aus. Wichtig sei nun, die Kooperationen mit internationalen Finanzorganisationen aufrechtzuerhalten und die durch COVID-19 entstandenen finanziellen Engpässe nicht mit kurzfristigen, populistischen Lösungen auffangen zu wollen. Denn eines ist für ausländische Investor:innen besonders wichtig: langfristige makroökonomische Stabilität.

In der anschließenden Fragerunde und Diskussion wurden ukrainische Zollbedingungen als zusätzliche Barriere angesprochen, ebenso wie der bislang mangelnde Schutz von geistigen Eigentumsrechten.

## 4. Deutschland-Frühstücksgespräch: Wie steht es um die deutsch-ukrainischen Beziehungen? Stimmen aus dem Deutschen Bundestag und der Werchowna Rada

Die bilaterale Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Ukraine hat sich seit der Revolution der Würde im Jahr 2014 und der anschließenden militärischen Aggression durch die Russische Föderation stetig intensiviert. Das spiegelt sich unter anderem in der Einrichtung neuer Institutionen, wie zum Beispiel dem Arbeitsstab Ukraine des Auswärtigen Amtes, oder der Ernennung des ehemaligen Ministerpräsidenten Sachsens, Georg Milbradt, als Sonderberater für die ukrainische Reformagenda wieder, der sich besonders für den Dezentralisierungsprozess engagiert. Trotz der Erfolge der letzten Jahre und durchaus positiver Signale beim jüngsten EU-Ukraine-Gipfel wäre es nicht richtig zu sagen, dass es nicht auch Grund zur Besorgnis gäbe. Wenn die ukrainische Regierung es nicht schafft, wirksame Maßnahmen gegen die immer noch weit verbreitete Korruption und für die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit umzusetzen, wird der Einsatz der ukrainischen Regierung für den Reformprozess an Glaubwürdigkeit verlieren.

Die Gäste des 4. Deutschland-Frühstücksgesprächs am 29. Oktober 2020 diskutierten mit Halyna Yanchenko (Sluha Narodu), der Co-Vorsitzenden der Ukrainisch-Deutschen Parlamentariergruppe in der Werchowna Rada, und Omid Nouripour (Bündnis 10/DIE GRÜNEN), dem Vorsitzenden der Deutsch-Ukrainischen Parlamentarier-gruppe im Deutschen Bundestag, Perspektiven auf die aktuelle Entwicklung der deutsch-ukrainischen Zusammenarbeit.

Dabei wurde sich besonders über die Teilnahme der deutschen Botschafterin in Kyjiw, Anka Feldhusen, gefreut, unter deren Schirmherrschaft die Deutschland-Frühstücksgespräche stehen, gefreut. In ihrer Eröffnungsrede zu Beginn der Veranstaltung betonte sie die Wichtigkeit von Austauschformaten wie den Frühstücksgesprächen für die bilateralen Beziehungen. Nur einen Tag zuvor hatte das ukrainische Verfassungsgericht eine Reihe von Anti-Korruptionsgesetzen für ungültig erklärt – ein weiteres Zeichen dafür, dass der Austausch zwischen deutschen und ukrainischen Parlamentarier:innen über Online-Veranstaltungen wie diese zum gegenseitigen Erkenntnis- und Verständnisgewinn unbedingt fortgesetzt werden sollte.

Nach einem kurzen Überblick über die aktuelle Situation durch IEP-Direktorin Dr. Katrin Böttger und der Begrüßung durch Sergiy Solodkyy von der Partnerorganisation New Europe Center (NEC) wurde das Gespräch mit einem Einblick in die Prioritäten der parlamentarischen Zusammenarbeit eröffnet. Zentrales Thema bliebe hier die Aggression Russlands in der Ostukraine. Vonseiten Deutschlands sei nicht nur Solidarität und Engagement im Normandie-Format gefragt, sondern es müsse auch aktiv über die Krim gesprochen werden – Schweigen trage hier zu einer Normalisierung der Situation bei. Zum anderen könne Deutschland in Bezug auf die Verbreitung von Fake News und hybrider Kriegsführung sehr viel von den Erfahrungen der Ukraine lernen. Nicht nur in Bezug auf die eigenen Beziehungen zu Russland, sondern auch im Umgang mit Belarus.

Deutschland ist momentan einer der wichtigsten Handelspartner der Ukraine. Nukleus des Reformbedarfs ist und bleibt jedoch nach wie vor die Korruption im Land. Um die wirtschaftliche Kooperation auszubauen und deutsche Unternehmen davon zu überzeugen, ihre Produktionskapazitäten in die Ukraine zu verlegen, müsse das Investitionsklima nachhaltig verbessert werden. Das jüngst verabschiedete Urteil des Verfassungsgerichts, das unter anderem die strafrechtliche Verfolgung von Steuerhinterziehung bei Beamt:innen verhindert, sei nicht nur ein falsches Signal nach außen, sondern auch die Umkehrung von sechs Jahren Arbeit im Kampf gegen die Korruption.

Fragen aus dem Publikum betrafen vor allem die Sanktionen gegenüber Russland und inwiefern der Fall Nawalny einen Einfluss auf das Projekt Nord Stream 2 hätte. Je weiter fortgeschritten der Bau, desto unwahrscheinlicher werde ein Stopp der Pipeline, die sich zum echten Politikum entwickelt habe. Außerdem diskutiert wurden die historische Verantwortung und die damit einhergehende moralische sowie finanzielle Verpflichtung Deutschlands gegenüber der Ukraine und die Rolle der Deutsch-Ukrainischen Historikerkommission, der das ukrainische Außenministerium erst kürzlich seine Schirmherrschaft entzogen hat. Zum Ende der Debatte wurden nicht nur die Ergebnisse der ukrainischen Kommunalwahlen, sondern auch die Konsequenzen des Ausgangs der US-Wahl für die Ukraine diskutiert.

## 5. Deutschland-Frühstücksgespräch: Ein Jahr nach dem Normandie-Gipfel in Paris: Wie geht es weiter?

Am 9. Dezember 2019 trafen sich die Regierungschef:innen der Ukraine, Russlands, Deutschlands und Frankreich in Paris. Auch wenn der Konflikt um die besetzten Gebiete in der Ostukraine anhält, setzte die Gesprächsbereitschaft der Parteien ein wichtiges positives Signal. Darüber hinaus wurden konkrete Schritte vereinbart, die in der Zwischenzeit teilweise umgesetzt werden konnten.

Im Rahmen des 5. Deutschland-Frühstücksgesprächs, das am 11. Dezember 2020 als hybrides Format in Kyjiw, stattfand, wurde nicht nur über den aktuellen Stand der Friedensverhandlungen gesprochen, sondern auch über die Zukunft. Was tut die ukrainische Regierung für die Reintegration der besetzten Gebiete? Und was kann von Deutschland und der internati-

onalen Gemeinschaft geleistet werden, um den Verhandlungsprozess voranzutreiben?

Wir freuen uns, dass wir auch für dieses Gespräch wieder hochrangige Expert:innen sowohl aus Deutschland als auch der Ukraine gewinnen konnten. Vor Ort in Kyjiw nahm der Vizeminister und Minister für die Reintegration der temporär besetzten Gebiete in der Ukraine, Oleksiy Reznikov, teil. Aus Deutschland zugeschaltet waren Matthias Lüttenberg, der Referatsleiter für bilaterale Beziehungen zu den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas, Zentralasien und dem Südkaukasus im Bundeskanzleramt und Dr. Bertram von Moltke, Gesandter der Deutschen Botschaft in der Ukraine.

Eröffnet wurde das Frühstücksgespräch von IEP Direktorin Dr. Katrin Böttger und Alyona Getmanchuk, der Direktorin des New Europe Centers (NEC) in Kyjiw. Im anschließenden Hauptteil der Veranstaltung betonten die Redner, dass der seit Juli 2020 anhaltende Waffenstillstand bis auf vereinzelte Zwischenfälle präzedenzlos stabil sei. Ebenso habe ein Austausch von Gefangenen stattgefunden, auch wenn das Prinzip „alle gegen alle“ noch nicht vollständig umgesetzt worden sei. Auf ukrainischer Seite seien neue Kontrollpunkte eingerichtet worden und es gebe Fortschritte im Entminungsprozess. Insgesamt gebe es innerhalb der Werchowna Rada einen erheblichen politischen Willen den Konflikt beizulegen. Dies äußere sich unter anderem in ihren Plänen zur Reintegration. Sowohl außen- als auch innenpolitisch habe Kyjiw die Handlungsspielräume klar definiert. Auf der russischen Seite würden die auf dem letzten Normandie-Gipfel vereinbarten Schritte jedoch nicht ganz so konsequent umgesetzt, wodurch bisweilen der Eindruck entstehe, man spiele auf Zeit.

Deutschland bekennt sich weiterhin entschieden zur territorialen Unversehrtheit der Ukraine und hält an den Minsker Vereinbarungen fest, die auch das Fortbestehen des Normandie-Gipfels garantieren. Zudem unterstützt die Bundesregierung aktiv den ukrainischen Reformprozess. Die Expert:innen äußerten sich im Gespräch sehr optimistisch, dass dieser Kurs auch nach den deutschen Bundestagswahlen im Jahr 2021 beibehalten werden wird. Positiv hervorgehoben wurde außerdem die Monitoring-Rolle der OSZE-Sonderbeobachtungskommission (SMM) in der Ukraine.

Fragen und Kommentare aus dem Publikum betrafen vor allem mögliche Druckmittel gegenüber der Russischen Föderation sowie die Einschätzung der Expert:innen, ob die US-amerikanische Regierung unter Joe Biden anders involviert sein wird und es für die USA und Deutschland eventuell wieder möglich sein wird, eine gemeinsame transatlantische Position einzunehmen. Im Gespräch wurde immer wieder betont, wie wichtig es sei, Dialogformate aufrecht zu erhalten. Dies gelte nicht nur für die hohe diplomatische Ebene, sondern auch für Initiativen wie die GURN-Frühstücksgespräche.

## Ausschreibung zur Unterstützung unabhängiger Forschung in der Ukraine

Im Rahmen des Projektes GURN entwickelte das Institut für Europäische Politik (Berlin) zusammen mit der Partnerorganisation Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation (Kyjiw) eine Ausschreibung für die Förderung von Forschungsprojekten ukrainischer Think Tanks, die es den Wissenschaftler:innen ermöglichen soll, innovative Ideen zu entwickeln und umzusetzen. Hintergrund ist die mangelnde staatliche Finanzierung unabhängiger Forschung. Mit dieser Freiheit zum Forschen will das Projekt einen Beitrag zur Stärkung zivilgesellschaftlicher Akteur:innen und speziell von Think Tanks als Institutionen leisten. Die überzeugendsten Einsendungen erhalten bis zu 5.000,00 Euro für die Finanzierung des Forschungsprozesses und die Veröffentlichung der Ergebnisse bis Ende des Jahres 2020.

### 40 thematisch diverse Bewerbungen um die Förderung

Dass es einen Bedarf an internationalen Ausschreibungen dieser Art in der Ukraine gibt, lässt sich leicht an der Anzahl der Einsendungen nachvollziehen. Insgesamt gingen knapp 40 Bewerbungen bei GURN ein. Die Anträge kamen zum Teil von renommierten ukrainischen Organisationen und keinesfalls nur aus Kyjiw, sondern auch aus verschiedenen Regionen des Landes. Dies spiegelte sich ebenso in der Themenauswahl wieder. Mehrere Forschungsvorhaben drehten sich um die Nachhaltigkeit der Dezentralisierungsreform oder stellten die Frage, wie sich die Reformen im Bereich von sozialer Sicherung, Bildung und Infrastruktur in den ländlichen Gebieten auswirken. Ein weiterer thematischer Schwerpunkt war der Einfluss der COVID-19-Pandemie auf das regionale Wirtschaftswachstum, die Arbeitsmigration, die Zivilgesellschaft und die Digitalisierung sowie das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierungspolitik. Die im Herbst 2020 anstehenden Lokalwahlen waren ebenfalls Ausgangspunkt für unterschiedliche Forschungsdesigns, etwa im Zusammenhang mit Populismus oder Umweltpolitik. Themen im Kontext der deutsch-ukrainischen Beziehungen fokussierten sich vor allem auf den Energiesektor und die deutsche Außenpolitik in Bezug auf die Krim-Annexion.

### Zugang zu ukrainischen Universitäten für Schulabsolvent:innen aus den besetzten Gebieten

Das erste Forschungsvorhaben, welches von GURN mithilfe des Auswärtigen Amtes finanziell unterstützt werden wird, widmet sich der Frage, wie effizient die politischen Maßnahmen sind, welche die Abiturient:innen von der Krim und aus den temporär besetzten Gebieten in den Oblasten Donezk und Luhansk in Zeiten von COVID-19 bei der Aufnahme an einer ukrainischen Universität unterstützen sollen und welchen besonderen Risiken sie ausgesetzt sind. Antragssteller ist die analytische Plattform VoxUkraine, eine unab-

hängige Plattform, die auf wissenschaftliche Methoden gestützte, unparteiische Einschätzungen politischer und wirtschaftlicher Entwicklungen in der Ukraine veröffentlicht.

**Die Folgen von COVID-19 für die Integrität der ukrainischen Lokalwahlen**

Die zweite Projektidee, die überzeugen konnte, erreichte uns von dem in Lwiw ansässigen analytischen Zentrum „CIFRA“. Die Kernkompetenz der Organisation liegt in der Wahlbeobachtung und der Erforschung sozialer und politischer Prozesse. Mit Blick auf die anstehenden Lokalwahlen in der Ukraine möchten sie untersuchen, welchen Einfluss COVID-19 auf die Integrität des Wahlprozesses und speziell auf die Mobilisierung der Bezirkswahlkommissionen hat.

**Nachhaltige Wirtschaft für die Ukraine: Best Practice aus Deutschland**

Das dritte Forschungsprojekt, das Unterstützung von GURN erhalten wird, basiert auf einer Idee des Kyjiwer Forschungszentrums Centre for Economic Strategy (CES), welches die Erforschung der wirtschaftlichen Prozesse im Land im Fokus seiner Arbeit hat. Die Frage, der sie sich widmen werden, ist, wie man durch die Analyse internationaler Praktiken die Verbindung zwischen den makroökonomischen Konjunkturprognosen für die ukrainische Wirtschaft und der Zusammenstellung des staatlichen Haushalts optimieren kann.

## IEP-Podcast UkraineMEMO: Interviews, Analysis, Policy Advice

In seiner neuen Podcast-Reihe UkraineMEMO: Interviews, Analysis, Policy Advice zeigt das IEP neue Perspektiven auf die Ukraine, das bevölkerungsstärkste und flächenmäßig größte Land innerhalb der Östlichen Partnerschaft, welches insbesondere seit der Revolution der Würde im Jahr 2014 einen tiefgreifenden gesellschaftlichen Wandel durchläuft.

Mit spannenden Gästen aus Deutschland und der Ukraine diskutieren die IEP-Mitarbeiter:innen Ljudmyla Melnyk und Marie-Thérèse Schreiber neue Entwicklungen in den Bereichen der ukrainischen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft und geben somit einen Einblick in die Geschehnisse vor Ort, die das Land bewegen. Auch das Verhältnis der Ukraine zu Deutschland und Europa wird dabei stets im Blick behalten.

Jede Episode von UkraineMEMO besteht aus Interviews, Analysen und einem abschließenden akustischen Memo, einem kurzem Überblick, der wichtigste Inhalte zusammenfasst und Impulse für Entscheidungsträger:innen aus Politik und Gesellschaft miteinschließt.

Die Östliche Partnerschaft gilt als Instrument für eine schrittweise stattfindende Annäherung der assoziierten Länder an die Europäische Union. Dabei geht es jedoch nicht nur um die Übernahme europäischer Standards in den Bereichen Recht und Wirtschaft, sondern auch um die Förderung des Austausches zwischen den Gesellschaften. Auch das Institut für Europäische Politik (IEP) setzt sich für eine Stärkung des zivilgesellschaftlichen Austausches und die Eröffnung neuer Perspektiven auf Entwicklungen in den Ländern der Östlichen Partnerschaft ein.

## Episode #1: Unabhängig forschen und politisch Position beziehen – Herausforderungen für ukrainische und deutsche Think-Tanks

Die erste Episode von UkraineMEMO befasst sich in vergleichender deutsch-ukrainischer Perspektive mit einer besonderen Gruppe zivilgesellschaftlicher Akteure: Think-Tanks. Dabei werden Antworten auf die folgenden Fragen gesucht: Was sind Think-Tanks und wie genau beeinflussen sie den politischen Entscheidungsprozess in Deutschland und der Ukraine? Vor welchen Herausforderungen stehen ukrainische Think-Tanks als Vertreter:innen der organisierten Zivilgesellschaft und wie könnte Deutschland Think Tanks in der Ukraine effektiver fördern? Um diese Fragen zu beantworten, sprechen wir mit Katrin Böttger, Yuriy Yakymenko und Serhiy Shapovalov.

Dr. Katrin Böttger ist eine der beiden Direktor:innen des Instituts für Europäische Politik (IEP). Sie erklärt, was das spezifisch deutsche Verständnis von Think Tanks ist, und wie sich die deutsche Think-Tank-Landschaft – auch im europäischen Vergleich – entwickelt hat.

Yuriy Yakymenko ist Präsident eines führenden Think-Tanks aus Kyjiw: Dem Razumkov-Center. Er äußert sich dazu, vor welchen strukturellen Herausforderungen ukrainische Think-Tanks stehen und wie sie die ukrainische Politik bei der Formulierung von Gesetzesentwürfen unterstützen.

Im Gespräch mit Serhiy Shapovalov, der als politischer Analyst bei der Ilko Kucheriv Democratic Initiatives Foundation (DIF) in Kyjiw arbeitet, wird die Beziehung zwischen Think Tanks und der Politik allgemein beleuchtet. Von ihm erfahren wir auch, wie die Zusammenarbeit zwischen Think-Tanks und der aktuellen Regierung aussieht.

Der Podcast wird von den IEP-Mitarbeiter:innen Ljudmyla Melnyk und Marie-Thérèse Schreiber moderiert.

**LINK: #UkraineMEMO Podcast**

# VIADUCT
## Enhancing Visibility of the Academic Dialogue on EU-Turkey Cooperation

Die historische Komplexität und Unbeständigkeit der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei spiegeln sich in der Forschung und Lehre in diesem Bereich wider. Es gibt internationale Forschungsprojekte sowie viele kleinere und national finanzierte Studien und Projekte, die sich mit der Türkei befassen, einschließlich ihrer Beziehungen zur EU. Die Verknüpfung dieser verschiedenen Projekte, die Verbreitung von Wissen über den europäischen Integrationsprozess und die Nutzung von Synergien zwischen internationalen Akteur:innen haben einen echten Mehrwert für Studien zur europäischen Integration.

Zu diesem Zweck baut VIADUCT ein großes Netzwerk mit Partnerinstitutionen in allen EU-Mitgliedstaaten, der Türkei und der Nachbarschaft auf, die ihre Reichweite in Forschung und Lehre über die EU hinaus erweitern.

Das VIADUCT-Netzwerk besteht aus 40 Partnerinstitutionen und einem erweiterten Netzwerkpartner aus 36 Ländern.

Die Herausforderung für die VIADUCT-Partner besteht in den Beziehungen zwischen der EU und der Türkei als beweglichem Ziel. Auf der einen Seite wird die Türkei als “strategischer Schlüsselpartner der EU” betrachtet, auf der anderen Seite beeinflussen mehrere miteinander verbundene Krisen die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei grundlegend.

Das Ziel von VIADUCT ist daher, die Förderung von Forschung, Lehre und politischem Dialog über die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei. Um dies zu tun, verwendet VIADUCT einen 4 x 4-Ansatz.

VIADUCT

Enhancing Visibility of the Academic Dialogue on EU-Turkey Cooperation

**Der 4 x 4 Ansatz**

**1. Die Vier-I-Strategie: Intergenerationalität, Interdisziplinarität, Internationalität, Intertemporalität**

- Intergenerationalität: Vernetzen von jungen Forschern mit erfahrenen Forscher:innen/Fachleuten;
- Interdisziplinarität: Zusammenbringen von Forschern aus verschiedenen Disziplinen;
- Internationalität: Beteiligung von 40 + 1 Universi-

täten und Think Tanks aus allen 28 EU-Mitgliedstaaten, der Türkei und 7 Nachbarländern;

- Intertemporalität: Verwendung historischer Erzählungen und Szenarien zur Erklärung der vorherrschenden gegenwärtigen Probleme.

**2. Vier mögliche Zukunftsszenarien der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei: Bezugspunkte für die Forschung, den Unterricht und den politischen Dialog von VIADUCT**

- Szenario 1: Den fragilen Status quo verwalten.
- Szenario 2: Ausbau bestehender Formen der Zusammenarbeit.
- Szenario 3: Reaktivierung des Beitrittsprozesses.
- Szenario 4: Umgang mit einem schwierigen oder sogar feindlichen Nachbarn.

**3. Die vier sektorübergreifenden Fragen: multidisziplinäre Synergie**

- Macht: Politik und Sicherheit
- Ressourcen: Wirtschaft und Energie
- Menschen: Migration und Identität
- Zukunft der EU: neue Formen der Beziehungen zwischen einer EU-27 mit Nachbarländern

**4. Vier Dimensionen von Aktivitäten**

- Face-to-Face-Meetings während dreier VIADUCT Wochen
- Online-Austausch und Verbreitungs-plattformen
- Publikationen
- Multiplikation

**Laufzeit**

2017 bis Dezember 2020

**Team**

- Wolfgang Wessels
- Funda Tekin
- Anke Schönlau
- Darius Ribbe

**Partner**

**LINK: Weitere Informationen über das Projekt**

## Final Online Conference

VIADUCT's Online Conference – the third annual conference – took place online on 22-23 October 2020. The conference was launched after the COVID-19 grounded cancellation of the third VIADUCT week, planned to take place on 9-13 March 2020 and co-organised by TEPSA, CETEUS and Sciences Po Grenoble. The conference's purpose was to bring together academics, practitioners, policy makers and civil society representatives to discuss several cross-cutting issues within the broad theme of EU-Turkey relations (Power, Resources, People, Teaching EU-Turkey Relations), including in the context of the ongoing debate on the future of European integration. It gathered online more than 100 participants in the Keynote and Policy Debate sessions, and around 70 participants in the Working Groups. Among participants were leading scholars from the EU and beyond, university students, EU practitioners as well as civil society representatives.

The first day was kicked off by a keynote speech of Angelina Eichhorst, Managing Director at the European External Action Service for Western Europe, Western Balkans, Turkey and the United Kingdom, followed by five topic oriented Working Groups. On the second day, the VIADUCT project honoured this year's award winners in different fields. In the afternoon, a policy debate on EU-Turkey relations closed the conference programme.

Funda Tekin (Director of the Institut für Europäische Politik and VIADUCT Project Director) and Wolfgang Wessels (Director of the Centre for Turkey and European Union Studies, University of Cologne and VIADUCT Project Coordinator) opened the VIADUCT Online Conference by welcoming all network partners present and the wide public audience joining for the conference opening keynote speech of Angelina Eichhorst (Managing Director for Western Europe, Western Balkans, Turkey and United Kingdom at the European External Action Service).

Wolfgang Wessels introduced the project by pointing out that the VIADUCT project is a promise to everyone involved to build bridges between institutions and people even in times of political challenges.

In reaction to Wolfgang Wessels' comment that Angelina Eichhorst as Western Europe, Western Balkans, Turkey and United Kingdom covered various coun-

tries in which the EU faced challenges at the moment, Angelina Eichhorst underlined how important it was to build bridges with all of these coun- tries, in particular with the UK after the end of the Brexit transition period.

Angelina Eichhorst said that there are many dates in history one could set as the starting point for in- tense EU-Turkey relations, but that the EU-Turkey statement of March 2016 was an important date for sure: Turkey and the EU reacted to joint challenges and worked on a comprehensive agreement that had to be implemented now.

Though there were many common challenges and interests, the Turkish domestic situation as well as the infringement on EU Member States' sovereignty absorbed a lot of energy in EU-Turkey relations. Nevertheless, with no other country the EU had as many instruments at hand as with Turkey, based on the various areas of institutional cooperation. The EU's current goal in the Eastern Mediterranean was to get into a motion of debate and to de-escalate. The EU fully supported the UN-backed Cyprus settlement talks and dialogue between Greece and Turkey on the Eastern Mediterranean.

In her keynote as well as in reactions to questions in the Q&A session, Angelina Eichhorst underlined the importance of solidarity between EU Member States in its relations with Turkey. She emphasised that the EU did not want a purely transactional relationship with Turkey. Their societies were far too deeply enringed to have a transactional relationship. Also, the accession process was good both for the EU and Turkey. Though EU-Turkey relations were in currently in a crisis mode, both would in the long term benefit from modernising the Customs Union. Both should work now on de-escalating and endeavour on a positive agenda.

# YOUNG CENTRAL ASIA

Die EU-Zentralasienstrategie von 2019 bildet einen breiten strategischen Rahmen für die Zusammenarbeit mit den fünf Ländern in der Region. Im Hinblick auf die sehr junge zentralasiatische Bevölkerung prüft die Studie des IEP die Machbarkeit einer jugendpolitischen Dimension als neuer Priorität in den EU-Beziehungen zu Zentralasien. Im Fokus steht dabei, wie die EU dazu beitragen kann, der jugendlichen Bevölkerung Zentralasiens gute Lebensperspektiven zu ermöglichen.

Die Studie, welche das IEP im Auftrag des Auswärtigen Amtes erarbeitet, untersucht die Herausforderungen und Potenziale einer jugendpolitischen Dimension in den Beziehungen zu Zentralasien. Eine Intensivierung der Beziehungen in der Jugendpolitik ist für beide Seiten vorteilhaft und steht nicht in unmittelbarer Konkurrenz zu den Aktivitäten Chinas oder Russlands in der Region. Eine jugendpolitische Dimension der europäischen Zentralasienpolitik bietet zudem die Chance, die Sichtbarkeit der EU in der Region zu verbessern. Um diese Chance zu nutzen, gibt das IEP konkrete Politikempfehlungen und schlägt eine innenreuropäische Arbeitsteilung zur Schaffung der jugendpolitischen Dimension vor.

**LINK: Weitere Informationen**

**Laufzeit**

Januar 2020 bis April 2021

**Team**

- Katrin Böttger
- Julian Plottka
- Yvonne Braun
- Ekaterina Smirnova
- Anton Bewerunge

**Partner** Auswärtiges Amt

## Kick-off-Workshop mit Vertreter:innen der Bundesministerien

Im Mai 2020 haben Teilnehmende aus verschiedenen Bundesministerien in einem Online-Workshop auf Einladung des IEP und des Referats „Südlicher Kaukasus und Zentralasien“ im Auswärtigen Amt diskutiert, wo die größten Herausforderungen für eine jugendpolitische Dimension in den EU-Zentralasien-Beziehungen liegen. Es wurde weiter diskutiert, welche dieser Herausforderungen durch die deutsche bzw. europäische Zentralasienpolitik bereits ausreichend adressiert wurden und welche Herausforderungen in Zukunft stärker berücksichtigt werden sollten. Die Ergebnisse der Workshop-Diskussion dienten der kritischen Reflexion der thematischen Schwerpunkte für die geplante Studie „Young Central Asia“.

## Werkstattgespräch mit Vertreter:innen der Bundesministerien, Zivilgesellschaft und Expert:innen

Im August 2020 wurden in einem Online Workshp im Vorfeld der Veröffentlichung der Studie „Young Central Asia. Recommendations to the German Government for the Implementation of the EU-Central Asia Strategy“ erste Ergebnisse der Studie sowie Policy-Empfehlungen des IEP zur Schaffung einer jugendpolitischen Dimension in den EU-Zentralasien-Beziehungen kritisch diskutiert. Im Sinne eines „peer review“ flossen die Ergebnisse der Diskussion mit Entscheidungsträger:innen aus den Bundesministerien, Wissenschaftler:innen und Expert:innen in die Fertigstellung der Studie und eines begleitenden Policy Papers ein.

## Präsentation der Studie in Form eines Roundtable am Rande des Central Asia Civil Society Forums

Vor dem Hintergrund der Ergebnisse der Studie „Young Central Asia“ wurden am Rande des „Central Asia Civil Society Forums“ im Oktober 2020 mit Vertreter:innen der Zivilgesellschaft und jungen Menschen aus Europa und Zentralasien sowie Repräsentant:innen der EU Empfehlungen zur Schaffung einer jugendpolitischen Dimension in den EU-Zentralasien-Beziehungen kritisch diskutiert. Im Sinne eines „peer review“ flossen die Ergebnisse der Diskussion mit Entscheidungsträger:innen aus den Bundesministerien, Wissenschaftler:innen und Expert:innen in die Fertigstellung der Studie und eines begleitenden Policy Papers ein.

# STUDIE ZUR WERTEDIVERGENZ IN ZENTRAL- UND OSTEUROPA

## Ursachen und Wirkung

Auseinandersetzungen über Inhalte und Verbindlichkeit der europäischen Wertegemeinschaft scheinen an Regelmäßigkeit zuzunehmen und hemmen inzwischen auch die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union. Die jüngsten Verhandlungen über den neuen mehrjährigen Finanzrahmen und die seit einigen Jahren andauernden Kontroversen in der europäischen Asyl- und Migrationspolitik sind nur einige anschauliche Beispiele.

Vor diesem Hintergrund erstellt das Institut für Europäische Politik im Auftrag des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes eine Studie zu den Ursachen und Wirkungen der Wertedivergenz in den vier Visegrád-Staaten sowie Rumänien und Slowenien.

Die Studie untersucht in einem ersten Schritt für den Zeitraum 2004 bis 2020, ob und inwieweit die Wert- und Ordnungsvorstellungen, die von Bürger:innen, Parteien und Regierungen in den untersuchten Ländern vertreten werden, von den Werten der Europäischen Union gem. Art. 2 EUV abweichen. In einem zweiten Schritt werden darauf aufbauend wissenschaftliche Ansätze zur Erklärung dieser Wertedivergenz empirisch überprüft. In einem dritten Schritt werden die Folgen dieser Entwicklung für die europäische Integration untersucht. Dazu werden konkret die folgenden vier Forschungsfragen beantwortet:

- Welche Wert- und Ordnungsvorstellungen vertreten Parteien und Regierungen in den untersuchten Ländern?
- Welche Wert- und Ordnungsvorstellungen vertreten die Bürger:innen?
- Wie erklären sich Divergenzen zu den europäischen Werten (gem. Art. 2 EUV)?
- Was sind die Auswirkungen für die europäische Politik und Integration?

Zur Beantwortung der Forschungsfragen führt das IEP eine Online-Befragung unter Bürger:innen sowie eine Expert:innenbefragung in den sechs Ländern durch. Ergänzend werden bestehende Datenbanken zu den parteipolitischen Positionen und veröffentlichte Umfragedaten ausgewertet.

Die Ergebnisse werden im Sommer 2021 in Form einer Studie sowie eines Policy Papers veröffentlicht, das Empfehlungen gibt, wie die EU-Institutionen und die Bundesregierung der Wertedivergenz innerhalb der EU begegnen können. Begleitend werden für jedes der sechs untersuchten Länder die Ergebnisse in einem Länderprofil visuell dargestellt.

**Laufzeit**

Dezember 2020 bis August 2021

**Team**

- Funda Tekin
- Henrik von Homeyer
- Julian Plottka
- Friederike Augustin
- Antonia Labitzky

**Partner**

Auswärtiges Amt

# FORTBILDUNG
# CAPACITY DEVELOPMENT

## EU-ASSOZIATIONEN UND WIRKLICHKEIT IN MOLDAU (WE&EU)

**Wo:** Republik Moldau (Chişinău und Regionen)

**Wer:** Vertreter:innen der Zivilgesellschaft, ethnischer Minderheiten sowie staatlicher Stellen

Die Republik Moldau hat im Jahr 2014 das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union (EU) unterzeichnet und damit vertraglich den Weg der EU-Annäherung eingeschlagen. Diese Entscheidung für den pro-europäischen Kurs ist in der moldauischen Bevölkerung jedoch nicht unumstritten.

Ziel des Projekts EU-Assoziationen und Wirklichkeit in Moldau (WE&EU) war es, Kommunikationskanäle in die EU-fernen Bevölkerungsteile zu eröffnen, um den gesellschaftlichen Diskurs über europäische Grundwerte zu fördern und die konkreten Vorteile einer EU-Assoziierung für die moldauische Bevölkerung besser sichtbar zu machen. Dabei galt es vor allem, Fehlinformationen und Mythen über die EU und das Assoziierungsabkommen entgegenzuwirken und einen faktenbasierten Austausch zu fördern.

Um dieses Ziel zu erreichen wurden im Rahmen des WE&EU Projekts verschiedene Maßnahmen und Aktivitäten umgesetzt, unter anderem die Erarbeitung von Fact Checks, Dialogveranstaltungen für Bürger:innen, Videos zu Erfolgsgeschichten, TV Debatten, EU Awareness Workshops, eine Studienreise nach Chişinău sowie öffentliche Konferenzen.

Das Projekt wurde vom Institut für Europäische Politik in Zusammenarbeit mit dem Institute for European Policies and Reforms (IPRE) und dem Institute for Strategic Initiatives (IPIS) implementiert und durch das Auswärtige Amt gefördert.

**Laufzeit**

Juni 2019 bis Juni 2020

**Team**

- Funda Tekin
- Dominic Maugeais
- Viktoria Palm
- Louise Koch
- Stefanie Rasche

**Partner**

INSTITUTUL PENTRU INIȚIATIVE STRATEGICE

IPRE Institutul de Politici și Reforme Europene ipre.md

Auswärtiges Amt

### 3. EU Awareness Workshop in Leova, Moldau

Im Rahmen des Projekts “EU-Assoziationen und Wirklichkeit in Moldau (WE&EU)” organisierte das Institut für Europäische Politik (IEP) am 03. März 2020 in Zusammenarbeit mit dem Institute for European Policies and Reforms (IPRE) und dem Institute for Strategic Initiatives (IPIS) den dritten EU Awareness Workshop in Leova.

Ziel des Workshops war es, Sachwissen über das EU-Assoziierungsabkommen zu vermitteln, um bestehenden Mythen und Fehlinformationen entgegenzuwirken sowie über EU-finanzierte Projekte in der relevanten Region und spezifische Fördermöglichkeiten

zu informieren. An der Veranstaltung in Leova nahmen 20 Teilnehmer:innen teil, darunter Vertreter:innen der lokalen Behörden, Jugend sowie organisierten Zivilgesellschaft.

Im ersten Teil des Workshops wurden die Teilnehmer:innen über die wichtigsten Bestimmungen des EU-Moldau Assoziierungsabkommens sowie über die fünfjährige Bilanz der Umsetzung informiert. In diesem Kontext wurden in zwei Projektvideos beispielhafte Erfolgsgeschichten der EU-Unterstützung in Moldau präsentiert (siehe IPRE-Video und IPIS-Video).

Im zweiten Teil wurden die im Rahmen des Projekts erstellen Fact-Sheets zur Visaliberalisierung sowie zur Umsetzung des Handelsabkommens mit der EU vorgestellt und diskutiert, um Mythenbildung und Fehlinformationen in diesen Bereichen vorzubeugen. Des Weiteren wurde erläutert, wie durch die kommunale Zusammenarbeit EU-Fördergelder besser genutzt werden können, um die regionale Entwicklung in Moldau zu fördern. In diesem Rahmen wurde auch auf die Unterstützung durch das LEADER-Programm eingegangen, durch die auch die Zusammenarbeit zwischen Bürger:innen und lokalen Behörden gefördert werde. Im letzten Teil des Workshops wurde mit den Teilnehmer:innen diskutiert, wie die Handlungsfähigkeit der lokalen Gemeinde weiter gestärkt werden können.

## 3. Bürger:innendialog in Ceadir-Lunga (Gagausien), Moldau

Am 4. März 2020 wurde der dritte Bürger:innendialog im Rahmen des Projekts “EU-Assoziationen und Wirklichkeit in Moldau (WE&EU)” gemeinsam vom Institut für Europäische Politik (IEP), dem Institute for European Policies and Reforms (IPRE) und dem Institute for Strategic Initiatives (IPIS) durchgeführt. An der Veranstaltung in Ceadir-Lunga (Gagausien) nahmen rund 30 Vertreter:innen der lokalen Zivilgesellschaft, der örtlichen Behörden sowie aus den Bereichen Wirtschaft, Verwaltung und Politik teil.

Ziel der Veranstaltung war es, einen offenen und informierten Dialog über das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Moldau zu fördern und dabei über dessen spezifische Inhalte und zugrundeliegende Werte sowie über die Auswirkungen auf die moldauische Wirtschaft und konkreten Vorteile für die Bürger:innen zu informieren. Die Teilnehmer:innen hatten die Möglichkeit, diese Themen in einem interaktiven und informellen Format mit Expert:innen zu diskutieren. Darüber hinaus wurden einige EU-Unterstützungsprogramme für die Republik Moldau vorgestellt und konkrete Finanzierungsmöglichkeiten aufgezeigt. Die Diskussion mit den Bürger:innen aus Ceadir-Lunga offenbarte eine tendenziell kritische aber auch zum Teil positive Wahrnehmung der EU-Unterstützung in der Autonomen Region Gagausien. So sei der Eindruck entstanden, dass die EU-Hilfen Gagausien im Vergleich zum Rest des Landes erst erreicht hätten.

Ausdrücklich begrüßt wurden Maßnahmen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung der ländlichen Gebiete wie es im Rahmen des LEADER-Programms der Fall ist. Einige der Teilnehmer:innen haben selbst positive Erfahrungen beisteuern und aufzeigen können, wie sich die eingesetzten Mittel multipliziert haben. Andererseits herrschte die Einschätzung vor, dass viele Projekte nicht ausreichend in ihrer Wirkung hin überprüft würden und Audits ausblieben. Einige Teilnehmer:innen äußerten sich kritisch hinsichtlich einer wahrgenommenen Bedrohung ihrer traditionellen (Familien-) Werte sowie der zu geringen Kommunikation der Bedeutung und Inhalte des Assoziierungsabkommens (auch vor der Unterzeichnung). So wurde beispielsweise die Zugangsbeschränkung zum gemeinsamen Markt als Erpressungsversuch wahrgenommen, da der Zugang mit aufwändigen Zertifizierungsverfahren einhergingen, und dass die wirtschaftlichen Vorteile den Wegfall des russischen Marktes nicht kompensieren würden. Die im Rahmen der Veranstaltung präsentierten Fact Sheets trugen wesentlich zum Realitätscheck dieser Wahrnehmungen bei.

## Virtueller Bürger:innendialog zur Entkräftung von Mythen und Vorurteilen gegenüber dem EU Assoziierungsabkommen in Drochia, Moldau

Am 20. Mai 2020 wurde der vierte Bürger:innendialog im Rahmen des Projekts “EU-Assoziationen und Wirklichkeit in Moldau (WE&EU)” gemeinsam vom Institut für Europäische Politik (IEP), dem Institute for European Policies and Reforms (IPRE) und dem Institute for Strategic Initiatives (IPIS) virtuell mit Bürger:innen aus Drochia in Moldau durchgeführt.

Ziel des Dialogs war es, Einblicke in die Sichtweise der lokalen Bevölkerung und Wahrnehmung des EU-Assoziierungsa-bkommens sowie die allgemeine EU Un-

terstützung für die Republik Moldau zu erhalten. Dabei war es auch Ziel, bestehenden Fehlinformationen und Mythen faktenbasiert entgegenzutreten. Im Vorfeld des Online-Bürger:innendialogs wurden Video-Botschaften sowie die im Rahmen des Projekts erstellte Fact-Checks (Videos) mit den Teilnehmer:innen geteilt. An der erstmals digital durchgeführten Veranstaltung nahmen rund 30 Vertreter:innen der lokalen Zivilgesellschaft sowie aus den Bereichen Wirtschaft, Verwaltung und Politik teil.

Im ersten Teil der Veranstaltung wurde auf die Diskrepanz zwischen hoher finanzieller Unterstützung durch die EU und der in Teilen der Bevölkerung verbreiteten Skepsis hinsichtlich der EU-Assoziierung verwiesen. In diesem Zusammenhang wurde die Bedeutung von fakten-basierter Kommunikation zum Abbau von Mythen und Fehlinformationen betont. Darauf aufbauend folgte im zweiten Teil der Veranstaltung eine Vorstellung von EU-finanzierten Infrastrukturprojekten in Drochia, die einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensverhältnisse vor Ort leisten. Diese Präsentation und die anschließenden Diskussionen halfen dabei, die Effekte aufzuzeigen, die eine erfolgreiche bzw. weniger erfolgreiche lokale Projektumsetzung auf die allgemeine Wahrnehmung der EU-Unterstützung in der Bevölkerung erzielt. So wurde mehrfach ungenügendes Management der Projekte sowie die Wahrnehmung von Doppelstandards bemängelt, wenn sich Unternehmen aus EU-Mitgliedstaaten nicht an ausreichende Sozial- und Arbeitsstandards hielten. Zudem wurde fehlende Sichtbarkeit, Kommunikation und Intransparenz in der Durchführung von EU-finanzierten Projekten thematisiert. Dadurch sahen sich viele Bürger:innen in ihren Vorurteilen bestätigt, dass die EU-Hilfen der Bevölkerung nicht ausreichend zugute kämen.

In der Diskussion konnte erläutert werden, dass sich mit einer konsequenten Umsetzung des Assoziierungsabkommens auch die Arbeits- und Sozialstandards anheben würden, diese Umsetzung läge aber letztlich in der Verantwortung der Regierung. Weiterhin sei die EU-Unterstützung reformiert worden, damit die finanziellen Hilfen besser vor Ort umgesetzt und sichtbarer würden. Schließlich sei es aber auch eine Verantwortung der Bürger:innen skeptisch gegenüber der Verbreitung von Falschinformationen und Mythen aus unklaren Quellen zu sein und sich anhand von Fakten wie sie im Rahmen des Projekts und von der EU Delegation zur Verfügung gestellt würden, eine Meinung zu bilden. Für die Bürger:innen Drochias war der virtuelle Bürger:innendialog eine Premiere und voller Erfolg, insofern als dass der virtuelle Dialog dazu beigetragen hat existierende Vorurteile und Mythen zu entkräften und sich alle Beteiligten eine Fortsetzung des Austauschs wünschten.

## Virtueller EU-Awareness Workshop zur Vermittlung des EU Assoziierungsabkommens in Edinet, Moldau

Das Institut für Europäische Politik (IEP), das Institute for European Policies and Reforms (IPRE) und das Institute for Strategic Initiatives (IPIS) haben am Donnerstag, den 04. Juni 2020 im Rahmen des Projekts "EU-Assoziationen und Wirklichkeit in Moldau (WE&EU)" den vierten (virtuellen) EU Awareness Workshop, mit Bürger:innen aus Edinet, in Moldau durchgeführt. Es nahmen rund 30 Teilnehmer:innen teil, darunter lokale Vertreter:innen der Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Die Veranstaltung hatte zum Ziel, einen informativen Austausch über das EU-Assoziierungsabkommen zu fördern, sowie Einschätzungen der lokalen Akteur:innen zur Umsetzung des Abkommens kennenzulernen. Darüber hinaus sollte mit der Vorstellung von im Rahmen des Projekts erstellten Fact-Checks und ausgewählten Videos zu EU-Erfolgsgeschichten verbreiteten Fehl-informationen und Mythen entgegengewirkt werden.

Nachdem in der Eröffnungsrunde die Signifikanz von faktenbasiertem Austausch und Diskussionen für politische Entscheidungen bekräftigt wurde, wurden im ersten Input-Teil zwei Fact-Checks vorgestellt: eines mit detaillierten Informationen über die finanzielle Unterstützung der Republik Moldau durch die EU sowie eines über die Effekte der bilateralen Handelsbeziehungen seit Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens. Die Daten bekräftigten, dass die EU Moldaus größte und wichtigste Geldgeberin bleibt, auch und insbesondere in der aktuellen Krisensituation. So seien der Republik Moldau im Zeitraum von 2009–2019 1,9 Milliarden Euro an Hilfsgeldern zur Verfügung gestellt worden, sowie in der aktuellen Covid-Krise 87 Millionen Euro für den Gesundheitssektor umgewidmet worden. Weitere 100 Millionen Euro wurden zur makroökonomischen Stabilisierung in Aussicht gestellt. Während dieser Teil der Veranstaltung durch gezielte Informationen Transparenz zur ökonomischen Dimension der EU-Moldaubeziehungen schaffen sollte, wurde im zweiten Teil der faktenbasierte Austausch mit lokalen Bürgermeister:innen aus der Region gesucht. Nach einem Input zu den aktuell zirkulierenden Falschmeldungen im Kontext der Corona-Krise widmete sich die Diskussion den praktischen Herausforderungen der lokalen Ebene mit den Behörden in Chişinău. Schon vor der Krise habe sich gezeigt, dass sich der Mitteleinsatz für Projekte vor Ort als besonders wirksam herausstelle, wenn er dezentral gesteuert werde, da sich die Zusammenarbeit mit den zentralen Behörden als oft mühsam und ineffizient erweise und zum Teil fehlende Transparenz die Umsetzung von Projekten erschwere. Gleichzeitig bestehe ein Mangel an Sichtbarkeit und Kenntnis über EU-geförderten Projekte, wie beispielsweise im Gesund-

heitssektor während der derzeitigen Covid-19-Krise. Eine weitergehende Dezentralisierung der EU-Hilfen sowie der lokalen Verwaltungseinheiten würde die Umsetzung von Fördermitteln effektiver und effizienter machen, so der generelle Tenor der Teilnehmer:innen. Dem Urteil, dass größere lokale Autonomie zu sichtbareren Erfolgen in der Umsetzung von Projektideen führte, schlossen sich nach der Diskussion die anwesenden Expert:innen weitgehend an. Insgesamt verliefen die Diskussionen innerhalb des Workshops sehr sachlich und faktenorientiert und stießen bei den Teilnehmer:innen auf hohe Resonanz.

## Projektabschlusskonferenz — EU-Assoziationen und Wirklichkeit in Moldau (WE&EU)

Am 01. Juli 2020 fand die Abschlusskonferenz des Projekts „EU-Assoziationen und Wirklichkeit in Moldau" (WE&EU) im virtuellen Format erfolgreich statt. Zur öffentlichen Veranstaltung trugen neben hochrangigen Vertreter:innen wie der deutschen Botschafterin, Frau Angela Ganninger und dem Leiter der EU Delegation, Botschafter Peter Michalko, zahlreiche Teilnehmer:innen aus den vergangenen Projektveranstaltungen bei. Darüber hinaus verfolgten rund 16.500 Bürger:innen aus der gesamten Republik Moldau die Präsentation und Abschlussdiskussion der Ergebnisse des vom Institut für Europäische Politik (IEP) in Zusammenarbeit mit dem Institute for European Policies and Reforms (IPRE) und dem Institute for Strategic Initiatives (IPIS) durchgeführten Projekts. Die öffentliche Abschlusskonferenz ermöglichte einen Rückblick auf die Projektaktivitäten (Bürger:innendialoge, EU Awareness Workshops, Fact Checks, Videos zu EU Erfolgsgeschichten) sowie eine zusammengefasste Darstellung der gesammelten Erkenntnisse, die Schlussfolgerungen für die Zukunft zuließen.

In der Eröffnungsrunde wurde die Relevanz des Projekts für den EU Annäherungsprozess der Republik Moldau bekräftigt. Die deutsche Botschafterin zur Republik Moldau Frau Angela Ganninger hob in ihrer Videobotschaft hervor, dass eine vertrauensvolle Zusammenarbeit und erfolgreiche Partnerschaft gegenseitiges Wissen und Verständnis erfordere. IEP-Direktorin Dr. Funda Tekin verwies darauf, dass die beginnende deutsche EU Ratspräsidentschaft ebenfalls eine Chance biete, für gemeinsamen Interessen innerhalb der EU und in der östlichen Nachbarschaft zu werben.

Das erste Panel befasste sich mit der Unterstützung Moldaus durch die EU unter den aktuellen krisenhaften Bedingungen, sowie in der jüngeren Vergangenheit. Botschafter Michalko hob hervor, dass von Seiten der EU ein substanzielles Unterstützungspaket auf den Weg gebracht wurde, um die negativen Auswirkungen der COVID-19 Pandemie abzumildern. Mit Blick auf die Konditionalisierung der EU-Hilfen wurde betont, dass Infrastrukturmaßnahmen in der Regel nicht konditioniert würden. Im Fall der Krisenhilfe sei das erste Hilfspaket auch nicht an Bedingungen geknüpft worden, die zweite Tranche hingegen schon. Aktuelle Umfragen zeigten, dass die Bürger:innen der Republik Moldau in größerem Maße über die EU Unterstützungen Bescheid wüssten, auch dank des nun endenden Projekts. Der Vertreter des moldauischen Außenministeriums, Botschafter Andrej Popov betonte, dass es trotz dieser positiven Zahlen in weiten Teilen der moldauischen Bevölkerung eine ausgeprägte Skepsis hinsichtlich der EU Annäherung herrsche. Hier müsste weiterhin der Dialog gesucht werden, um der Verbreitung von Mythen zu begegnen. Iulian Groza, Direktor von IPRE, betonte die EU sollte vor allem mit Hilfe der reformwilligen Zivilgesellschaft bessere und koordinierte Kommunikationsstrategien entwickeln.

Nachdem in einer kurzen Pause zwei Videos (Erfolgreiche Geschichte "Wir und die EU". Ina Negrua, Unternehmerin aus Orhei; Die Erfolgsgeschichte von Grigory Kiss) zur erfolgreichen EU-Förderung lokaler Projekte gezeigt wurden, widmete sich das zweite Panel den konkreten Wahrnehmungen der Bevölkerung auf lokaler Ebene bezüglich der EU-Moldau Beziehungen.

Die Bürgermeister Anatolii Topal (Ceadir-Lunga) und Constantin Cojocaru (Edinet) betonten die Bedeutung der EU-Unterstützung im Bereich der Landwirtschaft, Umwelt und Infrastruktur, die zu einer Anhebung des Lebensstandards in ländlichen Regionen Moldaus geführt habe. In Bezug auf die Wahrnehmung dieses Zusammenhangs innerhalb der Bevölkerung wurde resümiert, dass immer mehr Menschen Projekte mit der EU verbinden würden, dies jedoch stark von der Kommunikation, Transparenz und Erfolg dieser abhingen. Die durch das Projekt initiierten Fakt-Checks sowie Videos zu Erfolgsgeschichten stellten dabei einen wichtigen Beitrag dar, so IPIS Direktor Vadim Pristrinciuc. Zudem solle die administrative Verwaltungsstruktur sowie die Verteilung der EU-Hilfen weiter dezentralisiert werden.

Die Herausforderung für die Zukunft bestünde weiterhin darin, die für viele Bürger:innen oft komplexen Sachverhalte der erforderlichen Reformprozesse und Zugänglichkeit zu Projektförderung leichter verständlich zu machen, sodass sich alle gesellschaftlichen Kräfte in den Prozess der EU-Annäherung besser integriert fühlten.

Beide Panels wurden mit jeweils einer Frage & Antwortrunde abgeschlossen. Insgesamt stießen die Diskussionen der Abschlusskonferenz auf eine sehr hohe öffentliche Resonanz, was die Relevanz der Thematik untermauert.

# CIVIC SCHOOL FOR SOUND EU PRACTICE (CISEP) IN UKRAINE

**Wo:** Tschernihiw / Dnipro / Kiew / Lwiw / Odessa, Ukraine

**Wer:** Vertreter:innen der Zivilgesellschaft in der Ukraine

Die Civic School for Sound EU Practice (CiSEP) ist ein Trainingsprogramm für aktive Changemaker aus der ukrainischen Zivilgesellschaft. CiSEP schafft ein Expert:innennetzwerk zu Fragen des EU-Assoziierungsabkommens mit dem Ziel die Europäische Integration der Ukraine zu stärken.

CiSEP vermittelt Fähigkeiten und Wissen zum EU-Ukraine Assoziierungsabkommen und zur Tiefen und Umfassenden Freihandelszone (AA/DCFTA). Das Programm besteht aus drei Trainingsstufen:

CiSEP.eu
Civic School for
Sound EU Practice

**Level A: AA/DCFTA Grundlagen**

Vermittlung von Grundlagen-Kenntnissen zum institutionellen Aufbau der EU sowie zum Assoziierungsabkommen mit der Ukraine; Anwendung von AA/DCFTA Monitoring- und Kommunikations-Instrumenten

Zeitraum: Juli 2017 — Oktober 2017

Cluster: Tschernihiw, Dnipro, Lwiw

Teilnehmer:innen: 25 Fellows pro Cluster

**Level B: AA/DCFTA Vertiefung**

Vertiefungs-Programm zu ausgewählten AA/DCFTA-Kapiteln für spezialisierte Organisationen der Zivilgesellschaft, bspw. in den Bereichen Handel und nachhaltige Entwicklung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz, geistiges Eigentum, Transparenz

Zeitraum: Oktober 2017 – Juni 2019

Cluster: Tschernihiw, Dnipro, Lwiw, Odessa

Teilnehmer:innen: 20 Fellows pro Cluster

**Level C: Training-The-Trainers-Programm**

Ausbildung von Trainer:innen zu EU- und Assoziierungs-Themen.

Zeitraum: Januar 2018 – Juni 2019

Clusters: Tschernihiw, Lwiw, Odessa, Dnipro

Teilnehmer:innen: 25 Fellows pro Cluster

Die Trainings werden vom IEP in Kooperation mit Expert:innen aus den Verwaltungen und der Zivilgesellschaft von EU-Mitgliedsstaaten, EU-Kandidatenländern und aus der Ukraine durchgeführt. Das langfristig angelegte Projekt schafft ein nachhaltiges zivilgesellschaftliches Netzwerk zur Stärkung der EU-Assoziierung der Ukraine.

CiSEP wurde vom Institut für Europäische Politik (Berlin) organisiert und in Zusammenarbeit mit der Polissya Foundation for International and Regional Studies (Tschernihiw), dem Civil Network OPORA (Lwiw), der Odessa Regional Organization of All-Ukrainian NGO “Committee of Voters of Ukraine” (Odessa) sowie der NGO “Public Chamber of Ukraine” umgesetzt. Die Projektfinanzierung erfolgte durch das Auswärtige Amt.

**Laufzeit**

September 2015 – Juli 2020

**Team**

- Katrin Böttger
- Martin Stein
- Anita Rohner
- Laila Allemand
- Marina Lechleider
- Laura Christoph
- Alexander Scheithauer

**Partner**

Auswärtiges Amt

## 20 Trainer:innen erfolgreich zur EU-Assoziierung ausgebildet

Ende Februar war es soweit! 20 engagierte Personen aus der ukrainischen Zivilgesellschaft hielten stolz ihre Zertifikate als Trainer:innen zum EU-Assoziierungsabkommen in den Händen. Im Rahmen der Civic

School for Sound EU Practice (CiSEP) profitierten sie von einer halbjährigen Train-The-Trainer-Ausbildung zum EU-Assoziierungsabkommen der Ukraine. Dies beinhaltete die aktive Teilnahme an vier dreitägigen Workshops in Tschernihiw und Dnipro. Während diesen Trainingstagen eigneten sie sich tiefgreifendes Wissen über den EU-Assoziierungsprozess der Ukraine an. Gleichzeitig stärkten sie ihre praktischen Trainerfähigkeiten, um zukünftig selbst als Multiplikator:innen interaktive Trainings zum EU-Assoziierungsabkommen zu implementieren.

CiSEP legte großen Wert darauf, die Trainingsreihe möglichst interaktiv zu gestalten und so den Lerneffekt bei den Teilnehmenden zu optimieren. Inhaltlich waren die Workshops einerseits darauf ausgerichtet, das Wissen zum EU-Assoziierungsprozess zu vertiefen. Andererseits lernten die zukünftigen Trainer:innen, sinnvolle Methoden und Ablaufpläne samt passender Materialien für ihre Trainings zu erarbeiten. Ihre Fähigkeiten in der visuellen Darstellung und Präsentation von Trainingsinhalten wurden gestärkt. Im letzten Workshop wurde außerdem ein Fokus darauf gelegt, den Teilnehmenden wertvolle Methoden zur Evaluation ihrer Trainings mit auf den Weg zu geben.

Ende Februar legten 20 Teilnehmer:innen ihre Prüfungen zu EU-Assoziierunsgtrainer:innen erfolgreich ab. Neben der aktiven Workshop-Teilnahme und der regelmäßigen Einreichung von Hausaufgaben war das ein wichtiges Kriterium, um das Trainer:innenzertifikat zu erhalten. CiSEP sowie die Teilnehmer:innen fühlten sich geehrt, dass der deutsche Generalkonsul in Donezk (Dienstsitz Dnipro), Stefan Keil, bei der Zertifikatsverleihung anwesend war.

Zusätzlich zur Durchführung der Workshops unterstützte CiSEP die Teilnehmenden mithilfe von Konsultationen bei der Entwicklung ihrer eigenen Trainings. Teil des Trainingsprogramms war es nämlich auch, dass jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer bis Ende März einen ersten selbst konzipierten Workshop im Rahmen des Assoziierungsabkommens implementiert. Thematisch vermitteln einige dieser Trainings die Grundlagen des Assoziierungsabkommens, wohingegen sich andere auf spezifische Kapitel des Abkommens fokussieren. Auch die Zielgruppen der Workshops sind vielfältig und reichen von Studierenden, Unternehmer:innen bis hin zu Journalist:innen.

Von den Teilnehmenden wird zukünftig erwartet, dass sie ihr erlerntes Wissen und ihre Trainerfähigkeiten in ihre Regionen tragen und anwenden. Konkret werden sie von nun an mittels eigens entwickelter Trainings weitere Ukrainer:innen zu diversen Themen rund ums EU-Assoziierungsabkommen sensibilisieren. Damit werden sie einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung der Bevölkerung im Bereich der europäischen Integration leisten.

## Green Economy – Trend oder Notwendigkeit?

Expert:innen diskutierten die Entwicklung einer nachhaltigen Wirtschaft in der Westukraine bei einem virtuellen runden Tisch von CiSEP. Bedrohungen durch die globale Klimaerwärmung und Umweltzerstörung standen in den letzten Jahren im Vordergrund der globalen Entwicklung. Es ist offensichtlich, dass diese Probleme auch die politische Agenda in der Ukraine in den nächsten 10 Jahren beeinflussen werden – mit Betonung auf der Notwendigkeit natürliche Ökosysteme schrittweise wiederherzustellen, der Einhaltung der Prinzipien der ökonomischen Effizienz, sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung. Die Frage, wie man globalen Herausforderungen auf der lokalen Ebene begegnen kann, wurde während zwei CiSEP Online-Veranstaltungen am 13. und 14. Mai 2020 diskutiert.

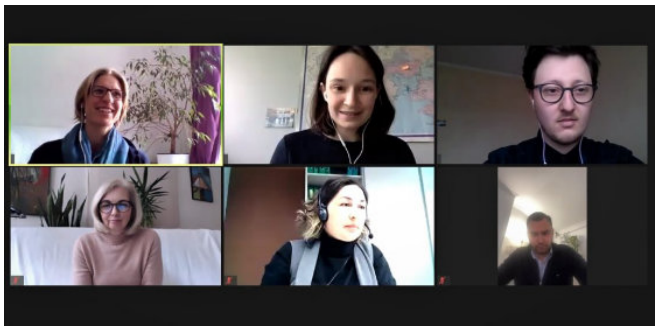
Der Runde Tisch mit Expert:innen zum Thema „Entwicklung einer grünen Wirtschaft in der Westukraine“ fand am 13. Mai 2020 statt. Über 20 Vertreter:innen des öffentlichen Sektors, von Universitäten, der Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung fanden sich bei dem Zoom-Meeting ein. Während des ersten Teils der zweiteiligen Veranstaltung hatten die Teilnehmer:innen die Möglichkeit sich mit den Präsentationen der geladenen Expert:innen vertraut zu machen. Diese waren Olexander Sushchenko (Center for Social Value Research), Natalia Andrusevich (Resource and Analytical Center „Society and Environment“), Olga Melnyk (Economic Development Agency „PPV Knowledge Networks“) und Victoria Dovzhyk (Beraterin des Bürgermeisters Abgeordnete im Stadtrat von Lwiw). Während des zweiten Teils der Veranstaltung hatten alle Teilnehmer:innen die Gelegenheit sich darüber auszutauschen wie „grün“ die Wirtschaft in der Stadt und Region Lwiw heutzutage ist und welche Herausforderungen und Möglichkeiten es im Bereich der Entwicklung von lokaler Wirtschaft als Antwort auf den Klimawandel gibt.

Die Veranstaltung „CLIMATE TALKS: About the green economy for a planet under pressure“, die am 14. Mai 2020 stattfand, war die logische Fortsetzung sowohl des Runden Tisches zu einem thematischen Schwerpunkt des CiSEP Netzwerks. Der Event wurde von der regionalen CiSEP Partnerorganisation OPORA Lviv in Kooperation mit PLATO NGO organisiert. Die Veranstaltung im Format einer Online-Diskussion auf der Plattform Zoom bot eine sehr gute Möglichkeit, Einblicke in die Arbeit der Referent:innen Oleksandr Sushchenko – Leiter des „Center for Social Value Research“ und Wissenschaftler am „Helmholtz Center for Environmental Research“, Oleksiy Karnaushenko – Direktor von „GreenEra“, einem ukrainischen Abfallwirtschaftsunternehmens,

Daria Yaremchuk – Eigentümerin des vegetarischen Cafés „Green“ und Iryna Gavrychenko – Umweltinge-

nieurin bei der Firma „Enzyme“, zu erhalten. Während der Debatte teilten die Vertreter:innen und Eigentümer:innen der lokalen Unternehmen ihre Beobachtungen im Zusammenhang mit dem Wandel von wertorientierter Führung in Unternehmen, ihre Erfahrungen bei der Umsetzung der Prinzipien einer Kreislaufwirtschaft, erhöhter Herstellerverantwortung und Nachfrage bei den Verbraucher:innen sowie persönliche Erfolge, aber auch Frustration bei dem Versuch ihren ökologischen Fußabdruck zu verkleinern.

Beide Veranstaltungen waren Teil einer Reihe von Aktivitäten mit dem Ziel regionale Herausforderungen bei der Implementierung des AA/DCFTA unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft zu beleuchten.



## Ukraine: Interaktive Gesprächsrunden zum Dialogaufbau abgeschlossen

Im Rahmen des Projektes Civic School for Sound EU Practice (CiSEP) fanden zwischen Dezember 2019 und Mai 2020 vier interaktive Gesprächsrunden in der Ukraine statt, die jeweils ein für die regionale Ebene im Bereich EU-Assoziierung relevantes Thema abdeckten: Lebensmittelsicherheit, Abfallwirtschaft, Green Economy und Innovationsförderung. Die Veranstaltungen fördern den Dialog und die Zusammenarbeit zwischen der ukrainischen Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und der öffentlichen Verwaltung, beziehen aber auch die interessierte Öffentlichkeit mit ein. Die Veranstaltungen beinhalteten jeweils ein Seminar sowie eine öffentliche Podiumsdiskussion. Die Gespräche zur Süd- und Nordukraine wurden vor Ort durchgeführt, wohingegen die beiden zur West- und Ostukraine aufgrund der Covid-19 Pandemie digital stattfanden.

Der erste der vier Runden Tische fand in Odessa statt und beschäftigte sich mit der Einführung einer flächendeckenden Lebensmittelkontrolle nach einheitlichen internationalen Standards in der Südukraine. Dabei war die Frage zentral, ob der Staat oder die Wirtschaft die Verantwortlichkeit für die Lebensmittelkontrollen übernehmen sollte.

Der zweite Runde Tisch stellte die nachhaltige regionale Entwicklung und Abfallwirtschaft in der Nordukraine in den Fokus. Dabei konnten die Seminarteilnehmenden am Morgen einen praktischen Einblick in die Abfallvermeidungs- und Recyclingstrategien eines lokalen Unternehmens gewinnen, wohingegen sich der Nachmittag auf informelle Austausche in kleinen Gruppen zu zentralen Problemstellungen und möglichen Lösungsansätzen für das Jahr 2020 konzentrierte. Dabei wurde betont, wie wichtig die Ausarbeitung effektiver regionaler Umsetzungspläne zur Abfallwirtschaft sein wird.

Der dritte Runde Tisch war auf Ansätze der Green Economy in der Westukraine (Lwiw) ausgerichtet und fand digital statt. Als fachliche Expert:innen waren Vertreter:innen aus Wissenschaft, Politik sowie von lokalen Betrieben mit nachhaltigen Erfolgskonzepten eingeladen.

Im Mai 2020 fand zum Thema Innovations- und Exportförderung in der Ostukraine (Dnipro) der vierte Runde Tisch ebenfalls digital statt. Neben akademischen Fachexpert:innen war auch ein lokaler Unternehmer aus Kamianske bereit, seine Erfahrungen im Bereich Export und Innovation mit den Zuhörern zu teilen. Die Veranstaltung trug dazu bei, mit Mythen im Bereich Exportwirtschaft und Innovation aufzuräumen.

Die Civic School for Sound EU Practice (CiSEP) ist ein Trainingsprogramm für aktive Bürger:innen und Veränderungswillige aus der Ukraine. CiSEP schafft ein ukraineweites Netzwerk aus Spezialist:innen zu Fragen des EU-Ukraine-Assoziierungsabkommens mit dem Ziel, die europäische Integration der Ukraine zu stärken.

Die Veranstaltungsreihe erfolgte in Zusammenarbeit mit unseren lokalen Partnern Odessa Regional Agency for Reconstruction and Development (Odessa), Polissya Foundation for International and Regional Studies (Tschernihiw), Civil Network Opora (Lviv), und der NGO “Public Chamber of Ukraine“ (Dnipro).

## CiSEP Online Konferenz 2020

Die diesjährige CiSEP Konferenz unter dem Titel „Shaping It Together: Our Future, Our Community, Our Responsibility“ fand vom 22. bis zum 25. Juni 2020 aufgrund der Entwicklungen im Zusammenhang mit COVID-19 virtuell statt. Das groß angelegte Event markierte gleichermaßen den Abschluss des seit September 2015 laufenden Trainingsprogrammes für aktive Bürger:innen rund um die Implementierung des AA/DCFTA in der Ukraine wie die Geburtsstunde eines eigenständigen Netzwerks, das in Zukunft unter dem Namen „Civic Initiative for Sound EU Practice“ weiterhin die EU Integration des Landes forcieren wird.

Das viertägige Programm für die Alumni der Trainingsreihen begann mit einem öffentlichen Teil, zu dem auch Botschafter:innen, Vertreter:innen ukrainischer NGOs und Journalist:innen geladen waren. Nach ei-

nem von IEP Projektmanager:innen und den ukrainischen Projektpartner:innen gemeinsam gestalteten Rückblick auf die Anfänge, die Entwicklung und bisherigen Erfolge des Projekts, kamen drei CiSEP Fellows zu Wort. Sie nahmen jeweils Bezug auf ihre persönlichen Erfahrungen mit zivilgesellschaftlicher Arbeit in der Ukraine und sprachen über die Herausforderungen, aber auch Chancen der EU Integration auf regionaler Ebene sowie dem eigenen Beitrag zu positiver Veränderung. Von der lokalen Perspektive ging es über zu einer Podiumsdiskussion, während der die europäische Sicht auf den Assoziierungsprozess der Ukraine zum Ausdruck kam.

Anka Feldhusen, deutsche Botschafterin in der Kiew, Stefan Schleuning von der EU Delegation für die Ukraine und Marina Nelina vom Government Office for the Coordination of European and Euro-Atlantic Integration of Ukraine ließen das Publikum an ihrer Einschätzung der aktuellen Situation teilhaben und beantworteten dessen Fragen. Der Fokus lag auf dem Umgang des Landes mit der COVID-19 Pandemie und den potentiellen Auswirkungen auf den Fortschritt des Assoziierungsprozesses, dem Stand der Reformen und dem Gewicht der Zivilgesellschaft bei der Kommunikation von Erfolgsgeschichten. Moderiert wurde die Diskussion von IEP Direktorin Katrin Böttger.

Der zweite Tag der Konferenz stand ganz im Zeichen der Netzwerkentwicklung. Die Alumni tauschten sich über den aktuellen Stand, die Kompetenzen aber vor allem die Zukunft des Netzwerks aus. Nach einer ergebnisreichen Debatte wurden das Statut und die strategischen Ziele einstimmig angenommen. Zudem wurden die Mitglieder einer vorläufigen Initiativgruppe gewählt, die in den kommenden Monaten die ersten Schritte für die erfolgreiche gemeinsame Umsetzung der bereits sehr konkreten Projektideen einleiten wird.

Die „Civic Initiative for Sound EU Practice“ versteht sich fortan als die Stimme der ukrainischen Zivilgesellschaft im Zusammenhang mit der erfolgreichen Implementierung des Assoziierungs- und Freihandelsabkommens in den Regionen.

Am dritten und vierten Tag konnten die Teilnehmer:innen der Konferenz je nach individuellem Interesse zwischen insgesamt 22 teilweise parallel stattfindenden Workshops wählen. Thematisch bewegten sich die Kurse zwischen EU-Assoziierung, Netzwerk- und Projektentwicklung, dem Ausbau von Kompetenzen und Erfahrungsaustausch. Angeboten wurden Workshops zur Digitalwirtschaft oder Rechten am geistigen Eigentum in den Ländern der östlichen Partnerschaft, EU Lebensmittelpolitik und Verbraucherschutz, Umweltschutz und der Relevanz von Datenschutz für zivilgesellschaftliche Organisationen. Im Bereich der Kompetenzentwicklung fanden unter anderem Seminare zu erfolgreichem Projektmanagement, Monitoring auf der lokalen Ebene, Awareness raising, Online-Moderation und dem Einsatz von Social Media statt. Darüber hinaus gab es eine Projektwerkstatt, einen runden Tisch zum Austausch über die aktuelle politische Lage in der Ukraine und einen Workshop rund um die EU für Jugendliche.

Den Abschluss der Konferenz bildete ein “Project Development Speedrun“, bei dem die Teilnehmer:innen in kurzer Zeit eine Ausschreibung für ihr eigenes Netzwerk erarbeiten sollten. Heraus kamen viele spannende Ideen! Außerdem wurden die Gewinner:innen des bereits am zweiten Tag angekündigten Fotowettbewerbs gekürt. Aufgabe war es, im Rahmen einer Gruppenarbeit ein drängendes Problem in der eigenen Region sowie einen möglichen Lösungsansatz und eine Zukunftsvision bildlich auszudrücken. Während der Schlusszeremonie reflektierten die IEP-Projektmanager:innen die ereignisreichen Konferenztage, bedankten sich bei allen Beitragenden und verabschiedeten das nun eigenständige CiSEP Netzwerk mit den besten Wünschen für die Zukunft und eine starke ukrainische Zivilgesellschaft!

## CiSEP steht jetzt für „Civic Initiative for Sound EU Practice“

CiSEP wurde umbenannt und steht seit August 2020 für „Civic Initiative for Sound EU Practice“. Der neue Name bezeichnet ein Netzwerk von CiSEP Alumni, die in den letzten fünf Jahren das Trainingsprogramm für aktive, ukrainische Bürger:innen rund um den EU-Assoziierungsprozess durchlaufen haben und unter neuem Namen auch in Zukunft ihre Kompetenzen bündeln und die Potenziale der Zusammenarbeit für die weitere EU Integration des Landes und ihrer Regionen nutzen wollen.

Während das CiSEP Projekt sich dem Ende neigte, arbeiteten die Teilnehmer:innen der Workshops für Netzwerk- und Organisationsentwicklung fleißig weiter an der Formalisierung ihres Netzwerks. Die im Juni 2020 stattgefundene Abschlusskonferenz „Shaping It Together: Our Future, Our Community, Our Responsibility“ markierte den Höhepunkt des bisherigen Prozesses. Die viertägige Veranstaltung bot den nötigen Rahmen, um aktiv und effizient über die Zukunft des Netzwerks nachzudenken. Mit Erfolg, denn das Statut und die strategischen Ziele wurden einstimmig von den Teilnehmer:innen angenommen! Darüber hinaus

wurden die Mitglieder einer vorläufigen Initiativgruppe gewählt, die in den kommenden Monaten die ersten administrativen Schritte einleiten und delegieren wird.

Bis zur offiziellen Geburtsstunde des Netzwerks war es ein arbeitsintensiver Weg. Während bei den ersten beiden Treffen grundsätzliche Fragen zur Motivation und die Theorie der Netzwerkentwicklung im Vordergrund standen, war der dritte Workshop sehr outputorientiert – erste Entwürfe der Vision und Mission und der Netzwerkstruktur wurden erarbeitet, Zielgruppen analysiert sowie über Produkte und Dienstleitungen des Netzwerks nachgedacht. Goran Bubalo, Direktor des „Network for Building Peace“ in Sarajevo, begleitete als Experte den Workshop und teilte mit den Teilnehmer:innen seinen reichen Erfahrungsschatz aus über 20 Jahren Netzwerkentwicklung im Westbalkan.

Unterbrochen wurde der Prozess durch den Ausbruch der COVID-19-Pandemie, dann jedoch nach der erfolgreichen Umstellung auf das Online-Format Anfang Mai 2020 wieder aufgenommen. In rund 20 Online-Workshops erarbeiteten die Teilnehmer:innen einen strategischen Plan 2020–2022. Grundsatzfragen, wie etwa nach der formalen Organisation und Struktur oder der Registrierung des Netzwerks, tauchten währenddessen immer wieder auf und mussten neu ausgehandelt werden. Während der Online-Treffen wurde auch die Notwendigkeit einer Stakeholder-Analyse offensichtlich, in deren Anschluss wieder Anpassungen nötig wurden. Netzwerkentwicklung ist ein langwieriger Prozess, der auch nach der erfolgreichen Abstimmung über die Gründungsdokumente nicht abgeschlossen ist. In den kommenden virtuellen Sitzungen wird es vor allem um Fundraising sowie interne und externe Kommunikation gehen. Unabhängig von Projektmitteln, müssen auch nach Ende des CiSEP Projektes bestimmte administrative Strukturen bestehen bleiben und finanziert werden. Gleichzeitig muss das Netzwerk sich durch wirksame Kommunikation als die Stimme der ukrainischen Zivilgesellschaft zu Fragen der EU-Assoziierung der Ukraine Gehör verschaffen. Die Frage nach der Nachhaltigkeit des Netzwerks ist dabei die dringendste, um geplante Aktivitäten erfolgreich implementieren und den Prozess der EU-Assoziierung der Ukraine als Zivilgesellschaft begleiten und mitgestalten zu können.

# BERLIN POLICY HUB
## Europeanization beyond process

Die Europeanization beyond process-Initiative zielt darauf ab, eine Brücke zwischen den Europäisierungsdiskursen in den EU-Mitgliedsstaaten und in den östlichen Nachbarstaaten zu schlagen. Hierfür werden Think Tanks aus den Ländern der Östlichen Partnerschaft mit Forschungseinrichtungen und Entscheidungsträger:innen aus verschiedenen EU-Mitgliedstaaten vernetzt.

Im Rahmen dieser Initiative ist das IEP als Policy Hub in Berlin die erste Anlaufstelle, Partnerorganisation und „Türöffner“ für Think Tanks aus Georgien, Moldau und der Ukraine, die ihr Netzwerk um deutsche Partner:innen und Wissenschaftler:innen erweitern wollen. Der Policy Hub dient zudem als Beratungszentrum für Fortbildung und Wissenstransfer und betreut die osteuropäischen Partnerorganisationen bei ihrer wissenschaftlichen Arbeit und der Präsentation der Forschungsergebnisse vor deutschem Publikum.

Der Berlin Policy Hub ist Teil der von der Open Society Foundations unterstützten Initiative „Europeanization beyond process“ und zielt darauf ab, den Austausch zwischen osteuropäischen Think-Tanks und ihren deutschen Pendants zu intensivieren und neue Formen der Kooperation zu ermöglichen. Im Rahmen des Projekts erhalten Wissenschaftler:innen aus Georgien, Moldau und der Ukraine die Möglichkeit, ihre Expertise und Forschungsergebnisse einem deutschen Publikum vorzustellen, um gleichzeitig ein besseres Verständnis für den Diskurs innerhalb Deutschlands zu diesen Themen zu erhalten.

**Eastern European Insights-Reihe**

Die „Eastern European Insights“-Reihe ist Teil des Berlin Policy Hub-Projekts. Unsere Partner-Think-Tanks aus Georgien, Moldau und der Ukraine nehmen darin Stellung zu aktuellen Themen in ihren Heimatländern und Regionen und beleuchten die Hintergründe wichtiger politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ereignisse.

Diese Beiträge geben den Leser:innen detaillierte Einblicke in die Entwicklungen in den Ländern der Östlichen Partnerschaft und bieten eine kritische Einordnung der Ereignisse durch lokale Expert:innen. Die inneneuropäische Debatte über den Umgang mit den EU-Nachbarstaaten wird so durch Stimmen aus den betroffenen Ländern bereichert.

**Laufzeit:**

Januar 2018 bis August 2020

**Team**

- Katrin Böttger

- Dominic Maugeais
- Stefanie Rasche
- Louise Koch

**Projektpartner**

## „Update on Ukraine“ – Paneldiskussion zu den Reformen der neuen Regierung im Bereich Wirtschaft, Justiz und Anti-Korruption

Die neu gewählte ukrainische Regierung hat eine Reihe groß angelegter Reformen eingeleitet, um die wirtschaftliche Entwicklung zu fördern und die ausländischen Direktinvestitionen zu erhöhen. Gleichzeitig umfasst die ehrgeizige Reformagenda auch neue Anstrengungen bei der Bekämpfung der Korruption und der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der Ukraine, da diese entscheidend sind, um ausländische Investoren anzuziehen und ein positives Geschäftsumfeld zu schaffen.

Am 30. Januar 2020 organisierte der Berlin Policy Hub des Instituts für Europäische Politik eine Podiumsdiskussion, um die ehrgeizige Reformagenda der neuen ukrainischen Regierung in den Bereichen Wirtschaftsentwicklung, Justiz und Korruptionsbekämpfung zu bewerten. Drei ukrainische Expert:innen waren eingeladen, um ihre Erkenntnisse zu präsentieren: Hlib Vyshlinsky, Geschäftsführer des wirtschaftlichen Think-Tanks Centre for Economic Strategy (CES), Iryna Shyba, Geschäftsführerin der DEJURE Foundation, einem Think-Tank, der sich auf die Förderung der Rechtsstaatlichkeit konzentriert, sowie Oleksandr Liemienov, der Gründer der Anti-Korruptions-NGO StateWatch. Die Diskussion wurde von rund 25 Teilnehmer:innen aus Forschungseinrichtungen, Wirtschaft, Politik und Medien verfolgt.

Bei der Bewertung des Zustands der ukrainischen Wirtschaft im Jahr 2020 wurde die Wiederherstellung der makroökonomischen Stabilität mit einem relativ geringen Haushaltsdefizit und einer niedrigeren Inflation positiv hervorgehoben. Darüber hinaus wurde die liberale Wirtschaftsagenda der neuen Regierung einschließlich der Privatisierung staatlicher Unternehmen, der Reform des Arbeitsgesetzes und die Pläne zur Öffnung des Agrarmarktes als eine Gelegenheit zur Förderung des Wirtschaftswachstums und der Investitionen beschrieben. Gleichzeitig stellen der Einfluss oligarchischer Interessen und eine noch immer recht schwache Rechtsstaatlichkeit große Risiken für eine stabile und prosperierende Wirtschaft der Ukraine dar.

Die Reformen im Justizwesen, insbesondere der Versuch, die Justiz von korrupten Richter:innen zu befreien und den Überprüfungsprozess zu ändern, wurden als grundsätzlich positives Zeichen beschrieben. Allerdings bestehen weiterhin Mängel, da die Reformen eine verstärkte politische Kontrolle über das Justizwesen ermöglichen könnten. Im Rahmen der Korruptionsbekämpfung gab es einige Erfolge in Bezug auf hochkarätige Fälle. Das Nationale Anti-Korruptionsbüro der Ukraine (NABU) genießt nach wie vor einen guten Ruf. Was jedoch noch fehlt, ist eine umfassende Reform der Nationalen Polizei.

Die Tatsache, dass die neue Regierung offener für Ratschläge und Fachwissen aus der Zivilgesellschaft ist, wurde betont. Es wurde jedoch auch festgestellt, dass die Geschwindigkeit, mit der Gesetze entworfen werden, oft zu einer verminderten Fähigkeit führt, Gesetze vor ihrer Verabschiedung kritisch zu überwachen und zu beurteilen. Die Diskussionsrunde kam zu dem

Schluss, dass es Grund zu vorsichtigem Optimismus hinsichtlich der neuen Regierung und ihrer Reformagenda gebe, dass jedoch einige Zweifel bestehen blieben und eine ständige Überwachung sowohl durch die ukrainische Zivilgesellschaft als auch durch internationale Partner:innen erforderlich sei.

## Neue Regierung, alte Herausforderungen — Politische und wirtschaftliche Aussichten für Moldau im Jahr 2020

Am 12. Februar 2020 organisierte der Berlin Policy Hub des Instituts für Europäische Politik (IEP) ein Round-Table-Gespräch über die politischen und wirtschaftlichen Aussichten für Moldau im Jahr 2020 sowie über die Herausforderungen, denen sich die neue moldauische Regierung gegenübersieht. Drei moldauische Expert:innen waren eingeladen, um ihre Expertise zu teilen: Iulian Groza, Exekutivdirektor, Institute for European Policies and Reforms (IPRE), Adrian Lupuşor, Exekutivdirektor, Expert-Grup sowie Stanislav Ghiletchi, stellvertretender Exekutivdirektor Institute for European Policies and Reforms (IPRE). Ergänzt wurden die Expert:innenbeiträge durch einen Kommentar von Dr. Tobias Tunkel, Abteilungsleiter für Russland, Belarus, Moldau, GUS; EU-Außenbeziehungen zu Osteuropa, Südkaukasus, Zentralasien einschließlich der Östlichen Partnerschaft und der Schwarzmeerkooperation im Auswärtigen Amt.

Nach einleitenden Worten von Dr. Funda Tekin, Direktorin am IEP, wurde der Boden für eine anregende Diskussion bereitet, die von unserer Kollegin Dr. Cristina Gherasimov, Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Robert-Bosch-Zentrum für Mittel- und Osteuropa, Russland und Zentralasien der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP), moderiert wurde.

**Wo steht Moldau im Hinblick auf seine Good Governance Reformen?**

Nach der Auflösung der taktischen Koalition zwischen dem ACUM-Bündnis und der Sozialistischen Partei im November 2019 wegen des Ernennungsverfahrens für den Generalstaatsanwalt wurde von der Sozialistischen Partei eine neue „technokratische" Regierung eingesetzt. Nach den ersten 90 Tagen der Regierung herrscht die allgemeine Auffassung vor, dass die unter der Vorgängerregierung eingeleiteten Reformprozesse nicht im gleichen Tempo weitergeführt oder gar auf Eis gelegt werden. Die moldauische Regierung erklärt, eine „neue, ausgewogene Außenpolitik" zu verfolgen, ein Narrativ, dass der Präsident der Republik Moldau, Igor Dodon, fördert. Dieser Ansatz würde ein ausgewogeneres Verhältnis zwischen der Republik Moldau und der Europäischen Union sowie mit Russland bedeuten. Tatsächlich könnten diese Beziehungen jedoch als eher unausgeglichen betrachtet werden, da sich die neue Regierung viel stärker auf Moskau als auf Brüssel ausgerichtet zu sein haben scheint. Die moldauische Regierung erklärt jedoch, dass sie die Umsetzung des Assoziierungsabkommens weiter vorantreiben wird. Nach Ansicht der Expert:innen aus Moldau folgen auf diese Erklärungen jedoch noch keine konkreten Maßnahmen. Im Rahmen der Reform des Justizsektors sei eine Rückverlagerung zu einem überwiegend internen Reformprozess zu beobachten. Dieser wird ohne die ursprünglich vorgesehene Unterstützung durch externe Expert:innen durchgeführt, welche die Leistung von Richter:innen und Staatsanwält:innen bewerten würden. Die mangelnde Transparenz des Prozesses der internen Evaluation birgt die Gefahr, dass politische Interessen diesen Prozess beeinflussen. Die Zusammenarbeit mit der Venedig-Kommission des Europarats sollte verbessert werden, einschließlich eines besseren Ex-ante-Konsultationsprozesses zu den Gesetzesinitiativen im Justizbereich. Eines der größten Probleme sei die zunehmende Machtkonzentration um den Präsidenten, eine Tatsache die im Widerspruch zu den Verfassungsbestimmungen steht, die dem Präsidenten repräsentative Funktionen zuschreibt. Da sich die moldauische Regierung hauptsächlich aus ehemaligen Berater:innen des Präsidenten zusammensetzt, scheinen sie geneigt zu sein den von ihm gesetzten Prioritäten zu folgen.

**Was sind die wichtigsten wirtschaftlichen Herausforderungen für das Jahr 2020?**

Was die wirtschaftlichen Herausforderungen betrifft, so befürchten die Redner:innen, dass sich die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen im Jahr 2020 verschlechtern werden. Die fiskalischen Aspekte, die sich 2019 als vorteilhaft erwiesen hatten, werden im Jahr 2020 nicht anhalten. Das geschätzte Haushaltsdefizit von 3,4% des BIP könne als vergleichsweise hoch angesehen werden. Die Exporte in die EU gingen zurück und der Migrationsdruck steige. Es bestehen Risiken im Zusammenhang mit den Bestrebungen, die Bedingungen des IWF-Abkommens neu zu verhandeln sowie in Bezug auf die geplante Ausgabe von Eurobonds. Die Unabhängigkeit der Zentralbank ist durch die Ideen des Präsidenten und der Regierung bedroht, die Gewinne der Zentralbank zur Reduzierung der Schuldenlast aus dem "Milliarden-Dollar-Diebstahl" zu verwenden. Auch andere Mittel der Haushaltskonsolidierung, wie z.B. Privatisierungsprozesse, sind mit ernsthaften Risiken der politischen Ausbeutung vor den Präsidentschaftswahlen verbunden.

**Die deutsche Sicht auf die Herausforderungen und Perspektiven für das Jahr 2020**

Es wurde betont, dass die neue moldauische Regierung nicht an ihren Erklärungen, sondern an ihren Taten gemessen werden würde. Die Erwartungen innerhalb der Europäischen Union seien klar: Was die Fortsetzung der Reformprozesse betrifft, wird weiterhin das Prinzip "mehr für mehr" und "weniger für weniger" angewandt. Es werde erwartet, dass die moldauische Regierung im Bereich der Justizreform auch

in Zukunft mit der Venedig-Kommission des Europarates zusammenarbeite. Insgesamt leiteten die folgenden drei “Cs” die deutsche und europäische Unterstützungspolitik gegenüber der Republik Moldau: 1. Conditionality, 2. Civil Society, 3. Communication.

In der abschließenden Diskussion wurde betont, dass es mittelfristig zu einer Formalisierung der derzeit noch informellen Koalition mit der Demokratischen Partei kommen könnte, die mit einer Umbildung der derzeitigen Regierung einhergehen würde. Ein weiterer wichtiger Prüfstein für die Republik Moldau werden die Präsidentschaftswahlen im November 2020 sein, für die derzeit Igor Dodon und Maia Sandu die populärsten möglichen Kandidaten sind.

## Virtuelle Abschlusswoche

Vom 21. bis 23. Juli 2020 fand im Rahmen des Berlin Policy Hubs eine virtuelle Abschlusswoche für unsere 7 Partnerorganisationen aus Georgien (3), Moldau (2) und der Ukraine (2) statt. Neben Trainingsangeboten gab es während der drei Tage die Gelegenheit zum Austausch, Netzwerken und zur rückblickenden Evaluierung.

Am ersten Tag fanden zwei virtuelle Trainingssessions mit Marius Moehler von der Führungskräfte Akademie LEAD statt, in der Strategien vermittelt wurden, wie COVID-19 induzierte Herausforderungen für das Führen von Organisationen bewältigt werden können. Die Direktor:innen der Think Tanks wurden hier zum Thema dezentrales Management von Teams gecoacht, und lernten neue Methoden kennen, mit denen virtuelle Meetings interaktiv und effektiv gestaltet werden können.Am zweiten Tag fand ein virtueller Austausch mit dem Sonderbeauftragten für die Östliche Partner-

schaft des Auswärtigen Amtes, Hans-Jürgen Heimsoeth statt, bei dem die Prioritäten für die Östlichen Partnerschaft unter der deutschen EU Ratspräsidentschaft erörtert wurden. Hierbei kam es zu einem intensiven Austausch, auch hinsichtlich der Frage wie sich die Partnerorganisationen an den geplanten Veranstaltungen beteiligen können. Der Austausch konnte als Fortsetzung des im Rahmen des Regional Synergy Meetings im Oktober 2019 begonnenen Dialogs gesehen werden.

Der dritte Tag wurde schließlich für eine interne Feedback- und Evaluierungsrunde genutzt. Dabei wurde auf die vergangenen zweieinhalb Jahre der Kooperation zurückgeblickt, in deren Rahmen zahlreiche Aufenthalte, Treffen, Forschungspartnerschaften, Publikationen und Veranstaltungen realisiert werden konnten. Neben einer Rückschau auf die gemeinsame Arbeit, wurden auch zukünftige Kooperationen im Rahmen der Östlichen Partnerschaft erörtert.

## Publikation: Eastern European Insights

**Op-Ed: „The repercussions of Zelensky’s deadline for Donbas“**

Ukraine’s President Volodymyr Zelensky has pledged to achieve peace in Donbas based on the Minsk Agreements and Normandy Format by the end of 2020. Zelensky’s rush to deliver results in the settlement process derives from his electoral promise to achieve peace in the East of Ukraine. However, the “Donbasization” of his policy (settlement first) and the self-imposed deadline to achieve peace by the end of the year is leading to unintended consequences. What originally appeared to be Zelensky’s strength during the electoral campaign, is now turning out to be his biggest vulnerability during his presidency, as Russia skillfully seeks to benefit from Zelensky’s own promise to deliver results.

**LINK: Vollständiger Artikel von Leonid Litra**

# PROMOTIONSKOLLEG EUCACIS

"The EU, Central Asia and the Caucasus in the International System" (EUCACIS) is a PhD Support Programme for Postgraduates and Doctoral Researchers in Central Asia and the Southern Caucasus, organized by the Institut für Europäische Politik (IEP) and the Centre international de formation européenne (CIFE). Funded by the Volkswagen Foundation and the programme Erasmus+, it offers scholarships for three years to excellent postgraduates who are working on a doctoral thesis in political science, contemporary history or economics on a topic related to its thematic focus at a university or academy of sciences in the Southern Caucasus or Central Asia (including Afghanistan, the Kashmir region in India and the autonomous region Xinjiang in China).

It is the objective of the EUCACIS programme to provide intensive PhD research training for its participants to bring them closer to international standards, to support them until they submit their doctoral theses, and to help them establish their own networks with other young researchers in the target regions and in Europe. This will be achieved through four international conferences (in Almaty, Berlin, Yerevan and Bishkek); four PhD schools in Berlin, Yerevan and Istanbul; two research training stays; and continuous online coaching.

**Webseite: EUCACIS**

**Laufzeit**

Juni 2016 bis August 2020

**Team**

- Mathias Jopp
- Janny Schulz

**Partner**

VolkswagenStiftung

With the support of the Erasmus+ Programme

## Successful completion of the regular PhD Support Programme EUCACIS and further extension

CIFE and the Institut für Europäische Politik (IEP) are happy to announce that the third year of the PhD Support Programme "The EU, Central Asia and the Caucasus in the International System" (EUCACIS) was successfully completed. Starting in October 2016, the regular programme duration ended in September this year with a good record.

The programme has achieved its main objectives by providing intensive PhD training for its fellows, continuous support in the process of their doctoral work and assisting them in establishing networks in their region and in Europe. In order to achieve these goals, the EUCACIS programme has organized four international conferences in Almaty, Berlin, Tbilisi and Bishkek; it has conducted three PhD schools in Berlin and Tbilisi; and it has offered a research training stay to each of its fellows in Berlin and continuous online coaching. Besides writing their PhD theses, the EUCACIS fellows had to write and publish at least one research or policy paper and actively contribute to the project's conferences and newsletters throughout the programme.

By the end of the third year, most of the fellows are in the course of submitting their doctoral theses, while four of the EUCACIS fellows have already submitted their PhD theses to their home universities, one of them already having successfully defended it. After defence and graduation, the EUCACIS fellows plan for their next career steps, sometimes achieving a promotion within the institutions where they are already employed, or heading for new academic or professional challenges.

In order to continue support for the fellows that were not able to submit their theses yet, the programme includes an extension period. Accordingly, several fel-

lows were granted extended scholarships for finalizing their academic work. In order to give a last input to the PhD students and accompany the finalisation of their theses, a fourth and final PhD school is planned to take place in February/March 2021. The project will be concluded by August next year, when all twelve fellows will have completed their theses and the further academic work within the framework of the PhD Support Programme.

## End of EUCACIS Programme

The PhD Support Programme EUCACIS 2016 — 2020 comes to an end in August 2020. The programme has covered three regular years and one extension year, which was an enriching time not only for the EUCACIS fellows, but also for its staff and all involved people.

By August 2020, six of the twelve EUCACIS fellows have submitted their theses and three of them have already defended and obtained their degrees. The rest are either in the process of finalising their thesis drafts or waiting for final defence after university protocols and publication criteria are fulfilled.

The events organized within the EUCACIS programme have also assisted the fellows in forming a strong community of their own but also extending their international academic and professional network. In addition to working on their theses and further developing their skills, the fellows also published extensively whether in local, regional or international academic journals.

Throughout the four years of EUCACIS, we have organized four international conferences, three PhD schools (plus one in the extension period) and one three-week research training stay for each fellow. We were in close touch with the fellows with continuous online coaching, individual mentoring and, not to forget, support and help in view of the challenges that the PhD students faced on their long journey of completing a doctoral thesis. Finally, our fellows and members of the EUCACIS network have contributed to our publishing series, EUCACIS in Brief and EUCACIS Online Paper in which overall 27 articles were published.

The „EUCACIS in Brief“ and „EUCACIS Online Papers“ are documented in the „Publikationen“ section.

# GREENS/EFA

Das IEP hat für die Fraktion der Grünen/EFA im Europäischen Parlament eine vertrauliche Studie erarbeitet, die anlässlich der Konferenz zur Zukunft Europas die Machbarkeit und Mehrheitsfähigkeit sowie die möglichen Wirkungen von inhaltlichen Policy-Vorschlägen der Grünen/EFA untersucht. Dabei wurde einerseits analysiert, inwieweit die Vorschläge das Potenzial haben, die EU nach den Vorstellungen der Grünen/EFA zu verändern und ob sie mit EU-Recht vereinbar sind. Zum anderen wurde untersucht, in welchem Maße die Vorschläge von den anderen europäischen Parteienfamilien, nationalen Parteien in ausgewählten Mitgliedstaaten sowie der öffentlichen Meinung in ausgewählten Mitgliedstaaten unterstützt werden. Im Ergebnis gibt die Studie konkrete Empfehlungen für Prioritäten, welche Reformoptionen sowohl einen Effekt auf die europäische Integration hätten als auch eine hohe Wahrscheinlichkeit, im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas durchsetzbar zu sein.

**Laufzeit**

Juli 2019 bis November 2020

**Team**

- Manuel Müller
- Julian Plottka

**Partner**

The Greens | EFA
in the European Parliament

# IEP IN DEN MEDIEN

- Ukraine Radio Chernihiv: Interview von Prof. Zhanna Deriy (TU Chernihiv, CiSEP Ukraine). **Let's deal with waste: European experiences from Northern Ukraine**, 19. Januar 2020

- Mandiner Magazin: **IEP-Direktorin Katrin Böttger im Expertinneninterview**, 30. Januar 2020

- Luxemburger Wort: Manuel Müller zur Schwächung des EU-Parlaments. **Skeptizismus gegenüber der "Konferenz zur Zukunft Europas"**, 17. Februar 2020

- Svoboda Radio: Abfallwirtschaft in der Nordukraine: Vorstellung von Projekten und Initiativen. **Podiumsdiskussion zwischen Industrie und Zivilgesellschaft**, 18. Februar 2020

- Profil - Das bayerische Genossenschaftsblatt: Interview mit dem Europaexperten Manuel Müller. **„Es wird nicht das eine große Thema geben" — Deutschland übernimmt im 2. Halbjahr 2020 den Ratsvorsitz in der EU**, 2. März 2020

- WDR5 Politikum Meinungsmagazin: EU muss koordinieren & Grundeinkommen hilft. **Radiointerview mit Katrin Böttger über Gesundheitspolitik auf europäischer Ebene und die koordinatorische Funktion der EU**, 26. März 2020

- EURACTIV: **Das Notstandsgesetz in Ungarn: strukturelle Herausforderung für die EU.** Artikel von Katrin Böttger, 12. Mai 2020

- WDR5 Morgenecho: IEP Direktorin Funda Tekin im Interview zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft. **Neue Herausforderungen für Deutschland: Zwischen Corona-Nachwirkungen, Green New Deal & Integration Osteuropas**, 27. Mai 2020

- EURACTIV: IEP-Direktorin Funda Tekin zu den Herausforderungen der deutschen Ratspräsidentschaft 2020. **Ein Plädoyer für die deutsche Ratspräsidentschaft: Mutig und klug in die Zukunft investieren**, 29. Juni 2020

- Krautreporter: **EU-Wiederaufbaufonds. Schonbemerkt? Wir leben seit dem Sommer in einer völlig anderen EU**, 22. September 2020

- EURACTIV: Legitimierung und Effizienz von Entscheidungsverfahren der EU. **After a Decade of EU Pragmatism, It Is Time to Talk About Democracy Again**, 8. Dezember 2020

- EURACTIV: **Portugals EU-Ratspräsidentschaft – ein Balanceakt zwischen Vollendung noch offener Agendapunkte und langfristigen Visionen**. Artikel von Funda Tekin und Nicoletta Pirozzi - 16. Dezember 2020

# KOMMUNIKATIONSAKTIVITÄTEN

## ANALYSE FÜR 2020

Während der COVID-19-Pandemie hat das IEP seine IT-Infrastruktur weiter ausgebaut und somit die Herausforderungen der notwendig gewordenen digitalen Anpassung erfolgreich gemeistert. So werden mittlerweile alle Veranstaltungen online durchgeführt. Dies trägt dazu bei, dass die Zahl der Teilnehmenden gestiegen ist, da virtuelle Veranstaltungen eine niedrigschwellige Teilnahme ermöglichen und darüber hinaus neue Zielgruppen außerhalb Berlins erreicht werden können. Die Publikationen und Informationsmaterialien des IEP wurden ebenfalls digitalisiert und sind in der Zwischenzeit als elektronische Dateien verfügbar, was deren Reichweite deutlich erhöht.

Die interaktive Webseite des IEP ist die zentrale Säule der Öffentlichkeitsarbeit. Dort werden regelmäßig alle Veranstaltungen angekündigt sowie Publikationen und Berichte veröffentlicht und beworben. Jedes Projekt des IEP auf der Homepage bekommt ein oder mehrere Schlüsselwörter designiert, was zu einer erhöhten Auffindbarkeit in den Suchmaschinen beiträgt. Zusätzlich werden gegebenenfalls auch projektbezogene Webseiten entwickelt. Das IEP informiert mittels seines Newsletters und seiner Mailings fortlaufend über seine Aktivitäten und Publikationen. Ebenso nutzt das IEP sein großes nationales und internationales Netzwerk, um seine Publikationen und Veranstaltungen auch auf Plattformen von Partner:innen zu präsentieren.

Die Übersetzung von deutschen Texten ins Englische leistet einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Reichweite der IEP-Aktivitäten außerhalb Deutschlands. Der monatliche Newsletter sowie viele Veranstaltungsberichte und Veröffentlichungen auf den sozialen Netzwerken sind dementsprechend auch in englischer Sprache verfügbar.

Ungefähr zwei bis vier Wochen vor jeder Veranstaltung wird eine Einladung mittels des Mailingdisseminationssystems Mailchimp an einen Verteiler aus vorab ausgewählten Teilnehmer:innen versendet. In allen sozialen Netzwerken, in denen das IEP aktiv ist (**Twitter**, **Facebook**, **Instagram**, **XING**, **LinkedIn**), werden entsprechende Social Media-Kacheln entworfen, um Veranstaltungen auch dort ansprechend zu bewerben.

Wöchentliche Social Media-Pläne werden erstellt, damit eine gezielte und werktägliche Präsenz auf allen vom IEP betriebenen Kanälen sichergestellt werden kann. Ein zentraler Bestandteil ist dabei die grafische Begleitung der geplanten Posts, zu welchem Zweck separate Kacheln, Darstellungen und Fotografien mit Hilfe von Designsoftware erstellt und bearbeitet werden. Verlinkungen von Partnerorganisation oder zielgruppenspezifischen Akteur:innen sind dabei eine gängige Strategie, um die Reichweite der Posts und IEP-Kanäle langfristig zu erhöhen. Außerdem werden Posts und Kommentare von Veranstaltungsteilnehmenden geteilt, auf welchem Weg sich die Reichweite signifikant erhöht.

Die Zielgruppen des IEP umfassen politische Akteur:innen und Entscheidungsträger:innen, Wissenschaftler:innen, Mitarbeiter:innen von Think Tanks und Nichtregierungsorganisationen, Studierende, Mitarbeiter:innen von Bildungseinrichtungen und insbesondere junge Menschen. Diese Gruppen werden mit verschiedenen Veranstaltungsformaten, wie z.B. Konferenzen, Workshops und Expertengesprächen gezielt angesprochen.

Rund 60% der Aktivitäten und Veröffentlichungen des IEP richten sich an die politikinteressierte, bürgerliche Öffentlichkeit: über das Internet, Social Media und insbesondere über gedruckte und digitale Veröffentlichungen, die in öffentlichen Bibliotheken und Universitätsbibliotheken erhältlich sind. Um die deutsche Öffentlichkeit zu erreichen und die Argumente für Europa und gegen die Verbreitung des Europaskeptizismus hierzulande zu stärken, sind etwa 60-70% der Veröffentlichungen des IEP in deutscher Sprache. Die Ausdrucksweise muss dabei klar und einfach zu verstehen sein, um auch ein nicht wissenschaftliches Publikum zu erreichen.

Die kontinuierlich implementierten Öffentlichkeitsmaßnahmen des IEP haben dazu geführt, dass sich die Reichweite deutlich verbessert hat. Von allen sozialen Netzwerken wurde Twitter als das wichtigste Netzwerk identifiziert, deswegen ist das IEP hier besonders aktiv. Weiterhin ist es gelungen, eine andauernde Präsenz auf der hauptsächlich von jüngeren Personen präferierten Plattform Instagram zu etablieren.

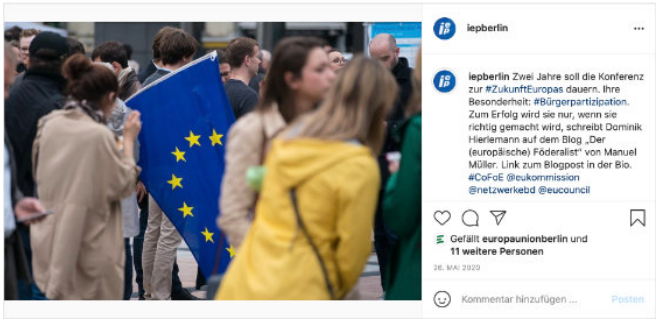
Das IEP analysiert alle seine Online-Aktivitäten und sammelt detaillierte Statistiken u.a. zu neu gewonnen

Abonnent:innen oder Besuche auf der Homepage. Die Sammlung und Auswertung erwähnter Statistiken erfolgt mittels Google Analytics (professionelles Analysetool) sowie der vorhandenen Tools von Twitter, Facebook, LinkedIn, Instagram, XING, YouTube.

Für das Jahr 2020 wurden folgende Statistiken zusammengeführt (ungefähre Angaben):

- Facebook Beitragsreichweite (Gesamtheit der Personen, denen Beiträge angezeigt wurden): 121.000
- Tweets Impressionen (Gesamtmenge, wie häufig Beiträge angezeigt wurden): 607.000
- LinkedIn Beitragsimpressionen : 56.000
- Seitenaufrufe IEP-Homepage: 157.000
- Neue Follower:innen Twitter: 490
- Neue Follower:innen LinkedIn: 560
- Neue Follower:innen Instagram: 337

## Beispiele für Beiträge und Ankündigungen von Veranstaltungen und Publikationen in digitalen Medien



23. Juni 2020

Online-Bürgerdialog zum Start der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Am 1. Juli übernimmt Deutschland für sechs Monate die EU-Ratspräsidentschaft. Berlin und Brüssel stehen vor der großen Aufgabe, die Corona-Pandemie einzudämmen, die Gesundheit der Europäerinnen und Europäer zu schützen und die europäische Wirtschaft aus der Lockdown-Krise zu führen. Welche Erwartungen haben Sie an die Ratspräsidentschaft? Welche Prioritäten setzt die Bundesregierung und welche Gesetzesinitiativen plant die EU-Kommission? Vor welchen Herausforderungen steht Deutschland bei der Suche nach wichtigen Kompromissen zwischen den Mitgliedstaaten?

Wir laden Sie am **23. Juni** um **16 Uhr** herzlich ein zu unserem Online-Bürgerdialog **„Start der deutschen EU-Ratspräsidentschaft: Erwartungen, Prioritäten und Herausforderungen"**.

Treten Sie in den virtuellen Dialog mit:

***Ulrike Demmer***, stellv. Sprecherin der Bundesregierung
***Jörg Wojahn***, Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland

Moderation: ***Vera Wolfskämpf***, Korrespondentin im ARD-Hauptstadtstudio

**JETZT HIER ANMELDEN (begrenzte Plätze):**

https://attendee.gotowebinar.com/register/7326277280810456587 (Webinar-ID: 898-030-579)

Der Online-Bürgerdialog wird von der überparteilichen Europa-Union Deutschland, ihrem Landesverband Sachsen-Anhalt und den Jungen Europäischen Föderalisten Sachsen-Anhalt durchgeführt. Der Online-Bürgerdialog ist Teil der bundesweiten Bürgerdialogreihe „Europa – Wir müssen reden", die von einer Vielzahl von Partnern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft unterstützt wird. Als größte demokratisch verfasste und lokal verwurzelte Bürgerinitiative für Europa in Deutschland setzt sich die Europa-Union unabhängig und überparteilich für die europäische Einigung ein.

BÜRGERDIALOGE

IEP-Berlin @IEP_Berlin · 7. Juli 2020
We are excited to host @WeyandSabine on 15 July to discuss "The Future of EU Trade Policy in a post-COVID-19 World" as part of our second digital #Mittagsgespräch with our partner @EUinDE. #MiG2020 #EU2020DE
Registrations are now open on: bit.ly/2CbDd0Q
Einladung
Mittagsgespräch digital
"The Future of EU Trade Policy in a post-COVID-19 World"
Date:
Wednesday, 15 July 2020, 14.00 – 15.00h
Online Event via ZOOM
Guest:
Dr. Sabine Weyand, Director-General, DG Trade, European Commission, Brussels
Words of Welcome:
Jörg Wojahn, Head of Representation, European Commission Representative Office in Berlin
Moderation:
Dr. Funda Tekin, Director, Institut für Europäische Politik, Berlin
GermanForeignOffice und 3 weitere Personen
7
13

#PPCBerlin
Joining us for the roundtable discussion on European Social Cohesion and Social Security are Iain Begg (LSE Prof), Hrvoje Butković (IRMO Researcher), Miriam Hartlapp (FUB Prof), Rolf Schmachtenberg (BMAS State Secretary) and moderator Pola Schneemelcher (Delors Policy Fellow).
Institut für Europäische Politik
iepberlin
iepberlin Follow #PPCBerlin - 1 day to go! Stay tuned!
PPC partners: Institut für Europäische Politik & TEPSA - Trans European Policy Studies Association
#EU2020DE #SocialPolicy #EU
@auswaertigesamt
Gefällt the_futuresproject und 10 weitere Personen
24. JUNI 2020
Kommentar hinzufügen ...
Posten

#PPCBerlin
How will the German Council Presidency respond to Migration and Asylum challenges? Stephan Mayer (BMI State Secretary), Jaap de Zwaan (TEPSA SG), Adriaan Schout (Radboud Uni Prof) and Florian Trauner (IES Prof) will follow up on this question in a roundtable discussion moderated by Vittoria Meissner (IEP Researcher).
Institut für Europäische Politik
iepberlin
iepberlin Follow #PPCBerlin - 3 days to go! Stay tuned!
PPC partners: Institut für Europäische Politik e.V. & TEPSA - Trans European Policy Studies Association
#EU2020DE #Migration #AsylumSeekers
Gefällt boettger_iep und 5 weitere Personen
22. JUNI 2020
Kommentar hinzufügen ...
Posten

IEP-Berlin @IEP_Berlin · 18. Nov. 2020
Interviews, analysis, policy advice: 1st episode of IEP podcast #UkraineMEMO online! @LjudmylaMelnyk & @MarieSchre discuss the nature of think tanks in 🇩🇪&🇺🇦 with Katrin Böttger @Boettger_IEP, Serhiy Shapovalov @dem_initiatives & Yuriy Yakymenko @PA3yMKOB: bit.ly/38VlDge
PODCAST
UkraineMEMO
Interviews Analysis Policy Advice
Episode #1:
Between independent research and taking a political stance: Challenges for Ukrainian and German think tanks
Institut für Europäische Politik
GURN project und 8 weitere Personen
8
13

Institut für Europäische Politik
Dr. Katrin Böttger und Dr. Funda Tekin, Direktorinnen am IEP
„Die Zukunftskonferenz bietet die Chance, das europäische Projekt voranzutreiben und festgefahrene Reformen durch Paketlösungen zu überwinden."
Institut für Europäische Politik
iepberlin
iepberlin Auch unsere Direktorinnen Dr. Katrin Böttger & Dr. Funda Tekin haben bei der @netzwerkebd Kampagne zur #Zukunftskonferenz & der deutschen EU-Ratspräsidentschaft Stellung bezogen. Link in Bio. #CoFoE #EU2020DE 🇪🇺🇩🇪 #IEPBerlin #IEPonInstagram @eukommission
Gefällt netzwerkebd und 8 weitere Personen
10. JUNI 2020
Kommentar hinzufügen ...
Posten

THE FUTURE IS EUROPE

iepberlin
iepberlin Was erhofft man sich in der @europeancommission von der Konferenz über die #ZukunftEuropas? In einem Gastbeitrag auf dem Blog "Der (europäische) Föderalist" beschreibt die federführende Kommissions-Vizepräsidentin @dubravkasuica ihre Erwartungen an die Konferenz. Link in Bio. #CoFoE
Gefällt jefmuenchen und 9 weitere Personen
15. SEPTEMBER 2020
Kommentar hinzufügen ...
Posten

# GREMIEN DES IEP

## VERSAMMLUNG DER KURATOREN
(Stand: November 2020)

**Dr. Werner HOYER**
Präsident des IEP; Staatsminister a.D.; Präsident der Europäischen Investitionsbank, Luxemburg

**Elmar BROK**
Vizepräsident des IEP; Mitglied des Europäischen Parlaments a.D.; Ehrenpräsident der Europa-Union Deutschland, Bielefeld

**Prof. Dr. Sabine SAURUGGER**
Vizepräsidentin des IEP; Direktorin der Sciences Po Grenoble; Ehrenmitglied des Institut Universitaire de France (IUF)

**Axel SCHÄFER, MdB**
Vizepräsident des IEP; Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Deutscher Bundestag, Berlin; Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates, Straßburg

**Katrin ALBSTEIGER**
Ehem. Mitglied des Deutschen Bundestages (CDU/CSU), Ulm

**Peter ALTMAIER, MdB**
Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Berlin

**Katarina BARLEY, MdEP**
Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Bundesministerin a.D., Brüssel

**Doris BARNETT, MdB**
Vorsitzende des Unterausschusses zu Fragen der Europäischen Union, Deutscher Bundestag, Berlin

**Hans BEITZ**
Vorsitzender des Vorstands, ASKO Europa-Stiftung, Saarbrücken (kraft Amt; Satzung §3 (2))

**Dr. Franziska BRANTNER, MdB**
Europapolitische Sprecherin Bündnis 90/Die Grünen, Deutscher Bundestag, Berlin

**Michael CLAUß**
Botschafter, Ständiger Vertreter Deutschlands bei der Europäischen Union, Brüssel

**Prof. Dr. Dr. h.c. Thomas von DANWITZ**
Richter des Europäischen Gerichtshofes (EuGH), Luxemburg

**Claudia DÖRR-VOß**
Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Berlin

**Dr. Anne DUNCKER**
Leiterin Bereich Europa, Stiftung Mercator, Essen

**Dr. Marcus FELSNER**
Managing Director, Opus 3 Artists, Berlin

**Günter GLOSER**
Staatsminister a.D., Nürnberg

**Prof. Dr. Daniel GÖLER**
Inhaber des Jean-Monnet-Lehrstuhls für Europäische Politik, Universität Passau

**Alexander GRAF LAMBSDORFF, MdB**
Stellv. Fraktionsvorsitzender FDP Bundestagsfraktion, Berlin

**Serap GÜLER**
Staatssekretärin für Integration im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

**Florian Peter HAHN, MdB**
Europapolitscher Sprecher CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Berlin

**Prof. Dr. Pascal HECTOR**
Gesandter, Deutsche Botschaft, Paris

**Prof. Dr. Friedrich HEINEMANN**
Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim (ZEW); Universität Heidelberg

**Dr. Tessen von HEYDEBRECK**
Deutsche Bank Stiftung, Berlin

**Prof. Dr. Rudolf HRBEK**
Ehrenpräsident des Arbeitskreises Europäische Integration, Tübingen/Berlin; Universität Tübingen

**Prof. Dr. Mathias JOPP**
Ehemaliger Direktor des Instituts für Europäische Politik, Berlin; Honorarprofessor der Universität Passau und der Eberhard Karls Universität Tübingen; Moduldirektor für European Studies, Centre international de formation européenne (CIFE), Nizza/Berlin.

**Steffen KAMPETER**
Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA), Berlin; Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

**Arndt G. KIRCHHOFF**
Geschäftsführender Gesellschafter und CEO, Kirchhoff Gruppe, Iserlohn; Präsident des Instituts der deutschen Wirtschaft, Köln

**Moritz KÖRNER, MdEP**
Fraktion Renew Europe, Europäisches Parlament, Brüssel

**Prof. Dr. Mareike KLEINE**
Associate Professor in EU Politics, London School of Economics, London/Berlin

**Andreas KRAUTSCHEID**
Mitglied der Hauptgeschäftsführung, Bundesverband deutscher Banken e.V., Berlin

**Gunther KRICHBAUM, MdB**
Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union, Deutscher Bundestag, Berlin

**Jo LEINEN**
Mitglied des Europäischen Parlaments a.D., Brüssel/ Saarbrücken

**Michael LEUTERT, MdB**
Fraktion Die LINKE; Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages, Berlin

**Michael Georg LINK, MdB**
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union; Deutscher Bundestag, Berlin; Staatsminister a.D.

**Prof. Dr. Hartmut MARHOLD**
Honorarprofessor an der Universität zu Köln, ehemaliger Generaldirektor des Centre International de Formation Européenne, Berlin

**Yves MERSCH**
Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank, Frankfurt a.M.

**Silke MÜLHERR**
Alfred Landecker Foundation, Berlin

**Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian MÜLLER-GRAFF**
Universität Heidelberg; Präsident des Arbeitskreises Europäische Integration
(kraft Amt; Satzung §3 (2))

**Günther OETTINGER**
Geschäftsführer der Oettinger Consulting Wirtschafts- und Politikberatung GmbH, Hamburg; EU-Kommissar a.D., Brüssel

**Andreas PESCHKE**
Leiter der Europaabteilung, Auswärtiges Amt, Berlin
(kraft Amt; Satzung §3 (2))

**Christian PETRY, MdB**
Europapolitscher Sprecher SPD-Bundestagsfraktion, Berlin

**Hans-Gert PÖTTERING**
Ständiger Gast des Vorstands der Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Augustin/Berlin Präsident des Europäischen Parlaments a.D.

**Anne QUART (ruhend)**
Staatssekretärin für Europa und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg a.D., Potsdam

**Herbert REUL**
Minister des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

**Annette RIEDEL**
Redakteurin, Autorin und Moderatorin beim Deutschlandfunk Kultur, Berlin

**Michael ROTH, MdB**
Staatsminister für Europa, Auswärtiges Amt, Berlin

**Manuel SARRAZIN, MdB**
Osteuropasprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen des Deutschen Bundestages, Berlin

**Wolfgang SCHMIDT**
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, Berlin

**Dr. Franz SCHOSER**
Schatzmeister des IEP
Vorstandsvorsitzender, Otto Wolff Stiftung, Köln
(kraft Amt; Satzung §3 (2))

**Martin SCHULZ, MdB**
Deutscher Bundestag, Berlin; Präsident des Europäischen Parlaments a.D.,

**Dr. Eric SCHWEITZER**
Präsident, Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V., Berlin

**Dr. Linn SELLE**
Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland e.V., Berlin (kraft Amt; Satzung §3 (2))

**Prof. Dr. Martin SELMAYR**
Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich, Wien; Generalsekretär der Europäischen Kommission a.D.

**Norbert SPINRATH**
Ehem. europapolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Berlin

**Stephan STEINLEIN**
Chef des Bundespräsidialamtes, Berlin

**Prof. Dr. Alexander STUBB**
Direktor, School of Transnational Governance, Europäisches Hochschulinstitut, Florenz; Ministerpräsident Finnlands a.D.

**Michael STÜBGEN (ruhend)**
Minister des Innern und für Kommunales des Landes Brandenburg, Potsdam

**Dr. Jürgen TRUMPF**
Ehrenmitglied des Vorstands des IEP
Generalsekretär a.D. des Rates der Europäischen Union; Staatssekretär a.D. des Auswärtigen Amtes, Bonn

**Manfred WEBER, MdEP**
Vorsitzender der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten), Europäisches Parlament, Brüssel

**Prof. Dr. Werner WEIDENFELD**
Direktor des Centrums für angewandte Politikforschung, Ludwig-Maximilians-Universität München

**Klaus WELLE**
Generalsekretär des Europäischen Parlaments, Straßburg

**Prof. Dr. Wolfgang WESSELS**
Ehrenvorsitzender des Vorstands des IEP
Direktor, CETEUS Centre for Turkey and European Union Studies, Jean Monnet Lehrstuhl ad personam, Universität zu Köln

**Sabine WEYAND**
Generaldirektorin der Generaldirektion Handel, Europäische Kommission, Brüssel

**Rainer WIELAND, MdEP**
Präsident der Europa-Union Deutschland, Berlin; Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Brüssel (kraft Amt; Satzung §3 (2))

**Prof. Dr. iur. Joachim WUERMELING LL.M.**
Mitglied des Vorstands, Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main; Staatssekretär a.D.

## VORSTAND
(Stand: November 2020)

**Univ.-Prof. Dr. Johannes POLLAK**
Vorstandsvorsitzender; Direktor der Webster Vienna Private University, Wien

**Dr. Wolf-Ruthart BORN**
Stv. Vorsitzender; Staatssekretär a.D., Berlin

**Dr. Werner HOYER**
Präsident des IEP; Staatsminister a.D.; Präsident der Europäischen Investitionsbank, Luxemburg

**Prof. Dr. Frank SCHIMMELFENNIG**
Vorsitzender des Wissenschaftlichen Direktoriums des IEP; European Politics, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

**Dr. Franz SCHOSER**
Schatzmeister; Vorstandsvorsitzender, Otto Wolff Stiftung, Köln

**Prof. Dr. Michèle KNODT**
Technische Universität Darmstadt, Vorstandsvorsitzende des Arbeitskreises Europäische Integration (AEI)

**Dr. Thomas STEFFEN**
Staatssekretär im Bundesministerium für Gesundheit, Berlin

**Prof. Dr. Gaby UMBACH**
European University Institute, Florenz

**Prof. Dr. Wolfgang WESSELS**
Ehrenvorsitzender; Jean-Monnet-Lehrstuhl ad personam, Direktor des Zentrums für Türkei und EU Studien (CETEUS), Universität zu Köln

**Dr. Jürgen TRUMPF**
Ehrenmitglied; Generalsekretär a.D. des Rates der Europäischen Union; Staatssekretär a.D. des Auswärtigen Amtes, Bonn

# DAS WISSENSCHAFTLICHE DIREKTORIUM
(Stand: November 2020)

**Vorsitzender:**
**Prof. Dr. Frank SCHIMMELFENNIG**
Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

**Stellvertretende Vorsitzende:**

**Prof. Dr. Ansgar BELKE †**
Universität Duisburg-Essen

**Prof. Dr. Gabriele CLEMENS**
Universität Hamburg

**Persönliche Mitglieder:**

**Prof. Dr. Gabriele ABELS**
Universität Tübingen

**Dr. Katrin AUEL**
Institut für Höhere Studien, Wien

**Priv.-Doz. Mag. Dr. Barbara BACH-HÖNIG**
Universität Graz

**Prof. Dr. François BAFOIL**
CNRS/Centre d'Études et de Recherches Internationales (CERI), Paris

**Prof. Dr. Michael W. BAUER**
Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

**Prof. Dr. Timm BEICHELT**
Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)

**Prof. Dr. Roland BIEBER**
Universität Lausanne

**Prof. Dr. Katharina BLUHM**
Freie Universität Berlin

**Prof. Dr. Tanja A. BÖRZEL**
Freie Universität Berlin

**Prof. Dr. Ellen BOS**
Andrássy Universität Budapest

**Prof. Dr. Simon BULMER**
Universität Sheffield

**Prof. Dr. Rolf CAESAR**
Universität Hohenheim, Stuttgart

**Prof. Dr. Christian CALLIESS**
Freie Universität Berlin

**Prof. Dr. Thomas CHRISTIANSEN**
Luiss Università Guido Carli, Rom

**Dr. Agnieszka CIANCIARA**
Institute of Political Studies, Polish Academy of Sciences, Warschau

**Prof. Dr. Eugénia DA CONCEIÇÃO-HELDT**
Hochschule für Politik München an der Technischen Universität München

**Prof. Dr. Jaap de ZWAAN**
Universität Rotterdam

**Prof. Dr. Thomas DIEZ**
Universität Tübingen

**Prof. Dr.Christian DREGER**
Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)

**Prof. Dr. Sandra ECKERT**
Goethe-Universität Frankfurt am Main

**Dr. Piret EHIN**
Universität Tartu

**Prof. Dr.Henrik ENDERLEIN**
Hertie School of Governance, Berlin; Jacques Delors Centre, Berlin

**Prof. Dr. Gerda FALKNER**
Institut für europäische Integrationsforschung (EIF), Universität Wien

**Prof. Dr. Tina FREYBURG**
Universität St. Gallen

**Prof. Dr. Stefan FRÖHLICH**
Universität Erlangen-Nürnberg

**Ralf FÜCKS**
Zentrum Liberale Moderne, Berlin

**Prof. Dr. Björn HACKER**
Hochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin

**Dr. Vladimir HANDL**
Institute of International Relations, Prag

**Prof. Dr. Ines HÄRTEL**
Richterin des Bundesverfassungsgerichts, Karlsruhe; Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder)

**Prof. Dr. Miriam HARTLAPP**
Freie Universität Berlin

**Prof. Dr. Friedrich HEINEMANN**
Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), Mannheim; Universität Heidelberg

**Prof. Dr. András INOTAI**
Centre for Economic and Regional Studies, Hungarian Academy of Sciences, Budapest

**Prof. Dr. Markus JACHTENFUCHS**
Hertie School of Governance, Berlin

**Prof. Dr. Thomas JÄGER**
Universität zu Köln

**Dr. Thomas JANSEN**
„Liberidea“, Triest

**Prof. Dr. Charlie JEFFERY**
University of York

**Prof. Dr. Michael KAEDING**
Universität Duisburg-Essen

**Prof. Dr. Hartmut KAELBLE**
Humboldt-Universität zu Berlin

**Prof. Dr. Claudia KEMFERT**
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) Berlin

**Prof. Dr. Michèle KNODT**
Technische Universität Darmstadt

**Prof. Dr. Wim KÖSTERS**
Rheinisch-Westfälisches Institut (RWI), Essen

**Prof. Dr. Beate KOHLER-KOCH**
Universität Mannheim

**Prof. Dr. Markus KOTZUR**
Universität Hamburg

**Dr. Petr KRATOCHVÍL**
Institute of International Relations, Prag

**Prof. Dr. Theresa KUHN**
University of Amsterdam

**Prof. Dr. Sandra LAVENEX**
Universität Genf

**Prof. Dr. Christian LEQUESNE**
Centre d’Études et de Recherches Internationales (CERI), Paris

**Dr. Barbara LIPPERT**
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin

**Prof. Dr. Wilfried LOTH**
Universität Duisburg-Essen

**Prof. Dr. Siegfried MAGIERA**
Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

**Prof. Dr. Andreas MAURER**
Universität Innsbruck

**Prof. Dr. Franz MAYER**
Universität Bielefeld

**Dr. Nikolaus MEYER-LANDRUT**
Leiter der EU-Delegation in der Türkei, Ankara

**Prof. Dr. Gabriele METZLER**
Humboldt-Universität zu Berlin

**Dr. Antonio MISSIROLI**
North Atlantic Treaty Organization Assistant Secretary-General for Emerging Security Challenge at NATO HQ in Brussels

**Prof. Dr. Jürgen MITTAG**
Deutsche Sporthochschule Köln

**Prof. Dr. Jörg MONAR**
Europa-Kolleg Brügge

**Prof. Dr. Gisela MÜLLER-BRANDECK-BOCQUET**
Universität Würzburg

**Prof. Dr. Peter-Christian MÜLLER-GRAFF**
Universität Heidelberg; Präsident, Arbeitskreis Europäische Integration, Berlin

**Prof. Dr. Richard MÜNCH**
Universität Bamberg

**Prof. Dr. Martin NETTESHEIM**
Universität Tübingen

**Prof. Dr. Christine NEUHOLD**
Universität Maastricht

**Prof. Dr. Hanspeter NEUHOLD**
Diplomatische Akademie Wien

**Dr. Dietmar NICKEL**
Generaldirektor a.D. des Europäischen Parlaments, Hamburg; Research Fellow, Institute für European Integration, Europa-Kolleg Hamburg

**Prof. Dr. h.c. Angelika NUSSBERGER, M.A.**
Universität zu Köln; Internationale Richterin am Verfassungsgericht von Bosnien-Herzegowina; Mitglied der Venedig-Kommission des Europarates, ehemalige Vizepräsidentin des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Straßburg

**Prof. Dr. Renate OHR**
Georg-August-Universität Göttingen

**Prof. Dr. William E. PATERSON**
Aston Universität, Birmingham

**Prof. Dr. Ingolf PERNICE**
Humboldt-Universität zu Berlin

**Prof. Dr. Johannes POLLAK**
Rektor der Webster Vienna Private University, Wien

**Prof. Dr. Uwe PUETTER**
Europa-Universität Flensburg

**Prof. Dr. Sonja PUNTSCHER-RIEKMANN**
Universität Salzburg

**Prof. Dr. Thomas RISSE**
Freie Universität Berlin

**Prof. Dr. Berthold RITTBERGER**
Ludwig-Maximilians-Universität München

**Prof. Dr. Lenka ROVNÁ, CSc.**
Karls-Universität Prag

**Prof. Dr. Gwendolyn SASSE**
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien ZOiS, Berlin

**Prof. Dr. Stephanie SCHIEDERMAIR**
Universität Leipzig

**Prof. Dr. Joachim SCHILD**
Universität Trier

**Prof. Dr. Stefanie SCHMAHL, LL.M.**
Julius-Maximilians-Universität Würzburg

**Prof. Dr. Tobias SCHUMACHER**
College of Europe, Natolin

**Prof. Dr. Klaus SEGBERS**
Freie Universität Berlin

**Prof. Dr. Reimund SEIDELMANN**
Universität Gießen

**Dr. Carina SPRUNGK**
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

**Prof. Dr. Hans STARK**
Institut français des relations internationals (IFRI), Paris

**Prof. Dr. Daniel THYM**
Universität Konstanz

**Prof. Dr. Florian TRAUNER**
Vrije Universiteit Brüssel

**Prof. Dr. Henrik UTERWEDDE**
Deutsch-Französisches Institut, Ludwigsburg

**Prof. Dr. Armin VON BOGDANDY**
Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heidelberg

**Prof. Dr. Silvia VON STEINSDORFF**
Humboldt-Universität zu Berlin

**Prof. Dr. Stefanie WALTER**
Universität Zürich

**Prof. Dr. Thomas WINZEN**
Mannheimer Zentrum für Sozialforschung

**Prof. Dr. Michael ZÜRN**
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

**Aufgrund institutioneller Verbindung:**

**Dr. Andrea DESPOT (bis Juni 2020)**
Leiterin, Europäische Akademie Berlin

**Dr. Ondrej DITRYCH**
Institute of International Relations, Prag

**Thomas KRÜGER**
Präsident, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn

**Dr. Volker PERTHES** (bis September 2020)
Direktor, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin

**Dr. Melanie PIEPENSCHNEIDER**
Leiterin Politische Bildung, Bildungszentrum Eichholz, Konrad-Adenauer-Stiftung, Wesseling

**Dr. Otto SCHMUCK**
Mitglied des Präsidiums der Europa-Union Deutschland, Berlin

**Dr. Daniela SCHWARZER**
Otto Wolff-Direktorin, Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin

**PD Dr. Matthias WAECHTER**
Generaldirektor, Centre international de formation européenne (CIFE), Nizza

**Dr. Jörg WOJAHN**
Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin

**Ehrenvorsitzender:**

**Prof. Dr. Michael KREILE**
Professor i.R., Humboldt-Universität zu Berlin

**Ehrenmitglieder:**

**Prof. Dr. Dieter BIEHL**
Emeritierter Professor, Universität Frankfurt am Main

**Dr. Klaus HÄNSCH**
Präsident des Europäischen Parlaments a.D., Erkrath

**Prof. Dr. Hans-Eckart SCHARRER**
Vizepräsident a.D., HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg

Laut der Satzung des IEP §6 (2) gehören dem Wissenschaftlichen Direktorium auch die Mitglieder der Versammlung der Kuratoren und des Vorstands an.

# DIE GESCHÄFTSFÜHRUNG

**Dr. Katrin Böttger**

Direktorin seit Juli 2018 (stv. Direktorin seit November 2010)

Studium in Politikwissenschaft, Journalismus und Anglistik mit den Abschlüssen Magister rer. pol. und Dr. rer. soc.

**Aufgabenbereiche am Institut**

- Geschäftsführung
- Projektleiterin des von der Otto Wolff-Stiftung geförderten Projekts „Neuvermessung der EU-Russland Beziehungen: Szenarien- und Strategieentwicklung“

Forschungsschwerpunkte

- Europäische Nachbarschaftspolitik
- EU-Erweiterung
- EU-Zentralasien
- Europäische Bürgerinitiative
- Europaskeptizismus

**Dr. Funda Tekin**

Direktorin seit Juli 2018

Studium der Volkswirtschaftslehre sozialwissenschaftlicher Richtung an der Universität zu Köln mit den Abschlüssen Diplom und Dr. rer. pol.

**Aufgabenbereiche am Institut**

- Geschäftsführung
- Leiterin von zwei Work Packages im H2020 Projekt „EU IDEA – Integration and Differentiation for Effectiveness and Accountability“ zu den Themen „Narratives on European constitutionalism and identity“ und „National preferences on EU“
- Schriftleitung der Vierteljahreszeitschrift integration
- Projektdirektorin im Jean Monnet Netzwerk „VIADUCT – Enhancing Visibility of the Academic Dialogue on EU-Turkey Cooperation“
- Projektdirektorin des durch die Stiftung Mercator geförderten Projekts „TRIANGLE – Blickwechsel in EU/German-Turkish Relations Beyond Conflicts. Towards a Unique Partnership for a Contemporary Turkey?“

**Mitgliedschaften/Aktivitäten (Böttger)**

- Mitglied im International Council des Institut für den Donauraum und Mitteleuropa (IDM)
- Mitglied des Kuratoriums der Charlemagne Prize Academy der Stiftung Internationaler Karlspreis zu Aachen
- Mitglied im Beirat von EUROTHINK – Centre for European Strategies
- Schatzmeisterin des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. (AEI)
- Mitglied im Vorstand der Europäischen Bewegung Deutschland e.V.
- Mitglied im Herausgebergremium der Vierteljahreszeitschrift integration
- Mitglied im Herausgebergremium der Schriftenreihe Soviet and Post-Soviet Politics and Society (SPPS) des ibidem Verlags
- Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat und Dozentin des Centre international de formation européenne

**Forschungsschwerpunkte (Tekin)**

- EU-Türkei Beziehungen
- Differenzierte Integration der Europäischen Union
- Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts
- EU Institutionen
- European Strategies
- Europaskeptizismus
- Werte Europas

**Mitgliedschaften/Aktivitäten**

- Senior Fellow, Centrum für Türkei und EU Studien, (CETEUS), Universität zu Köln
- Mitglied im Vorstand der Trans European Policy Studies Association (TEPSA)
- Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Arbeitsstelle europäische Jugendpolitik
- Kooptiertes Mitglied im Präsidium der Europa Union Deutschland (EUD)
- Gründungsmitglied der Fördergesellschaft für Forschung und Lehre zur Europäischen Union e.V.
- Mitglied Coelner Monnet Vereinigung für EU Studien e.V. (COMOS)
- Mitglied Arbeitskreis Europäische Integration (AEI)

# IMPRESSUM


| Herausgeberinnen: | Redaktion: | Layout: |
|---|---|---|
| Katrin Böttger, Direktorin<br>Funda Tekin, Direktorin | Janin Blunert<br>Inga Kjer<br>Rita Maglio | Inga Kjer |
| Institut für Europäische Politik e.V. | Bundesallee 23<br>10717 Berlin | info@iep-berlin.de<br>www.iep-berlin.de |

FÖRDER:INNEN UND KOOPERATIONSPARTNER:INNEN:

Auswärtiges Amt

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

ASKO EUROPA-STIFTUNG

Otto Wolff Stiftung

VolkswagenStiftung

EuropaUnion Deutschland

STIFTUNG MERCATOR

OPEN SOCIETY FOUNDATIONS

giz Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Arbeitskreis Europäische Integration e.V.

Europäische Bewegung Deutschland

TEPSA

cife

PULSE of EUROPE

European Parliament
EUROPEAN PARLIAMENTARY RESEARCH SERVICE

Europäische Kommission

Europe for Citizens

Kofinanziert durch das Programm Europa für Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union

Kofinanziert durch das Horizont 2020 Forschungsrahmenprogramm der Europäischen Union